

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

60. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode Dienstag, 19. und Mittwoch, 20. Dezember 1972

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VII: Soziale Verwaltung

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 5590)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 5660)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 5590)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung

Spezialberichterstatte: Josef Schlager (S. 5590)

Redner: Wedenig (S. 5592), Pansi (S. 5598), Melter (S. 5601), Herta Winkler (S. 5606), Anton Schlager (S. 5609), Kunstätter (S. 5611), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 5614), Bundesminister Ing. Häuser (S. 5617), Dr. Schwimmer (S. 5620), Linsbauer (S. 5623) und Kinzl (S. 5625)

Entschließungsanträge Wedenig betreffend EWG-Arbeitsmarkt-Anpassungsprogramm (S. 5596) und Kinzl betreffend Arbeitslosenversicherung und landwirtschaftliche Einheitswertgrenze (S. 5626)

Annahme der Beratungsgruppe VII (S. 5627)

Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, Kapitel 72: Bundesapotheken

Spezialberichterstatte: Hanna Hager (S. 5627)

Redner: Dr. Scrinzi (S. 5628), Sekanina (S. 5634), Dr. Marga Hubinek (S. 5639), Dr. Kerstnig (S. 5643), Breiteneder (S. 5648), Tonn (S. 5651), Linsbauer (S. 5654), Samwald (S. 5655), Koller (S. 5657), Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter (S. 5660) und Dr. Withalm (S. 5664)

Entschließungsantrag Dr. Scrinzi betreffend Umweltschutzbericht (S. 5633)

Annahme der Beratungsgruppe XV (S. 5667)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

564: Abkommen mit der Ungarischen Volksrepublik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und sonstigen auf die Herkunft hinweisenden Benennungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse (S. 5590)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Broesigke, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend österreichisch-niederländische Konsularkonvention (1028/J)

Dr. Blenk, Dr. Fiedler und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend öffentliche Ausschreibung zur Erstattung eines Besetzungsvorschlages an die Generalversammlung der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie Ges. m. b. H. (1029/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (846/A. B. zu 830/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (847/A. B. zu 861/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Reinhart und Genossen (848/A. B. zu 846/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (849/A. B. zu 871/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (850/A. B. zu 872/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (851 A. B. zu 873/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (852/A. B. zu 874/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Vw. Josseck und Genossen (853/A. B. zu 879/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Jungwirth und Genossen (854/A. B. zu 884/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Koller und Genossen (855/A. B. zu 826/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (856/A. B. zu 828/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (857/A. B. zu 865/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (858/A. B. zu 866/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen (859/A. B. zu 881/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburger und Genossen (860/A. B. zu 867/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (861/A. B. zu 942/J)

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Suppan und Genossen (862/A. B. zu 834/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Gruber und Genossen (863/A. B. zu 835/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr 20 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident **Probst**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 58. Sitzung des Nationalrates vom 15. und 16. Dezember 1972 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeantwortet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Horr, Dr. Gruber, Staudinger, Dr. Schleiner, Nittel und Fachleutner.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident **Probst**: Die eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und sonstigen auf die Herkunft hinweisenden Benennungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse (564 der Beilagen), eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage: Protokoll I der Diplomatischen Konferenz für die Inkraftsetzung des am 26. Februar 1966 unterzeichneten Zusatzübereinkommens zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr (CIV) vom 25. Februar 1961 über die Haftung der Eisenbahn für Tötung und Verletzung von

Reisenden sowie des zugehörigen Protokolls B und Protokoll II der Diplomatischen Konferenz für die endgültige Inkraftsetzung des Protokolls A vom 26. Februar 1966 betreffend die Erhöhung der Mitgliederzahl des Verwaltungsausschusses (535 der Beilagen), weise ich dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VII

Kapitel 15: Soziales

Kapitel 16: Sozialversicherung

Präsident **Probst**: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VII.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Josef Schlager. Ich bitte ihn zu berichten.

Spezialberichterstatte Josef **Schlager**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973. Spezialbericht zu Beratungsgruppe VII. Kapitel 15 „Soziales“, Kapitel 16 „Sozialversicherung“.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel 15 „Soziales“ und Kapitel 16 „Sozial-

Josef Schlager

versicherung“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 in seiner Sitzung am 9. November 1972 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 15 „Soziales“ und Kapitel 16 „Sozialversicherung“: Der Voranschlag für 1973 sieht bei diesen Kapiteln folgende Ausgaben und Einnahmen vor: Ausgaben: Kapitel 15 6.207,461.000 S; Kapitel 16 14.452,310.000 Schilling; insgesamt 20.659,771.000 S. Einnahmen: Kapitel 15 2.454,668.000 S; Kapitel 16 425,004.000 S; insgesamt 2.879,672.000 S.

Die in der Anlage Ia zum Bundesfinanzgesetz-Entwurf 1973 ausgewiesenen Unterschiede gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 — Mehrausgaben von rund 801 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 251 Millionen Schilling — können nicht als echte Unterschiedsbeträge gelten, weil bei dieser rein kapitelsummenmäßigen Gegenüberstellung des Bundesvoranschlages 1972 die infolge Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mit 1. Feber 1972 nunmehr auf Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz“ entfallenden Vergleichsbeträge mitenthalten sind.

Bei Gegenüberstellung der annähernd vergleichbaren Beträge des Bundesvoranschlages 1972 — „annähernd“ deshalb, weil sich der Voranschlag 1972 zum Beispiel beim Ansatz 1500 „Ministerium“ im Gegensatz zum übrigen Voranschlag nicht ohne weiteres hinsichtlich der auf Kapitel 17 entfallenden Beträge teilen läßt — ergeben sich Mehrausgaben von rund 1277 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 281 Millionen Schilling.

Bei Vergleich des Ausgaben-Voranschlages 1973 mit dem für den Gesamthaushalt ergibt dies einen Anteil der „Sozialen Verwaltung“ von rund 14,9 Prozent. Hinsichtlich der Einnahmen beträgt der Anteil rund 2,3 Prozent.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ entfallen auf den Personalaufwand 504,984.000 S oder 2,4 Prozent und auf den Sachaufwand 20.154,787.000 S oder 97,6 Prozent.

Innerhalb der Gesamtausgaben ergibt sich zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) und den „Ermessenskrediten“ ein Verhältnis von 96,9 Prozent zu 3,1 Prozent.

Die Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ verteilen sich prozentuell wie folgt: Sozialversicherung 70 Prozent, Kriegsoffer- und Heeresversorgung 15,2 Prozent, Arbeitsmarktverwaltung 13,1 Prozent, Sonstiges 1,7 Prozent.

Kapitel 15 „Soziales“. Personalaufwand: Das annähernd vergleichbare Mehrerfordernis

gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 von rund 57 Millionen Schilling ist durch generelle Bezugserhöhungen bedingt.

Sachaufwand: Der annähernd vergleichbare Mehraufwand in Höhe von rund 480 Millionen Schilling betrifft im wesentlichen die Kriegsoffer- und Heeresversorgung sowie die Arbeitsmarktverwaltung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 150 „Bundesministerium für soziale Verwaltung“ ist — wie bereits erwähnt — ein echter Vergleich mit den Ansätzen des Bundesvoranschlages 1972 nicht möglich.

Bei Titel 151 „Opferfürsorge“ betrifft der Mehraufwand in erster Linie die Versorgungsbeträge (Rentenanpassung ab 1. Jänner 1973 mit dem Faktor 1,090 sowie Rentenerhöhungen auf Grund der 22. OFG-Novelle und im Zusammenhang mit entsprechenden Änderungen im Bereich der Kriegsofferversorgung), zum geringeren Teil auch die Heilfürsorge auf Grund der steigenden Verpflegskosten und Heilmittelpreise.

Bei Titel 152 „Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen“ sind — erstmals in der Geschichte Österreichs — finanzielle Mittel des Bundes für einschlägige Versorgungsleistungen, Heilfürsorge und orthopädische Versorgung in der für 1973 geschätzten Höhe von 6 Millionen Schilling vorgesehen.

Bei Titel 154 „Allgemeine Fürsorge“ ist der Aufwand für Kleinrentnerentschädigung, obwohl auch dieser Personenkreis in den Genuß der allgemeinen Rentenerhöhungen ab 1. Jänner 1973 kommt, aus natürlichen Gründen weiterhin rückläufig. Von den veranschlagten Subventionsmitteln sind 5 Millionen Schilling für die Förderung privater Institutionen, die sich die Betreuung älterer Mitbürger, insbesondere hinsichtlich der zwischenmenschlichen Beziehungen zum Ziele gesetzt haben, vorgesehen.

Bei Titel 155 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung I“ sind vor allem Mehrausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (rund 100 Millionen Schilling) berücksichtigt. Ein weiterer beträchtlicher Mehraufwand (rund 85 Millionen Schilling) betrifft die Unterstützungsleistungen einschließlich Krankenversicherung infolge höherer Durchschnittssätze, wobei der Veranschlagung — ebenso wie für 1972 — 40.000 Bezieher von Arbeitslosengeld und 7000 Bezieher von Notstandshilfe im Jahresdurchschnitt zugrunde gelegt wurden beziehungsweise 1000 Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld mehr, also 30.000.

Josef Schlager

Bei Titel 157 „Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung“ betrifft der Mehraufwand fast ausschließlich nur die Versorgungsgebühren (Vervielfachung der geldlichen Versorgungsleistungen mit dem Faktor 1,090 und Rentenerhöhungen auf Grund der KOVG-Novelle, BGBl. Nr. 163/1972). Ein namhafter Mehrbedarf ergibt sich auch aus der Neuregelung der Beitragsverrechnung in der Krankenversicherung der Hinterbliebenen auf Grund der vorerwähnten KOVG-Novelle.

Dann folgt noch die Aufzählung der verschiedenen Dienststellen.

Kapitel 16 „Sozialversicherung“: Der Mehraufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 in Höhe von rund 740 Millionen Schilling ist neben der natürlichen Zunahme der Pensionslast im wesentlichen auf die Pensionsdynamik auf Grund des Pensionsanpassungsgesetzes, auf die Erhöhung der Ausgleichszulagen-Richtsätze und auf die finanziellen Auswirkungen der in parlamentarischer Behandlung stehenden Novellen zurückzuführen.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Wedenig, Horr, Melter, Dr. Hauser, Dr. Reinhart, Helga Wieser, Kostecky, Dr. Halder, Dr. Schranz, Linsbauer, Hellwagner, Anton Schlager, Staudinger, Vetter und Kammerhofer das Wort. Die aufgeworfenen Fragen wurden durch Vizekanzler und Bundesminister für soziale Verwaltung Ing. Häuser beantwortet.

Bei der Abstimmung am 16. November 1972 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapitel unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 15: Soziales, und dem Kapitel 16: Sozialversicherung, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Wir gehen in die Debatte ein. Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete Wedenig. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Wedenig** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man merkt allenthalben, daß sich ein gewisser Erschöpfungszustand breitmacht. Es ist ja nach dieser breiten Diskussion zum Kapitel Wissenschaft und Forschung nicht anders zu erwarten gewesen.

Wir haben bereits vorige Woche in der Monsterdebatte über das sogenannte Sozialpaket die wesentlichsten Aussagen auch zu diesem Kapitel mitverarbeitet, und es bleibt nur, glaube ich, für den heutigen Tag vorbehalten, noch grundsätzliche Feststellungen zu treffen und auf einzelne Spezialprobleme einzugehen. Es sind also nur mehr Ergänzungen zu dieser weit geflochtenen Diskussion notwendig. Ich hoffe aber — der Herr Abgeordnete Wille ist jetzt nicht hier —, daß der Herr Abgeordnete Wille nicht auch beim Kapitel Soziales von uns verlangt, daß wir der Bundesregierung einen besonderen Dank für die Ansätze im Budget aussprechen. Denn dazu, meine Damen und Herren, haben wir absolut keine Ursache. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Am 9. November im Finanzausschuß bei der Behandlung des Kapitels Soziale Verwaltung habe ich erklärt, daß auch bei den Ansätzen des Sozialbudgets die fortlaufende Geldwertverdünnung sichtbar wird. Das Expandieren der Sozialausgaben war früher — so sagte ich damals — immer wieder verbunden und gekoppelt mit einem Stabilitätsbemühen, das auch erfolgreich war. Dieses Stabilitätsbemühen mit gleichzeitigem Expandieren der Sozialausgaben und der sozialen Entwicklung hat eine gewisse Sicherheit gegeben, eine Sicherheit, die nun mit der galoppierenden Geldwertverdünnung sicherlich in Frage gestellt ist.

Was allerdings die Expansion der Sozialausgaben des Bundes für das Budget 1973 betrifft, so muß ich mich heute korrigieren. Das Sozialbudget 1973 erfährt nämlich gar keine echte Ausweitung. Auf den ersten Blick, meine Damen und Herren, mag es vielleicht positiv erscheinen, daß man das erste Mal eine 20 Milliarden-Grenze überschritten hat. Aber hier trügt der Schein! Denn die nominelle Steigerung von 1972 auf 1973 beträgt nackte 800 Millionen Schilling oder knappe 4 Prozent. Aber diesen 4 Prozent Steigerungen muß man eine 7- bis 8prozentige Geldwertverdünnung und Preissteigerung gegenüberstellen.

Wenn man nun das ins Kalkül zieht und vom Nominalwachstum in Abzug bringt, so bleibt nicht etwa eine positive Gebarung übrig, sondern im Gegenteil eine negative. Wir werden 1973 sage und schreibe um 4 Prozent weniger Realwerte im Sozialansatz haben als 1972.

Herr Bundesminister! Auf diese „Leistung“ kann die Regierung stolz sein. Und daher besteht absolut keine Ursache, Ihnen dafür den Dank auszusprechen.

Wedenig

Es ist vor Ihnen, Herr Sozialminister, noch keinem Finanzminister gelungen, den Sozialminister bei den Budgetverhandlungen derart in die Knie zu zwingen, daß er effektiv auf notwendige Budgetansätze verzichtet. Anders kann ich es mir nicht vorstellen, daß wir im Jahre 1973 realwertig weniger haben werden als 1972.

Ihre Vorgängerin, die Frau Sozialminister Rehor, war eine schwache Frau. Doch ihr ist es immer noch gelungen, in den vier Jahren, die sie hier Ressortchef war, daß sie fortlaufend eine Steigerung des Sozialbudgets durchsetzte, und zwar unter wesentlich schwierigeren wirtschaftlichen Voraussetzungen, als es heute der Fall ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Frau Sozialminister Rehor ist es damals in ihren vier Jahren gelungen, die Budgetansätze von 1966 bis 1969 von 10 Milliarden auf 14 Milliarden Schilling anzuheben, also um 40 Prozent zu vermehren. Und Sie, Herr Bundesminister, werden es Ende 1973, in Ihren vier Jahren, von 15 Milliarden auf 20 Milliarden gebracht haben, also eine Steigerung um 25 Prozent.

Ihr Sozialbudget beträgt 1973 gemessen am Gesamtbudget 14,8 Prozent. 14,8 Prozent, meine Damen und Herren, hatten wir bereits im Jahre 1969! Im Jahre 1969 waren Sie es, war es der Abgeordnete Ing. Häuser, der diese Ansätze in Grund und Boden verdammt und sagte, das sei sozialer Stillstand. Wenn damals 14,8 Prozent Stillstand waren, dann frage ich Sie: Was sind denn die minus 3 Prozent, die Sie einsetzen? Das ist dann kein Stillstand, sondern das ist Rückschritt, Herr Minister! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier ist die Entwicklung der Sozialbudgets von 1966 bis 1973: 1966 10,8 Milliarden oder 14,9 Prozent des Gesamtbudgets, 1967 11,9 Milliarden oder 14,9 Prozent, 1968 13,5 Milliarden oder 15,7 Prozent. Und dann kam ein wirtschaftlicher Rückschlag, nämlich 1968 auf 1969, mit fast 14 Milliarden und einem Ansatz von nur 14,8 Prozent: jene von Ihnen so inkriminierten 14,8 Prozent, von denen Sie sagten, daß sie ein Rückschritt wären, daß sie eben sozialpolitischen Stillstand bedeuten.

Dann kam 1970, als neue Aufschwungwelle der Wirtschaftsankurbelung hervorgerufen durch die ÖVP, 15,8 Milliarden mit 15,5 Prozent Anteil, 1971 17 Milliarden mit 15,1 Prozent Anteil, 1972 19,8 Milliarden mit 16,1 Prozent. Und nun für 1973 der arge Rückschlag: 20,6 Milliarden, aber nur 14,8 Prozent Anteil am Gesamtbudget.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wo ist der Fortschritt, wenn wir heute wieder bei jenen 14,8 Prozent angelangt sind, die Sie als

die niedrigste Steigerung des Sozialbudgets angesehen haben? Ihren heißen 4 Prozent an Nominalsteigerung, das sind nämlich die 800 Millionen, stehen heute 7 Prozent an Preissteigerung gegenüber. Das heißt, Sie haben die Ansätze praktisch nicht einmal an die Geldwertverdünnung herangebracht. Sie haben damit vor dem Herrn Finanzminister kapituliert.

Ich kenne Sie nicht mehr, Herr Sozialminister! *(Abg. Dr. Haider: Dafür war er bei den Zuschußrentnern hart!)* Ich kenne Sie nicht mehr, denn ich habe von Ihnen erwartet, daß Sie als erfahrener Mann auf dem Sozialgebiet sich bei dieser Regierung so durchsetzen würden, wie Sie es von dieser schwachen Frau, die vor Ihnen das Ressort führte, verlangt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Schranz und Herr Abgeordneter Pansl! Vor wenigen Tagen haben Sie uns zugerufen, das sei das beste Sozialbudget, das es jemals in diesem Hause gegeben hat. Ich verstehe nicht, was Sie unter „bestem“ Sozialbudget meinen, wenn Ihnen doch klar sein muß, daß das kein Fortschritt ist, was hier in den Ansätzen steht, sondern ein Rückschritt.

Aus den Ansatzziffern geht hervor: Die Aufwendungen des Bundes decken nicht einmal den Teuerungsabgang, den Sie durch Ihre Preissituation verursacht haben. Aber dennoch — und das ist ja das „Erfreuliche“, wenn auch unter Anführungszeichen — werden die Pensionen um 9 Prozent, also knapp über die Teuerungsmarke, steigen. Die Richtsätze werden angehoben; Richtsätze, die angehoben werden müssen, damit man wenigstens die Teuerung abgelten kann.

Der gesetzliche Auftrag der etappenweisen Lösung bei den Kriegsopfen wird erfüllt werden.

Die Arbeitsmarktverwaltung wird um etwa 13 Prozent aufgestockt werden.

Aber Sie wissen ganz genau, warum Sie das durchführen können. Sie können es nicht etwa deswegen durchführen, weil Ihnen der Finanzminister so großzügig Geldmittel dafür zur Verfügung gestellt hat; nein, Sie können das durchführen, weil die enormen Beitragsteigerungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern Sie dazu befähigen und der Bund es auch für 1973 ablehnt, den von Ihnen geforderten Bundesbeitrag von 29 Prozent zu leisten, sondern nur mehr 22 Prozent in dieses Sozialpaket hinein leistet. Das heißt, Sie nehmen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhöhte Beiträge und lassen sich sanieren, was Ihnen der Bund dabei vorenthält.

Wedenig

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen das an Hand einer Skizze aus den Monatsheften des Wirtschaftsbeirates beziehungsweise des Wirtschaftsforschungsinstitutes vorlese und daraus zitiere:

„Die Beiträge an die Sozialversicherung erhöhen sich nur um 5,4 Prozent auf 14,75 Milliarden Schilling. Das hängt damit zusammen, daß der Bund fast nur noch die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben deckt und keine Reservenbildung bei der Sozialversicherung finanziert. Da sich die finanzielle Gebarung der Pensionsversicherungsanstalten in den letzten Jahren günstiger entwickelte, als im Zeitpunkt der Erstellung der Voranschläge vorausgesehen werden konnte, wurden die veranschlagten Beträge nicht im vollen Umfang benötigt. Der Voranschlag 1973 hat diesem Umstand Rechnung getragen beziehungsweise diesen berücksichtigt.“

Die 29. ASVG-Novelle wird diese Regelung, die bis Ende 1972 galt — und jetzt hören Sie bitte her — „unbefristet verlängern. Der Bund spart sich dadurch in diesem Jahr rund 2 Milliarden Schilling.“

Das sind jene 2 Milliarden Schilling, die gefehlt haben oder die fehlen, um das durchzuführen, was wir als vordringlich in diesem Jahr 1973 an Sozialaktionen verlangt haben. Das sind jene 2 Milliarden Schilling, die Ihnen der Finanzminister vorenthält und die dazu ausgereicht hätten, alles das zu erfüllen, was notwendig ist, um die Armen nicht noch ärmer zu machen, was ja durch Ihre Politik sicherlich die Folge sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So wird das also gemacht. Der brave Bürger und Wähler ahnt nicht einmal, daß er auf diese Art schön und nun für immer gesetzlich verankert gerupft wird. Die Zuschußleistung des Bundes wird aufgehoben. Es besteht nur mehr die Ausfallhaftung.

Aber wir halten Ihnen, Herr Bundesminister, nicht vor, daß Sie keine bessere Sozialpolitik zusammenbringen. Das haben wir ja von Haus aus nicht anders erwartet und nicht angenommen. Was wir Ihnen vorhalten, ist, daß Sie so tun, als würden Sie es können, daß Sie so tun, als wären die Sozialleistungen ein Geschenk der Regierung Kreisky an die Wähler, die Ihnen die Stimme gaben. Aber Sie sagen nicht dazu: Wir erhöhen massiv die Beiträge, fahren nach versicherungsmathematischen Gesetzen fort und erfüllen etwas, was Sie vorher immer abgelehnt haben, nämlich eine entsprechende Beitragsdeckung herbeizuführen. Sie sagen dem Wähler nicht: Das und noch mehr müßt ihr euch alles selber aus der eigenen Tasche bezahlen, der Staat leistet dazu keinen Groschen mehr! Sie sagen

nicht: Wir kassieren für alle Zukunft den Bundesbeitrag! Reserven sind auf einmal nicht mehr nötig, die gibt es nicht mehr.

Sie spielen auf der anderen Seite den Gönner, den Zauberonkel, der sozusagen Kaninchen aus dem Hut hervorholt, und es gibt sogar Leute, die Ihnen das auch glauben. *(Ruf bei ÖVP: Den Hut brauchen's jetzt eh, denn es sind nur neune da!)*

So ähnlich gehen Sie auch beim Familienlastenausgleich vor. 11 Milliarden, meine Damen und Herren, wird der Bund einnehmen, 9,73 Milliarden werden davon an die Familien zurückfließen. Aus diesen Beträgen, die den Familien gehören, machen Sie dann Geschenke. Ich sage Ihnen: Das sind Danaergeschenke.

Erstens die freie Schulfahrt: Wir waren dafür. Es ist eine gute Lösung, wenn sie ausgebaut wird. Aber was hat heute etwa der in der Einsicht lebende Bergbauernbub davon, daß der, der irgendwo in verkehrsnaher Lage, in verkehrsverbundener Lage lebt, frei zur Schule fahren kann? Der Bergbauernbub muß nach wie vor seine Stunde oder seine eineinhalb Stunden von der Alm ins Tal gehen, um zur Schule gehen zu können. Er hat von Ihrer Lösung absolut nichts. Oder glauben Sie nicht, daß es wenigstens ein Äquivalent gewesen wäre, wenn man die freie Schulfahrt gerecht ausgebaut hätte, so ausgebaut hätte, daß man jenem, der nicht mitpartizipieren kann, weil dort der Verkehr nicht aufgeschlossen ist, auch eine Abgeltung nicht nur für seine Mühe und für seine Leistung geben könnte, sondern für seinen höheren Verschleiß an Kleidern und Schuhen, dem er täglich ausgesetzt ist? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Um welche Kinder handelt es sich denn dort? Doch nicht um vermögende! Wo sitzt denn heute die Armut? In den hintersten Winkeln der Täler und bei den Bergbauern, dort sitzt die Armut in erster Linie. Bei den Pensionisten sitzt sie und in den kinderreichen Familien. Dort ist die Armut daheim. Dort müssen Sie den Hebel ansetzen. Dann können Sie Armut beseitigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit dem kostenlosen oder dem Wegwerf-schulbuch ist es ja nicht anders. Haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, den Eltern auch gesagt, daß es Beihilfengelder sind, die Sie dafür verwenden? Haben Sie den Eltern gesagt, daß Sie höchst sorglos mit diesen Geldern umgehen und daß nach unseren Berechnungen 300 Millionen Schilling allein aus dieser Aktion, die den Familien gehören würden,

Wedenig

letzten Endes im Verbrennungsofen, im Müll-eimer oder sonst irgendwo auf einer Ablage-rungstätte landen werden?

Frau Abgeordnete Metzker — sie ist momentan nicht hier —: Sie haben vor wenigen Tagen mir gegenüber behauptet, man könne vielen Eltern das Geld und die Ent-scheidung nicht anvertrauen, weil die Gefahr bestünde, daß die Eltern das Schulbuchgeld, das wir gefordert haben, anders oder für andere Zwecke verwenden würden als für das Schulbuch. Aber der Staat, meine Damen und Herren, der darf auf Kosten der Familien 300 Millionen vergeuden. Da fragt niemand, wo die Verantwortung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber was Sie damit wollen, ist, glaubhaft zu machen, es sei wiederum ein Geschenk der Regierung Kreisky. Einem geschenkten Gaul schaut man eben nicht ins Maul. Das nimmt man so zur Kenntnis. Aber Sie sagen den Eltern nicht: Das ist euer Geld, das wir hier verwalten — aber schlecht verwalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt Leute — das möchte ich noch einmal betonen —, die auch das glauben. Die Eltern — sagten Sie, Frau Abgeordnete Metzker — seien nicht mündig. Während sozialistische Abgeordnete den Eltern die Mündigkeit für die richtige Verwendung des von uns geforderten Schulbuchgeldes absprechen, erklärt fast im selben Atemzug eine sozialistische Abgeordnete beim Kapitel Justizverwaltung zum Problem der Fristenlösung beim § 144: Die Frau sei mündig genug, selber zu ent-scheiden, ob ihr Kind geboren werden soll oder nicht.

Meine Damen und Herren! Für die Ver-waltung von 100 S monatlich Schulbuchgeld sind die Eltern nicht mündig. Aber über Leben und Tod eines Kindes zu entscheiden, dazu sind wir mündig! *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, es gibt keinen Widerspruch, der paradoxer wäre als dieser.

Meine Damen und Herren! Zu dieser Schul-buchfrage erlaube ich mir einen kurzen Aus-schnitt aus einem Artikel vom Österreichi-schen Familienbund zu zitieren. Es heißt dort: „Es wäre auch einer Überlegung wert, ob es wirklich sinnvoll ist, jedem Schüler das Eigentum am Schulbuch in allen Fragen auf-zunötigen. Gut erhaltene Bücher könnten gegen eine Anerkennungsprämie wieder der Schule zurückgegeben und weiter verwendet werden. Der Schüler hätte einen Anreiz, seine Bücher schonend zu behandeln. Die Zahl der von den Schulen nachzuschaffenden Bücher würde sich beträchtlich verringern. Es darf

nicht übersehen werden, daß jeder Schilling mehr für Schulbücher einen Schilling weniger Familienbeihilfen bedeutet.“

Unsere Kritik an der Schulbuchaktion ging immer schon in zwei Richtungen:

Erstens: Es handelt sich gar nicht um Gratis-schulbücher. Die Finanzierung erfolgt aus dem Familienbeihilfenfonds, also aus-schließlich zu Lasten der Eltern. Statt daß die Eltern höhere Beihilfen bekommen, werden ihnen die Schulbücher bezahlt. Das ist alles. Die Eltern erhalten statt einer Geldleistung eine Sachleistung. Aber sie erhalten nichts zusätzlich. Die Regierungspartei hat das als einen großen familienpolitischen Erfolg hin-ausposaunt, und der Bundeskanzler hat jüngst erklärt: In die für Pensionisten geplante Teuerungsabgeltung würden die Familien nicht einbezogen werden, weil sie schon die Schulbücher bekommen haben. Also aus dem eigenen Geld des Familienlastenausgleichs wird ihnen das Schulbuch gegeben; aber dafür bekommen sie keine Teuerungsabgeltung in anderer Hinsicht.

Es heißt hier noch weiter: „Die Schulbuch-aktion in der heutigen Form ist aus pädagogi-schen wie ökonomischen Gründen abzuleh-nen.“ Das ist die Meinung jener, die sich fachlich damit beschäftigt haben und nicht parteistrategische, parteipolitische Ziele damit verknüpfen.

Aber nun wieder zurück zum Budget. Es ist kein Wunder, daß Sie mit einem Minimal-anteil von 14,8 Prozent das Auslangen finden, denn es bleibt eine Reihe von wichtigen Pro-blemen ungelöst oder zumindest schlecht ge-löst. So zum Beispiel die Rehabilitation. Ihr seidenweicher Entschließungsantrag — da bin ich sicher — wird auch bis zum Jahr 1974 noch keine Lösung in dieser komplizierten Frage der Rehabilitation bringen.

Wir sollten aber — so denke ich — endlich so weit sein, daß wir von der rein quantita-tiven auf die qualitative Sozialpolitik über-wechseln. Es sind keine Massen, die man damit dirigieren kann, sondern Einzelschick-sale. Ich frage mich: Sind diese Einzelschick-sale für die SPÖ-Regierung etwa uninteres-sant, weil sie parteipolitisch nichts bringen? Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Wann ist mit einer Lösung in diesem bren-nenden Problem der Rehabilitation endlich zu rechnen?

Ein zweites Teilproblem: Es ist nur eine Kleinigkeit, aber sie zeigt, wie engherzig die sozialistische Regierung auch hier vorgeht. Wir haben einen höheren Versicherungsschutz für Feuerwehren und Rettungshelfer und so

Wedenig

weiter verlangt. Auch hier haben Sie nichts anderes zustande gebracht als einen Entschließungsantrag ohne jedwede direkte Bindung, und zwar einen Entschließungsantrag, bei dem viele betroffene Kreise von Feuerwehrmännern überhaupt nicht höher mitversichert werden. Ich frage Sie: Werden Sie eine gerechte Lösung herbeiführen, und wann ist mit einer Erledigung zu rechnen?

Ein drittes Problem: Durch die Mehrwertsteuer und Ihre Preispolitik ist 1973 mindestens mit 7, wahrscheinlich mit 9 Prozent Teuerung zu rechnen. Sie haben vorgesehen, diese Teuerung den Kleinpensionisten abzugelten, also jenen, die Ausgleichszulagenbezieher sind. Sie haben 70 S für den Ehegatten und weitere 30 S für die Gattin dafür aufgebracht. Sie wissen ganz genau, daß diese Lösung ungerecht ist, weil man bei der Abgeltung von Lebensmittelpreisen nicht eineinhalb oder eineindrittel einsetzen kann, sondern weil eben zwei Mäuler zweimal so viel essen, zwei Mägen zweimal so viel brauchen, zwei Menschen zweimal so viel brauchen als einer.

Sie wissen selbst, daß diese Lösung ungerecht ist, und trotzdem haben Sie dazu keine Expertise eingeholt. Ich kenne das Papier, das Ihnen als Unterlage gedient hat. Sie haben auch keine Alternative zugelassen. Sie haben wieder schnell — im letzten Abdruck —, weil Ihnen politisch sozusagen der Hut gebrannt hat, eine Husch-Pfusch-Lösung durchgeführt. Sie waren nicht mehr bereit, sachlichen Argumenten Gehör zu schenken, es mußte so durchgezogen werden, wie es der Herr Sozialminister wollte. Die Leidtragenden werden jene sein, die durch Ihre Teuerung in eine Misere hineingeraten sind, jene, die eben nur Ausgleichszulagenbezieher sind und die die Teuerungswelle wirklich nicht mehr auffangen können.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Werden Sie bereit sein, diese Regelung zu überprüfen und einer Korrektur zu unterziehen? Werden Sie auch das Unrecht, das Sie bei den Bauern gesetzt haben, indem Sie den Bauernpensionisten nur mehr die Hälfte dieser geringfügigen Sätze zubilligen, gutmachen? Hier geht es bei einem Ansatz von rund 70 Millionen vielleicht noch um weitere 70 Millionen. Sicherlich ist es bei einer angespannten Budgetlage ein Betrag, über den man diskutieren muß. Aber, Herr Bundesminister, wenn Sie dem Finanzminister 2 Milliarden Bundesbeiträge schenken, die Sie eigentlich gesetzlich fixiert hatten, dann, glaube ich, dürfte es auf weitere 70 Millionen zur Abdeckung eines Unrechtes auch nicht mehr ankommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Abschnitt Arbeitsmarktverwaltung sind aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung beziehungsweise aus dem Milliardenüberschuß rund 431 Millionen für die Förderung festgelegt. Ich möchte hier noch einmal betonen, damit nicht nach außen hin wieder der irrtümliche Eindruck entsteht, das käme aus Budgetmitteln: Diese Leistungen, die zur Förderung der Arbeitsmarktanpassung notwendig sind, bezahlen wir Arbeitnehmer und bezahlen die Dienstgeber aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Wir zahlen sie selber, kein Groschen kommt aus anderen Mitteln; alles kommt aus dem eigenen zweckgebundenen Fonds.

Im EWG-Bereich werden Milliarden dafür aufgewendet, in Schweden werden 4 Prozent des Budgets eingesetzt, um die Arbeitsmarktanpassung an die EWG zu ermöglichen. Umso wichtiger ist es daher, weil uns eben solche Summen nicht zur Verfügung stehen, daß sie planmäßig eingesetzt werden und daß ein gezielter Einsatz dieser Mittel erfolgt.

Meine Damen und Herren! Eine Voraussetzung für das Zustandekommen des Arrangements zwischen Österreich und der EWG waren die Forderungen der ÖVP und die hierüber geführten Parteienverhandlungen. Eine unserer wesentlichsten Forderungen betraf die flankierenden Maßnahmen für die Arbeitsplatzsicherung und Maßnahmen zur Überwindung von Anpassungsschwierigkeiten.

Im Budgetansatz unter 1/1551 wurden die Förderungsausgaben zwar um 13 Prozent erhöht, aber mit diesen 60 Millionen mehr, meine Damen und Herren, werden die Anpassungsaufgaben nicht erfüllt werden können. Vordringlich ist daher, daß diese geringen Mittel — wenn schon nicht mehr vorhanden sind — wenigstens so zielführend eingesetzt werden, daß sie effektiv werden. Ein umfassendes Anpassungsprogramm auf Grund von entsprechenden Erhebungen ist daher dringend nötig.

Dazu, meine Damen und Herren, bringe ich namens der ÖVP-Fraktion einen Entschließungsantrag ein und ersuche den Herrn Präsidenten, diesen in Behandlung zu ziehen. Der Entschließungsantrag lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wedenig und Genossen zu 460 der Beilagen betreffend EWG-Arbeitsmarkt-Anpassungsprogramm.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für soziale Verwaltung wird ersucht, in Verfolgung der Parteienvereinbarungen anlässlich der Abkom-

Wedenig

men zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften dem Nationalrat bis 31. 3. 1973 einen Bericht über ein EWG-Arbeitsmarkt-Anpassungsprogramm zuzuleiten.

Dieser Bericht soll voraussichtliche Anpassungsschwierigkeiten aufzeigen sowie Schwerpunkte der Arbeitsmarktförderung für das kommende Jahr, konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems der älteren Arbeitnehmer und Vorschläge zur Förderung der individuellen Mobilität enthalten.

Dieser Antrag wurde von mir schon im Ausschuß gestellt. Ich hoffe, wenn er heute wieder zur Diskussion gestellt wird beziehungsweise in Behandlung gezogen wird, daß Sie Verständnis für diesen Antrag aufbringen. Es geht nicht darum, Ihnen neue Schwierigkeiten zu machen, sondern es geht darum, Schwierigkeiten, die absolut auf uns zukommen müssen, Anpassungsschwierigkeiten, besser zu meistern. Denn nur dann, wenn wir diese Anpassungsschwierigkeiten besser meistern, wird es uns auch gelingen, die Arbeitsplätze, die derzeit gefährdeten Arbeitsplätze negative Sozialpolitik betrieben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Eine Reihe von Problemen wurde im Budget nicht berücksichtigt oder kaum berücksichtigt. Zum Beispiel die Spitalmisere.

Ich frage: Wo bleibt hier das Schwerpunktprogramm? Wann werden die ständig steigenden Probleme der Alten, der Einsamen, der Hilflosen, der Pflegebedürftigen, der tatsächlich Armen ernstlich in Angriff genommen und gelöst? Wo bleibt die Erfüllung Ihres Humanprogramms? Und wo bleibt die Erfüllung der diesbezüglichen Regierungserklärung? In den Ansätzen des Budgets ist herzlich wenig dafür vorgesehen. Das heißt, Sie haben bisher im Verhältnis zu dem, was Sie vor den Wahlen angekündigt haben, eine negative Sozialpolitik betrieben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben nichts getan, um die Qualität des Lebens zu verbessern. Sie haben Pläne, nichts als Pläne vorgelegt. Ich frage Sie: Wann werden Sie endlich darangehen, diese Pläne zu realisieren?

In diesem Zusammenhang, Herr Bundesminister, habe ich eine spezielle Frage an Sie. Wie man hört und heute aus der Presse liest, werden Sie, Herr Bundesminister, im Zuge der „Sparmaßnahmen der Regierung“ auch selber einen Staatssekretär beanspruchen beziehungsweise wird ein solcher für Sie vorgesehen sein.

Ich frage Sie: Stimmt es, daß Sie einen Staatssekretär beanspruchen werden, und welche Aufgaben wird dieser Staatssekretär, wenn Sie ihn bekommen, erhalten?

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr in Einzelfragen eingehen, lassen Sie mich zum Abschluß — wir nähern uns jetzt Weihnachten — einige grundsätzliche Worte sagen.

Ich glaube, nichts eignet sich besser als gerade das Kapitel Sozialpolitik, auch grundsätzliche Überlegungen über den Zustand unserer politischen und gesellschaftlichen Situation anzustellen.

Sozialpolitik, meine Damen und Herren, kann und darf nicht isoliert für sich selbst betrachtet werden. Sozialpolitik steht im engsten Konnex zur Wirtschaftspolitik. Daher muß Wirtschaftspolitik sozial sein. Und deshalb treten wir für die soziale Marktwirtschaft ein. Sozialpolitik ist aber in Frage gestellt, meine Damen und Herren, wenn die Stabilität fehlt. Sie ist in Frage gestellt, wenn die Vollbeschäftigung nicht gewährleistet ist, und die ist wieder durch die Instabilität gefährdet. Und sie ist in Frage gestellt, wenn die Gesellschaftspolitik sie nicht ergänzt, wenn der Mensch hinter der Sachlösung rangiert.

Beides, nämlich Vollbeschäftigung, eine gesunde Gesellschaftspolitik und Rechtsordnung gepaart mit einer vernünftigen Wirtschafts- und Stabilitätspolitik, war das Alpha und Omega der ÖVP-Regierung. Heute ist diese Stabilität gestört, und der Einzelmensch rangiert hinter der Masse.

Sie haben mit diesem Budget den Weg der Sicherheit verlassen und aus welchen Motiven immer eine inflationäre Tendenz geduldet, zugelassen oder gewollt. Sie haben damit das Vertrauen vieler aufs Spiel gesetzt und statt überschaubarer Sicherheit die Unsicherheit verankert.

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, werden wir die Kapitel 15 und 16 ablehnen müssen.

Unter Sozialpolitik, verehrte Damen und Herren, verstehen wir von der Volkspartei nicht allein Vorsorgepolitik und Alimentation, sondern einen wichtigen Bestandteil einer allumfassenden Gesellschaftspolitik.

Klar ist und selbstverständlich, daß die soziale Sicherheit jedes einzelnen gewährleistet und nach wie vor weiter ausgebaut werden muß und daß dazu alle Voraussetzungen durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik geschaffen werden müssen. Aber wir betreiben Sozialpolitik nicht als Selbstzweck, und wir lehnen es entschieden ab, dem sozialistischen

Wedenig

Beispiel zu folgen und die Sozialpolitik zu einem Faktor parteipolitischer Strategie zu degradieren.

Wir bekennen uns dazu, daß Sozialpolitik nicht als eine isolierte Disziplin, sondern nur als ein integrierter Teil des gesamten Bereiches der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesehen werden kann.

Wir bekennen uns ferner dazu, daß Sozialpolitik in der pluralistischen Gesellschaft niemals Klassenpolitik sein darf, sondern alle Teile unserer vielschichtigen Gesellschaft und vielschichtigen Gruppierung gleichermaßen zu umfassen hat.

Wir dokumentieren gerade in unserem OVP-Grundsatzprogramm, daß soziale Gerechtigkeit mit der materiellen Vorsorge allein nicht erreicht werden kann, wenn sie ihr ursprüngliches Ziel erreichen soll, nämlich: optimale Voraussetzungen herzustellen für ein glückliches und in allen Lebensabschnitten integriertes Leben in der Gesellschaft.

Ziel einer modernen Sozialpolitik muß es daher sein, zwar das Leistungsstreben als das materielle Fundament der sozialen Sicherheit zu fördern, zugleich aber die leider vielfach überdeckten ethischen Grundlagen zur Wiederherstellung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Brüderlichkeit neu zu entfalten und im Bewußtsein möglichst aller wieder zu erwecken.

Das ist ein Prozeß, der sich über die Familie, die Jugend und über die Betriebsgemeinschaft zu vollziehen hat, den zu fördern eine wichtige Aufgabe des Staates ist.

Dazu rufen wir auf. Dafür haben wir zu wirken. Denn nur in Verbindung mit der Erweckung des über unsere Grenzen hinaus spürbaren sozialen Gewissens, von dem man sich nicht mit Almosen loskaufen kann, wird soziale Gerechtigkeit als Grundlage eines glücklichen Menschentums erreicht werden können.

Dieses große Ziel, meine Damen und Herren, erfordert Zusammenarbeit und Partnerschaft in allen Bereichen, im Betrieb ebenso wie in der Gemeinde, im Land und im Bereich des Bundes. Aber auch in der Bundesgesetzgebung, meine Damen und Herren!

Im kommenden Jahr werden wir einige dieser Probleme, insbesondere des Arbeitsrechtes, zu lösen haben. Wir von der OVP sind grundsätzlich zur Zusammenarbeit bereit, weil wir wissen, daß nur aus einer vernünftigen Zusammenarbeit auch gute Gesetze entstehen können. Nützen wir diese Möglichkeiten, nützen wir sie für ein glückliches Österreich! (Beifall bei der OVP.)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Wedenig und Genossen ist genügend unterstützt und steht ebenfalls in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Pansi. Er hat das Wort.

Abgeordneter Pansi (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Die erfolgreiche und konsequente sozialistische Sozialpolitik findet (*Abg. Doktor Schwitter: Unheimliches Interesse in Ihren Reihen! — Abg. Glaser: Auf solche Märchenerzählungen sind die eigenen Kollegen nicht sehr heiß! — Abg. Dr. Schwitter: 19 Leute von Ihnen sind da!*), soweit eine finanzielle Vorsorge hierfür notwendig ist, im vorliegenden Budget ihren Niederschlag. Der während der OVP-Alleinregierung eingetretene völlige Stillstand auf diesem so wichtigen Gebiet wurde durch eine zielbewußte Politik abgelöst. Viele berechtigte und vielfach seit Jahren geforderte Verbesserungen unseres Sozialrechtes, die von der früheren Regierung abgelehnt wurden, konnten bereits verwirklicht werden. Ich darf nur auf die wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen der letzten zweieinhalb Jahre verweisen — ich werde dabei bei der Sozialpolitik bleiben und nicht, wie mein Vorredner, einen Ausflug in andere Bereiche machen —:

Die früher nur als neutrale und damit als pensionsvermindernde Zeiten der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Karenzurlaubes für Mütter wurden in Ersatzzeiten umgewandelt. Höhere Pensionen für den betroffenen Personenkreis sind die Folge.

Die 60prozentige Witwenpension ist Wirklichkeit geworden, und in kurzer Zeit werden die ohnehin schon gelockerten Ruhensbestimmungen zur Gänze fallen.

Die gute sozialistische Wirtschaftspolitik und die damit verbundene starke Steigerung der Einkommen ab 1970 bewirken die Erhöhung der Pensionen um 9 Prozent ab 1. 1. 1973.

Der Richtsatz wurde mehrmals über die Pensionsanpassung hinaus erhöht. Ab 1970 ist für den Alleinstehenden eine Erhöhung um 40 und beim Zuschlag für die Ehegattin eine solche von 55 Prozent eingetreten. Während der vier Jahre OVP-Alleinregierung hat die Erhöhung nur je 31 Prozent betragen. Das ist Sozialpolitik für die Schwächsten und Bekämpfung der Armut, wie es von der Regierung Kreisky versprochen wurde. (Beifall bei der SPO.)

Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes wurden ebenfalls eine Reihe von alten Forderungen erfüllt:

Pansl

Der einheitliche Überstundenzuschlag von 50 Prozent brachte eine gerechte Entlohnung der Mehrarbeit.

Die Angleichung des Urlaubsausmaßes der Arbeiter an jenes der Angestellten sichert jedem Dienstnehmer die gleiche Erholungsmöglichkeit.

Das moderne Arbeitnehmerschutzgesetz schützt vor allem die Gesundheit und damit die so wertvolle Arbeitskraft.

Der Schutz der Betriebsräte wurde verbessert und durch die Einführung des Bildungsurlaubes ihre laufende Weiterbildung gesichert.

Ich darf nochmals feststellen, Herr Kollege Wedenig, daß auf sozialpolitischem Gebiet in so kurzer Zeit noch nie so viel geschehen ist wie in den letzten zweieinhalb Jahren unter Sozialminister Häuser und Bundeskanzler Kreisky. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun zu den wichtigsten Budgetposten des Kapitels Soziales:

In der Pensionsversicherung kann zwischen jener der Unselbständigen und der Selbständigen eine sehr unterschiedliche Entwicklung festgestellt werden. Der Bundesbeitrag wird für alle Versicherungszweige in Form der Ausfallhaftung geleistet. Kollege Wedenig, hier gibt es keine unterschiedliche Behandlung. *(Abg. Anton Schläger: Warum halten Sie es dann dauernd vor, wenn es für alle ist?)*

Ich halte es nicht vor. Im Gegenteil, ich habe im Ausschuß nur erklärt, Sie haben es angestrebt, die Selbständigen im Gewerbe haben es angestrebt, warum soll es dann für die Unselbständigen unrichtig sein? Das habe ich festgestellt. Denn wir haben das ja jetzt auch beschlossen, daß die Ausfallhaftung gilt. Nur von Ihnen wird es kritisiert. Das bitte ich zu unterscheiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für die Unselbständigen ist 1973 ein geringerer Staatszuschuß notwendig als 1972. Für die Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und in der Land- und Forstwirtschaft hingegen wird der Bundeszuschuß weiterhin erheblich ansteigen. Das hat zwei Ursachen. Die Zahl der Unselbständigen nimmt zu, und die Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung steigen ständig, während die Zahl der Selbständigen in beiden Gruppen zurückgeht und die Einnahmen stagnieren beziehungsweise sogar sinken.

Der zweite Grund der unterschiedlichen Entwicklung ist die Höhe der Beiträge. Ein Unselbständiger wird im Jahre 1973 seiner Pensionsversicherung schätzungsweise 12.678 S leisten, ein Selbständiger in der gewerblichen Wirtschaft 5412 S, also weniger als die Hälfte,

und ein Selbständiger in der Land- und Forstwirtschaft 3335 S oder etwas mehr als ein Viertel. Den weitaus geringsten Beitrag leisten die familieneigenen Arbeitskräfte der letzten Gruppe, nämlich nur 1710 S oder weniger als ein Siebentel eines Dienstnehmers, obwohl sie ohne Zweifel als vollwertige Arbeitskräfte anzusehen sind und, wie wir dem Grünen Bericht entnehmen können, auch ähnliche Einkommen erzielen.

Diese unterschiedlichen Beitragsleistungen bringen es mit sich, daß die Dienstnehmer die Aufwendungen für die Pensionen durch ihre Beiträge zu 81,5 Prozent decken, die Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft zu 38,6 Prozent und jene in der Land- und Forstwirtschaft lediglich zu 35,8 Prozent.

Um einer immer wieder geäußerten unrichtigen Behauptung entgegenzutreten, sei aber auch noch auf jene Beträge verwiesen, die der Staat im Jahre 1973 pro Pension zu leisten haben wird. Für einen Pensionisten aus dem Kreis der Dienstnehmer werden es 8590 S sein, für einen ehemaligen Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft 12.840 S oder um 50 Prozent mehr. Für einen Pensionisten der gewerblichen Wirtschaft werden es sogar 20.822 S sein. Die Frage, wer selbst weniger leistet und sich dafür vom Staat mehr holt, ist damit eindeutig beantwortet.

In diesem Zusammenhang aber auch eine notwendige Klarstellung zur Zuschußrente. Es ist völlig unrichtig, daß die Zuschußrentner von einigen hundert Schilling leben müssen. Auch heute früh wurde in Ihrer Rundfunksendung diese unwahre Behauptung wieder verbreitet. Für die Zuschußrentner gelten die gleichen Richtsätze wie für alle übrigen Pensionisten. Natürlich werden andere Einkommen angerechnet, und das ist bei den Zuschußrentnern überwiegend das von ihnen selbst vorgeschlagene und gesetzlich festgelegte Ausgedinge, dessen Höhe sich nach dem Einheitswert des übergebenen Betriebes richtet. Mit der Novelle, die wir vor einigen Tagen beschlossen haben, tritt ohnehin eine Verbesserung ein. Aber jedem Alleinstehenden ist zum Beispiel ab 1. 1. 1973 auch ein Gesamteinkommen von 1800 S und einem Ehepaar ein solches von 2575 S gesichert. Rund 55 Prozent aller Zuschußrentner bekommen derzeit schon zu ihrer durchschnittlichen Rente von 826 S eine Ausgleichszulage von 542,60 S, und ab dem 1. Jänner 1973 wird sich die Zahl der Ausgleichszulagenempfänger noch wesentlich erhöhen. Eine Ausgleichszulage fällt nur dann nicht an, wenn der übergebene Betrieb verhältnismäßig groß war und die gesetzliche Ausgedingeleistung entsprechend hoch ist. *(Abg. Kinzl: 50.000 S Einheits-*

5600

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 19. Dezember 1972

Pansi

wert: das ist ein großer Betrieb?) Es geht bei einem Alleinstehenden bis zu 70.000 S und bei Verheirateten, vor allem mit Kindern, noch weit darüber hinaus, Herr Kollege Kinzl!

Ich darf außerdem darauf verweisen — ich habe es schon getan —, daß Sie das seinerzeit vorgeschlagen haben und dieses Ausgedingerecht ohnehin zugunsten der Zuschußrentner und der Bauernpensionisten mit der letzten Novelle etwas verbessert worden ist. Sie haben ja seinerzeit diesen Vorschlag unterbreitet, und auch mit Ihren Stimmen ist das seinerzeit beschlossen worden. Versuchen Sie nun nicht, die Schuld auf jemand anderen abzuschieben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es muß aber auch eindeutig klargelegt werden, daß den 55 Prozent Ausgleichszulageempfängern mit einer Umwandlung der Zuschußrente in eine Bauernpension keine Verbesserung gebracht wird. Durch Ihre Propaganda werden nur Hoffnungen erweckt, die nicht in Erfüllung gehen könnten. Ihr Netto-bezug würde sich überhaupt nicht erhöhen, weil die AZ im gleichen Ausmaß gekürzt werden würde, beziehungsweise überhaupt wegfällt!

Eine Verbesserung würde nur für jene eintreten, die einen größeren oder großen Besitz übergeben haben und die sich in der Regel Ausgedinge gesichert haben, die über das gesetzlich festgelegte Ausmaß hinausgehen. Sie betreiben eine bewußt falsche Propaganda, oder Sie kennen die Verhältnisse nicht. *(Abg. Dr. E. Moser: Wie war denn das mit der Wahlpropaganda?)* Aber diesen kleinen Pensionisten bringen Sie nichts mit einer Umwandlung, weil die Ausgleichszulage natürlich in entsprechendem Ausmaß wegfällt *(Abg. Dr. Schwimmer: Fragen Sie einmal den Dr. Schranz, was sein Pensionistenverband vor der Wahl verlangt hat! — Abg. A. Schlager: In der gestrigen Zeitung steht es drinnen! — Abg. Kinzl: Was steht in den Zeitungen?)*, was auch bei den 350.000 übrigen Ausgleichszulagenempfängern selbstverständlich immer wieder der Fall ist. Eine Erhöhung tritt natürlich wieder ein, wenn die Richtsätze entsprechend angehoben werden.

Ich stelle an die Vertreter des Bauernbundes zum wiederholten Male die Frage, was sie selbst bereit sind aufzubringen, damit jene, die einen größeren Besitz übergeben haben — und nur um diese geht es in Wirklichkeit, wenn man helfen will —, mehr bekommen als bisher.

Die Umwandlung der Zuschußrente in eine Bauernpension würde rund 1 Milliarde Schilling kosten. Die Landwirtschaft zahlt für ihre Pensionsversicherung — wie wir soeben gehört haben — mit Abstand die geringsten

Beiträge. Ist es, meine sehr verehrten Herren von der Landwirtschaft, Ihre Auffassung, daß Sie nur zu fordern haben und die anderen die Mittel für Sie aufbringen müssen, während Sie selber überhaupt nicht bereit sind, auch etwas dazu beizutragen, daß bessere soziale Regelungen geschaffen werden können? *(Abg. A. Schlager: Pfeifer, applaudiere!)* Ist das Ihre Auffassung, Kollege Schlager? *(Abg. A. Schlager: Der Pfeifer soll applaudieren!)*

Präsident **Probst**: Sie sind ja gemeldet, Herr Abgeordneter Schlager, Sie brauchen gar keine Zwischenrufe zu machen. *(Abg. A. Schlager: Ich gebe ihm schon eine Antwort!)*

Abgeordneter **Pansi** *(fortsetzend)*: Neben der Verbesserung des Sozial- und Arbeitsrechtes haben die Sozialisten aber auch der Arbeitsmarktpolitik ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt. Die Berufsauf- und -weiterbildung sowie die Umschulungen werden zielbewußt gefördert, damit unserer sich stets verändernden Wirtschaft die entsprechenden Fachkräfte zur Verfügung stehen. Zur Förderung der Winterbeschäftigung werden erhebliche Mittel aufgewendet und Maßnahmen zur Mobilität der Arbeitskräfte getroffen.

Für die so wichtige Arbeitsmarktpolitik stehen im nächsten Jahr 500 Millionen Schilling zur Verfügung. Im letzten Jahr der ÖVP-Regierung waren es 131 Millionen Schilling, wovon allerdings nur 99 Millionen ausgegeben wurden. Gerade bei der Arbeitsmarktförderung sehen wir, wie die sozialistische Regierung bemüht ist, dort Schwerpunkte zu setzen, wo sie gesamtwirtschaftlich notwendig und richtig sind. *(Abg. Kinzl: Wenn Sie Winterbekleidung kaufen!)*

Weitere Schwerpunkte sind die bedeutende Erhöhung der Ausgaben für die Kriegsoffer und für die Opferfürsorge.

Mit dem für „Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen“ vorgesehenen Betrag wird die Erfüllung des diesbezüglichen Gesetzes ermöglicht. Auf diesem Gebiet beschreiten wir völliges Neuland, denn es gibt keine Beispiele. Jedenfalls ist die Hilfe für Personen, die unschuldig Opfer von Verbrechen werden, ein Akt der Menschlichkeit, und die Erfahrung wird zeigen, ob mit dem vorgesehenen Betrag das Auslangen gefunden werden kann. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Hauser: Kollege Pansi, wenn Sie nur dazusagen würden, von wem der Gedanke stammt, das wäre noch die letzte Fairneß! — Ruf bei der SPÖ: Die Mittel müssen aufgebracht werden! — Abg. Dr. Hauser: Die Mittel sind leicht aufzubringen! — Abg. Herta Winkler: Was gibt es noch für Gedanken, die noch alle nicht verwirklicht sind!)*

Pansi

Warum haben Sie es denn nicht früher gemacht? Wir bestreiten nicht, Herr Kollege Dr. Hauser, daß gerade Sie auch sehr dafür gewesen sind, aber ich habe bisher noch nicht gemerkt, daß die ÖVP so bescheiden ist und nicht bei jeder Gelegenheit versucht, ihre Erfolge hervorstreichend. Sie werden das sicherlich noch tun. *(Abg. Dr. Hauser: Die Mittel sind leicht aufzubringen! Ich möchte nicht schildern, was da auf diesem Gebiete für eine besondere Ängstlichkeit bei Ihnen war! Das würde dazugehören, das zu sagen, denn die Leute glauben wirklich, das hat Ihre Regierung erfunden! — Abg. Ortner: Na freilich! — Abg. Ofenböck: Es gibt nichts, was Sie nicht erfunden haben!)*

Die erfolgreiche sozialistische Sozialpolitik wird besonders von der ÖVP kritisiert. Das war immer so. *(Abg. Dr. Schwimmer: Da liegt ein Mißverständnis vor! Die „nicht erfolgreiche“!)* Nur die Vorzeichen haben sich geändert. Wollten Sie früher von einer weitgehenden sozialen Sicherheit nichts wissen und mußten wir Sozialisten für unsere Sozialgesetze manchen Preis zahlen, so tun Sie heute so, als ob Sie die Sozialpolitik erfunden hätten, und stellen Forderungen, die Sie während Ihrer Regierungszeit — und diese liegt noch gar nicht so weit zurück, Herr Kollege Schwimmer — nie bereit waren zu erheben, geschweige denn zu erfüllen. Mühselig mußten wir Ihnen während Ihrer Regierungszeit die bescheidensten Verbesserungen auf sozialpolitischem Gebiet abringen. *(Abg. Wedenig: Wir können Ihnen gar nichts abringen! Sie haben die Mehrheit!)*

Die Kritik und die Scheinforderungen der ÖVP können wir aber auch deswegen nicht ernst nehmen, weil jeder Bund eine andere Meinung hat. Der Wirtschaftsbund warnt ständig vor einer Übersozialisierung und weist in Radiosendungen darauf hin, daß Österreich von allen OECD-Ländern den höchsten Anteil, Herr Kollege Wedenig — er ist nicht hier *(Rufe: Dort sitzt er!)* doch, entschuldigen! — an Sozialausgaben hat. Uns freut diese Feststellung. Der Wirtschaftsbund warnt vor einer weiteren Steigerung, weil sonst seiner Meinung nach die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft in Gefahr kommen könnte. Der Bauernbund, am längsten der schärfste Gegner jeder Sozialpolitik, vertritt nur seine eigenen Interessen, und der Arbeiter- und Angestelltenbund versucht es seit zweieinhalb Jahren mit der Lizitation. So gibt es in der ÖVP in sozialpolitischen Fragen kein Miteinander, sondern ein Gegeneinander und vielfach ein Durcheinander. *(Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Eine Frage: Beschäftigen Sie sich mit der Sozialpolitik der Regierung Kreisky oder mit der der ÖVP-Regierung?)*

Dann koordinieren Sie einmal Ihre Meinungen. Wenn man sich in der Früh die Radiosendungen des Wirtschaftsbundes, heute in der Früh wieder der Landwirtschaftskammer und dann Ihre Sendungen vom ÖAAB anhört, dann sind es vollkommen verschiedene Meinungen, die Sie zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Herr Kollege Schwimmer! Vielleicht sind Sie nicht ein solcher Frühaufsteher wie ich, daß Sie sich die Sendungen kurz nach 6 Uhr früh immer anhören. Ich tue es jedenfalls immer, weil sie äußerst interessant sind. *(Abg. Dr. Schwimmer: Was haben Sie für einen Radioapparat? Es gibt keine Sendungen des ÖAAB, Herr Pansi! Erzählen Sie keine Märchen! — Abg. Dr. Schranz: Es gibt Aussendungen des ÖAAB!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen. Nachdem für die Kranken, die Arbeitsunfähigen und unsere Alten im wesentlichen vorgesorgt ist, wobei notwendige Verbesserungen selbstverständlich Platz greifen müssen, wird unsere Aufmerksamkeit in Zukunft vor allem den Gesunden beziehungsweise den scheinbar Gesunden zu gelten haben. Ein laufendes Service des Menschen einzuführen, ist die große Aufgabe der nächsten Zeit. Ebenso wird der Arbeitsmarktpolitik immer größere Bedeutung zukommen.

Wir Sozialisten werden unseren Weg einer umfassenden Sozialpolitik auch weiterhin unbeirrt fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Als nächster Redner kommt zum Wort der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon im Rahmen der Generaldebatte zum Budget hat unser Klubobmann, Abgeordneter Friedrich Peter, klassifiziert, um welches Budget es sich für das Jahr 1973 handelt: ein Budget mit dem höchsten Ausgabenrahmen, allerdings nicht im Bereich der sozialen Verwaltung, ein Budget mit der höchsten Beamtenzahl, mit den meisten Dienstautos, mit den höchsten Inlandsschulden, mit dem größten Defizit, mit der größten Preissteigerungsrate. Zusammenfassend konnte er feststellen, daß es sich um ein ausgesprochen „ideales Inflationsbudget“ handelt.

Besonders diese inflationäre Entwicklung ist wohl im Bereich der sozialen Sicherheit das größte Problem. Man muß sich wundern, daß gerade eine Partei, die sich angeblich so sehr dem Sozialen, der sozialen Sicherheit, verbunden fühlt, diesem Problem so wenig Aufmerksamkeit schenkt.

Es ist unbestritten, daß wir in Österreich derzeit die größte Preissteigerungsrate haben

Melter

und daß mit mehr als 7 Prozent ein wirklicher Geldwertverfall stattfindet, der für die Empfänger fixer Einkünfte besonders nachteilig ist. Hier gehört in erster Linie die Gesamtgruppe der Pensionisten und der Rentner erwähnt. Für sie wird mit dieser Geldentwertung die unsocialste Situation geschaffen, die man sich vorstellen kann.

Die Inflationsförderung, die durch das Budget betrieben wird, liegt in der Verantwortung der Regierung.

Hier muß man wohl sagen: Es ist die größte Schwäche des Vizekanzlers und Sozialministers, daß er diese Entwicklung nicht gebremst hat. Im Gegenteil. Er hat sie überhaupt nicht beachtet, denn sonst hätte er hier von der Regierungsbank aus nicht die Worte „in die Inflation hineingeschlittert“ verwenden dürfen. Er hat damit zugegeben, daß man eben zu achtlos, zu uninteressiert vorgegangen ist und daß man damit den Rentnern und Pensionisten den größten Schaden zugefügt hat. Da ist eine Hauptverantwortung des Sozialministers gegeben, er hat damit im wesentlichen sozialen Bereich effektiv versagt.

Dabei hätte er nur den Ausführungen seines Regierungskollegen Finanzminister Androsch vor einem Jahr etwas aufmerksamer folgen müssen. Dr. Androsch hat damals in der Budgetrede ausgeführt, daß eine inflationäre Entwicklung einen ausgesprochen unsocialen Charakter trage. Damit hat er sich selbst, dem Sozialminister und der gesamten Bundesregierung ein vernichtendes Urteil ausgesprochen. Denn der unsociale Charakter ist durch das Budget legitimiert. Er ist durch das Budget fixiert, und die Regierung hat sich deshalb als sozialistische unsociale Regierung deklariert. Der Herr Finanzminister hat also für die sozialistische Regierung eine ausgesprochene Selbstbeschuldigung im Rahmen seiner Budgetrede für das Jahr 1972 zum Ausdruck gebracht.

Die Sozialisten haben die Wahlwerbung und die Regierungserklärung mit schönen Reden geschmückt, etwa mit der Betonung auf: Kampf der Armut! Hilfe für die Armen!

Nun muß man wohl sagen, daß die Gesamtentwicklung darauf hindeutet, daß die Armen immer zahlreicher werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Familien, und zwar gerade jener Familien, die mehrere Kinder zu betreuen haben.

Meine diesbezüglichen Ausführungen zum Familienlastenausgleich möchte ich hier im Rahmen der Behandlung des Sozialbudgets nicht wiederholen, aber darauf hinweisen, daß gerade die Familien von dieser sozialistischen Bundesregierung ausgesprochen schlecht behandelt werden, daß ihre Situation durch die

Regierungspolitik immer mehr verschlechtert und ungünstiger gestaltet wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir konnten gerade in den letzten Tagen etwas Typisches feststellen, nämlich schon die Auswirkungen der von der SPÖ beschlossenen 29. ASVG-Novelle. Die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten hat bereits alle jene Frauen angeschrieben, die wegen ihrer familiären Verpflichtungen nun nicht mehr einer Weiterbeschäftigung nachgehen können und die sich demzufolge, um ihren Pensionsanspruch sicherzustellen, entschlossen haben, sich freiwillig weiterzuversichern.

Wie sieht denn etwa eine so „freudige“ Nachricht unter der Verantwortung eines sozialistischen Sozialministers aus? Es wird da etwa mitgeteilt, daß die Mindestbeitragsgrundlage von bisher 600 S auf nunmehr 1575 S angehoben wird und daß die Folge davon ist, daß diese Frauen, die größtenteils für Kinder zu sorgen haben, nun plötzlich an Stelle eines Beitrages von 102 S monatlich einen solchen von 267,80 S monatlich zu entrichten haben. Das ist nicht weniger als das Zweieinhalbfache oder ein 150prozentiger Zuschlag, eine „ganz bescheidene“, eine „ganz kleine“ Preissteigerung, die der Herr Sozialminister persönlich zu verantworten hat. Eine wahrhaft soziale Tat, die man ihm immer wieder unter die Nase wird halten müssen, wenn er gar so große Töne über den sozialen Fortschritt verlauten läßt.

Es ist gerade im Sozialbereich eine Inflation besonderer Art festzustellen, die in dieser Angelegenheit der freiwilligen Weiterversicherung weit mehr als das Zehnfache der üblichen Preissteigerung beträgt. Das ist „soziale Leistung“, auch wieder gezielt, ausgerichtet auf die Familien! Man wundert sich, wo man bei einer derartigen Entwicklung die Kühnheit hernimmt, noch von sozialer Einstellung zu sprechen.

Kollege Wedenig hat schon darauf hingewiesen, welche Entwicklung das Sozialbudget im Rahmen des Gesamthaushaltes genommen hat. Ich habe mir auch einige Prozentsätze vorgemerkt, etwa ausgehend vom Prozentsatz für das Budget 1966; da waren es 15,5 Prozent. Die Entwicklung bis 1972 ergab einen Ausgabenrahmen von 16,2 Prozent.

Erstaunlich: Im Jahre 1973 sinkt dieser Prozentanteil plötzlich auf 14,9 Prozent!

Bei dieser Entwicklung — man höre und staune! — stellt der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede fest, daß vorrangige Maßnahmen im Bereich des Sozialbudgets gesetzt werden. Welche eigenartige

Melter

Vorrangsklassifikation angesichts der Tatsache, daß es zu einer fühlbaren Senkung des Sozialaufwandes im Rahmen des Gesamtbudgets kommt. Wahrhaft ein Meisterstück der Verdrehung, eine Spekulation auf die Unwissenheit der Bürger, eine Spekulation auf das Vergessen der Wahlberechtigten, die sich — und das hoffen offenbar die Sozialisten — bei der nächsten Wahl nicht mehr daran erinnern werden, was hier vorgegangen ist und was diese Bundesregierung dem betroffenen Personenkreis an Belastungen und Nachteilen gebracht hat.

Ich möchte nun nicht auch im Bereich der Pensionsgesetze all das wiederholen, was man vor wenigen Tagen bei der Behandlung des Sozialpaketes schon ausgesprochen hat. Aber feststellen muß man auch bei dieser Behandlung des Kapitels Soziale Verwaltung, daß es den Arbeitern und Angestellten außerordentlich starke Belastungen bringt, die zweifellos auch geeignet sind, preisstейgernd zu wirken.

Der Herr Sozialminister selbst hat erklärt, daß sich die Arbeitnehmer die Mehrbelastungen wieder von anderen vergüten lassen werden. Daß das dann auch Auftriebstendenzen zur Folge hat, ist wohl selbstverständlich. Doch das spielt für die Sozialisten keine Rolle, denn, gestützt auf die Mehrheit und auf ihren Propagandaapparat, hoffen sie, daß sie einen Schleier vor diese unguten Vorkommnisse hängen können.

Im Rahmen der Regierungserklärung vor einem Jahr und einem Monat hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt:

„Es wird notwendig sein, das Spitalswesen auf eine neue Grundlage zu stellen. Zweck und Sinn der Reform ist es, jedem Staatsbürger die nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft optimale Anstaltsbehandlung zu gewähren. Die Spitalsorganisation ist an die neuzeitlichen Erfordernisse anzupassen: Der Spitalsbetrieb selbst muß reorganisiert und eine ausgeglichene Finanzierung sichergestellt werden.“

Das ist ein schöner Wunschzettel. Aber was machte denn diese Regierung während des abgelaufenen Jahres? Bisher machte sie nichts, und auch mit dem Budget 1973 sind keinerlei Änderungen zu erwarten, die etwa zu einer Verbesserung der Situation der Spitäler führen werden.

Die Kostenentwicklung im Spitalbereich ist jedenfalls als katastrophal zu bezeichnen. Dazu kommt, daß sich ja die Verpflegskosten in den Spitälern natürlich nach oben entwickeln, daß jedoch die Leistungen der Krankenversicherungsträger verhältnismäßig immer schlechter werden.

Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde etwa die Hälfte der Verpflegskosten und der Aufenthaltskosten im Spital durch die Leistungen der Pflichtkrankenversicherungen gedeckt. Aber im heurigen Jahr ist dieser Anteil nun schon — jedenfalls bei modernen Spitälern — auf 30 und weniger Prozent abgesunken. Also eine absolut schlechte Leistung der Krankenversicherung, die im krassen Widerspruch etwa zu den Ermittlungen der Weltgesundheitsorganisation steht, die die Auffassung vertritt, daß es notwendig wäre, aus der Krankenversicherung wenigstens etwa 65 Prozent der Kosten des Aufenthalts im Spital zu begleichen.

Nun muß man fragen: Welche Voraussetzungen hat das Sozialministerium geschaffen, um tatsächlich einen derartigen Prozentsatz zur Abdeckung der Kosten sicherzustellen? Bisher ist diesbezüglich noch nichts bekannt.

Bekannt ist jedoch, daß auch die Spitalsreferenten in den Landesregierungen — und zwar auch dann, wenn sie von den Sozialisten gestellt werden — einen Angriff beabsichtigen, unter Hinweis darauf, daß die jetzt gegebene Situation einfach unerträglich ist und die größte Gefahr besteht, daß in manchen Bereichen die Spitalerhalter den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten werden können.

Es hat sich ja schon in manchen Bundesländern gezeigt, daß Spitäler eingestellt werden mußten, weil die Kosten den Gemeinden und manchen Privathaltern einfach über den Kopf gewachsen sind. Die Betreuung der Bevölkerung gerade im ländlichen Bereich ist dadurch verschlechtert worden, denn in erster Linie waren ja die kleinen Landspitäler betroffen.

Der in Vorarlberg zuständige Landesrat Winder von der SPO hat angekündigt, daß Verhandlungen mit dem Hauptverband und mit den Krankenversicherungsträgern notwendig wären und daß man sich keinesfalls mit der üblichen Steigerung der Verpflegungskostensätze im Ausmaß von etwa 10 Prozent pro Jahr zufrieden geben könne. Eine Steigerung um mindestens 30 Prozent wäre notwendig, um etwa in die Nähe der 50 Prozent-Kostenersatzleistung zu gelangen.

Beim neuen Stadtspital in Feldkirch zeigt es sich, daß unter Berücksichtigung der sehr hohen Investitionskosten und des noch nicht vollen Auslastungsgrades in der allgemeinen Pflegeklasse schon ein Aufwand von 697 S präliminiert wird. Das ist ein sehr hoher Betrag.

Melter

Die Krankenkassen leisten im Schnitt einen Tagesverpflegskostensatz von 220 S, das sind nur noch 29 Prozent des Erfordernisses.

Das ist also eine Situation, die äußerst bedenklich stimmt und die sogar dazu führt, daß sich eine Stadt, die mit einem unwahrscheinlichen Kraftaufwand mit mehr als 100 Millionen Schilling ein neues Spital erstellt hat, vor die Frage gestellt sieht, ob sie bei der derzeitigen Situation der Übernahme der Verpflegskosten in der Lage ist, den Betrieb dieses neuen Spitales überhaupt aufrechtzuerhalten.

Es wäre nun hoch an der Zeit, daß sich gerade der Sozialminister, um eine bessere Qualität des Lebens zu sichern, diesem Problem mit besonderer Aufmerksamkeit zuwendet und dafür Sorge trägt, daß aus Bundesmitteln und nicht nur aus Beiträgen der Krankenversicherung bessere Leistungen für die Spitalerhalter erbracht werden, um damit zu vermeiden, daß noch mehr Spitäler ihre Tore schließen müssen und damit die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung eine weitere Beeinträchtigung erfährt.

In diesem Zusammenhang ist natürlich auch darauf hinzuweisen, daß das Problem der ausreichenden persönlichen Versorgung in den Krankenanstalten immer größer wird. Die Beschaffung des notwendigen Personals, insbesondere gut ausgebildeter Krankenschwestern, aber auch des sonstigen Personals wird immer schwieriger. Das ist deshalb verständlich, weil in vielen Fällen natürlich nicht die finanziellen Wünsche voll befriedigt werden können.

Wenn nun die Versicherungsträger und der Bund ihre Leistungen nicht entscheidend verbessern, muß man befürchten, daß auch in diesem Bereich die angestrebte Verbesserung der Zustände im Spitalswesen nicht erreicht werden kann.

Ein Detailproblem, das leider in der 29. ASVG-Novelle nicht befriedigend gelöst werden konnte, ist die Frage der Rezeptgebühr bei kinderreichen Familien. Wir sehen dort nun durch die Erhöhung der Rezeptgebühr von 5 auf 6 S eine zunehmende Belastung, die natürlich dort wesentlich stärker wird, wo einer Familie mit einem Alleinverdiener mehrere Personen angehören. Hier werden immer wieder die Familien besonders getroffen, denn bei mehr Kindern gibt es mehr Behandlungsfälle und mehr notwendige Medikamente. Bei einer ärztlichen Behandlung werden ja in der Regel mehr Medikamente verschrieben, und man muß für jedes Medikament gesondert bezahlen.

Es sollte also allgemein erwirkt werden, daß in Fällen kinderreicher Familien diesen die Rezeptgebühren aus dem Unterstützungsfonds der Krankenversicherungsträger oder aus anderen Quellen wieder rückvergütet werden. Ich möchte Sie, Herr Vizekanzler, ersuchen, diesem schwerwiegenden sozialen Problem auch Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Eine Möglichkeit, Mittel dafür freizubekommen, könnte man darin sehen, etwa den chefarztlichen Dienst in den Krankenversicherungen einzuschränken. Manche Chefarzte führen ja eine rein mechanische Arbeit durch, für die zweifellos kein qualifizierter Akademiker notwendig ist. Man sollte den Aufgabenbereich auf wesentliche Belange einschränken, könnte damit Personal und entsprechende Aufwendungen sparen, die man dann direkten Sozialleistungen zuführen könnte.

Im Bereich der Krankenversicherung sollte man sich auch bemühen, allgemein zu einem anderen System zu gelangen, einem System, das nicht darauf ausgerichtet ist, möglichst zu jedem Beginn jeden Vierteljahres Krankenscheine zu sammeln, soviel wie nur irgendwie möglich ist, ohne Rücksicht darauf, ob überhaupt ärztliche Behandlung in Anspruch genommen wird. Es ist ja bekannt, daß in manchen Bereichen die Ärzte die Krankenscheine aller Familienangehörigen kassieren, obwohl nur eine einzige Person ärztliche Behandlung in Anspruch nimmt. Das ist zweifellos ein Mißbrauch einer sozialen Einrichtung, und es liegt an Ihnen und an Ihren Kontrollinstanzen, dafür zu sorgen, daß hier andere Wege für eine zweckmäßigere Behandlung und einen zweckmäßigeren Einsatz der Mittel gefunden werden.

Ein Wort auch zum Wohnungsbeihilfengesetz. Es muß dies immer wieder wiederholt werden. Das Beihilfengesetz ist 1951 wirksam geworden mit einer Beihilfe von 30 S monatlich, die heute nach mehr als 20 Jahren immer noch gleich ist. Der Wert ist also ganz erheblich auf einen kleinen Bruchteil gesunken. Man muß von einem Anachronismus in der heutigen Zeit sprechen. Man muß darauf hinweisen, daß es sich gerade bei diesem Gesetz um eine Regelung handelt, die außerordentlich viel Verwaltungsaufwand sowohl im öffentlichen Bereich als auch im Bereich der gesamten Privatwirtschaft zur Folge hat.

Es ist zweifellos kein Beweis der Fähigkeiten des Herrn Vizekanzlers, wenn er bisher nicht imstande war, dieses Gesetz aufzuheben und entsprechende Ersatzleistungen in den Grundbezügen sicherzustellen. Bei

Melter

einiger Anstrengung müßte man imstande sein — und zwar glaube ich, daß das eine dringliche Notwendigkeit ist —, im Sinne einer echten Verwaltungsvereinfachung, einer echten Einsparung im Verwaltungsbereich endlich zu einer vernünftigen Regelung zu kommen.

Herr Kollege Pansi hat darauf hingewiesen, daß man im Bereich der Kriegsoferversorgung den Aufwand erheblich gesteigert hat. Nun, es stimmt, daß im Budget der Ansatz für die Rentenversorgung um 240 Millionen Schilling angehoben worden ist. Es ist das aber keine Steigerung des Gesamtaufwandes um 9 Prozent, sondern der Gesamtaufwand ist jedenfalls im Verhältnis fühlbar zurückgegangen.

Und das ist ein Umstand, der ebenfalls Anlaß zur Kritik ist, denn es hat einmal eine einstimmige Entschliebung des Hohen Hauses gegeben, in der sich alle Fraktionen dazu bekannten, den Gesamtaufwand in der Kriegsoferversorgung zu dynamisieren und damit die absolut schlechten Versorgungsleistungen zu verbessern.

Besonders schlecht sind die Witwengrundrenten bemessen. Das ist eine Leistung, die im Gegensatz etwa zu den Beschädigtenrenten von 30 bis 80 Prozent und zu den Eltern- und Waisenrenten nicht in einem Prozentsatz zur Rente des Erwerbstätigen ausgewiesen wird.

Damit will doch dieser sozialistische Sozialminister vertuschen, wie schlecht der Prozentsatz der Witwengrundrenten ist. Er beträgt nicht einmal 29 Prozent, während es sonst im Bereich der sozialen Sicherheit allgemein üblich ist, die Witwenpensionen mit 60 Prozent der Direkt pensionen zu bemessen. Also ein technischer Trick, um die schlechte Leistung zu vertuschen.

Wenn wir feststellen, daß die höchste Witwengrundrente nur 505 S monatlich beträgt, so ist dies zweifellos eine sehr bescheidene Leistung, wenn man etwa damit die Witwengrundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz vergleicht, die derzeit 230 D-Mark beträgt. Umrechnungsschlüssel ist nur 1 : 2, der Kaufkraftunterschied beträgt aber mindestens 1 : 5, wenn nicht gar 1 : 6.

Aber das stört den Herrn Sozialminister offensichtlich nicht. Er hat sogar noch eine Witwengrundrente von 155 S ab 1. Jänner 1973 vertreten. Das ist wirklich eine „hochqualifizierte soziale Leistung“ offensichtlich auch in den Augen des Sozialministers. Ich selbst möchte sie neuerlich und wiederholt als ausgesprochene „Schandrente“ bezeichnen.

Der Herr Finanzminister hat sich in seiner Budgetrede natürlich bemüht, wesentlich größere Zahlen aufzuweisen. Er hat dazu alle nach dem Gesetz möglichen Leistungen zum Vergleich herangezogen, ohne dazuzusagen, daß nur ein kleiner Personenkreis Anspruch auf diese Leistungen erheben kann. Er nannte etwa beim 50 Prozent erwerbsgeminderten Kriegsbeschädigten eine Leistung von 2382 S ab 1. Juli 1973, tatsächlich wird die Grundrente, auf die unter Berücksichtigung der körperlichen Schädigung Anspruch besteht, nur 470 S betragen. Damit ist die Vergleichsbasis jedoch eine wesentlich andere geworden, und jeder kann erkennen, daß diese Leistungen äußerst bescheiden sind. Sie weisen einen sehr krassen Unterschied etwa zu den günstigsten Leistungen im Bereich der Unfallversicherung oder der Heeresversorgung auf. Während in der Kriegsoferversorgung ein erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter auf etwas über 1700 S, genau auf 1745 S Grundrente kommen kann, kann diesen Betrag in der Heeresversorgung bereits ein Beschädigter mit 30 Prozent erreichen. Er übersteigt ihn sogar mit 104 S, denn in der Höchstbemessungsgrundlage kann er bei 30 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit genau 1849 S erhalten. (Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)

In der Bundesrepublik erhält der gleiche Kriegsbeschädigte 384 D-Mark oder umgerechnet 2688 S. Das ist auch wieder ein krasser Unterschied und beweist das Sozialgefälle von Nachbarstaaten. Österreich kann sich diesbezüglich jedenfalls kein Ruhmesblatt auf seinen Hut stecken, auch wenn ihn der Sozialminister immer als sehr groß und schützend darstellt. Die Leistungen sind ein Beweis dafür, daß die Kriegsoferversorgung weiterhin von einer gewissen Wohlstandsentwicklung ausgeschlossen sind und daß sie von der Teuerung besonders benachteiligt werden.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Neuregelung der Krankenversicherung für viele Kriegsoferversorgung erhebliche Mehrbelastungen zur Folge haben wird. Insbesondere bedeutet der 3prozentige Beitrag für die Krankenversicherung eine Steigerung von derzeit 30 auf im kommenden Jahr 69 S für jene Kriegerwitwe, die im Höchstbezug steht.

Dabei ist interessant, feststellen zu müssen, daß der Sozialminister sehr wohl von den Versorgungsberechtigten vierzehnmal einen Beitrag fordert, er jedoch nur zwölfmal den Beitrag an die Krankenversicherungsträger abführt. Es ist also ein schönes Geschäft für den Bund, aber auf dem Rücken der betroffenen Kriegsoferversorgung. Es wäre nicht mehr als recht und

Melter

billig, wenn man bei zwölf Beiträgen des Bundes an die Krankenversicherung auch von dem Versicherten selbst nicht mehr als zwölf Beiträge einheben würde.

Nun eine etwas parteipolitische Einstellung des Vizekanzlers, die noch irgendwie unter die Lupe genommen werden muß. Das Ministerium hat vor nicht ganz einem Jahr ein Rundschreiben an die Landesinvalidenämter herausgegeben, in welchem angeordnet wurde, daß eigene Präsidialabteilungen einzurichten sind, um die Probleme der Datenverarbeitung zu bearbeiten und damit im Zusammenhang stehende Aufgaben zu erledigen.

Wie man nun aus dem Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland vernehmen muß, ist diese Anordnung dazu benutzt worden, etwa normale Vorrückungen und Rangeinteilungen zu übergehen und besondere Experten mit der Abteilungsleitung zu beauftragen. Dabei hat man natürlich eher Personen ausgesucht, die der politischen Leitung, sagen wir, nahestehen. Man hat es unterlassen, etwa allgemein zu fragen, wer sich von den schon weiter vorgerückten Beamten für diese Aufgabe interessieren würde. Man hat jüngere Kräfte bevorzugt und ihnen damit einen Sprung auf den Sessel eines Abteilungsleiters ermöglicht, der zuerst Ranghöheren einzuräumen gewesen wäre. Dies ist eine Vorgangsweise, die man auch eindeutig einer Kritik unterziehen muß.

Als letzten Bereich möchte ich noch kurz die Frage der Heimkehrer erwähnen. Der Heimkehrerverband hatte Anfang Oktober eine Generalversammlung in Wels, und die Bundesregierung war dort auch durch den Staatssekretär Dr. Veselsky vertreten. Beanstandet haben die Heimkehrer, daß der Staatssekretär sehr wohl einen umfangreichen Vortrag gehalten hat, daß er es jedoch peinlich vermied, den Heimkehrern irgendwelche Zugeständnisse zu machen oder sich überhaupt nur bereit zu erklären, ihre Interessen in der Bundesregierung zu vertreten, über ihre Sorgen und Nöte dort zu berichten. Lediglich der Abgeordnete Libal hat sich hauptsächlich als Vertreter des Oberösterreichischen Kriegsopferversandes, aber auch als Sozialsprecher der sozialistischen Fraktion bereit erklärt, sich im Klub der sozialistischen Abgeordneten dafür einzusetzen, daß wenigstens ein Teil der Forderungen der Heimkehrer erfüllt werde. Was er darunter verstanden hat, wurde nicht gesagt, und auch seitens der Bundesregierung ist bisher keinerlei Äußerung darüber gefallen, was etwa für die Befriedigung der Forderungen der Heimkehrer vorgesehen werden könnte. Lediglich Kollege Josseck hat

sich vor den Heimkehrern verpflichtet, den Heimkehrern zu helfen, ihre Wünsche zu unterstützen und von der Regierung zu fordern, daß sie endlich Stellung nimmt und sich bereit findet, ihre Verpflichtungen einzulösen.

Ich gebe zu, daß der Entwurf eines Kriegsgefangenschaftsentschädigungsgesetzes, den die Heimkehrer eingereicht haben, in erster Linie in den Kompetenzbereich des Finanzministers fällt. Aber es kann nicht bestritten werden, daß auch der Sozialminister erheblich beteiligt sein müßte, und zwar deshalb, weil es sich doch darum handelt, den Heimkehrern auch eine Entschädigung dafür zu geben, daß sie in der Gefangenschaft Arbeitsleistungen erbracht haben, Arbeitsleistungen, die nach internationalen Bestimmungen zu entschädigen sind. Wenn sich Österreich im Rahmen des Staatsvertrages bereit gefunden hat, auf diese Entschädigungen zu verzichten, so müßte der Staat seinerseits bereit sein, für diesen Verzicht geradezustehen und die Heimkehrer selbst zu entschädigen.

Wenn die Bundesregierung das nicht tut, dann setzt sie sich dem Vorwurf einer absolut unsozialen Einstellung aus, denn sie bejaht damit die Ausbeutung eines Personenkreises, der sich nicht zur Wehr setzen konnte, die Ausbeutung einer Arbeitskraft ohne irgendwelche Entschädigungsleistung. Gerade Sie als Sozialminister und als Obmann der Angestelltengewerkschaft hätten hier eine besondere Verpflichtung, sich für diesen Personenkreis einzusetzen, der einen Anspruch darauf hat, Entschädigungsleistungen für erbrachte Arbeit auch im Interesse Österreichs zu erhalten.

Herr Sozialminister! Sie haben weder durch die Vorlagen, die in letzter Zeit beschlossen worden sind, noch durch die Gestaltung des Sozialbudgets den Beweis erbringen können, daß eine echte soziale Fortentwicklung stattfindet. Sie sind im Gegenteil dafür verantwortlich, daß durch die inflationäre Entwicklung und die preisstärkende Wirkung des expansiven Budgets die soziale Situation der Rentner und Pensionisten und weiter Bevölkerungskreise verschlechtert wird. Demzufolge ist Ihr Budget auf jeden Fall abzulehnen. Die Freiheitlichen werden Ihren Ansätzen die Zustimmung nicht erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Herta Winkler. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Herta Winkler (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Seit Wochen verwendet die Opposition, in erster Linie die ÖVP, ihre ganze Energie darauf, die ansehnlichen

Herta Winkler

Leistungen der Regierung Kreisky, ob in der XII. oder in der XIII. Gesetzgebungsperiode, zu verteuern und vor der Bevölkerung herunterzusetzen. Mit großem Rednereinsatz und Wortaufwand will man nachweisen, daß alle erzielten Erfolge der Regierung Kreisky eigentlich keine Erfolge seien, auch wenn die Wirklichkeit anders aussieht. Man will diese Leistungen einfach wegdiskutieren, um den krassen Unterschied zwischen dem Stillstand in vier Jahren ÖVP-Regierung und dem Fortschritt der zweieinhalb Jahre sozialistischer Regierung zu verwischen und zu vernebeln.

Die Leistungen der Regierung Kreisky wurden von unseren Rednern, gestützt auf eindrucksvolle Zahlen in den Statistiken, auf anerkennende internationale Berichte und die allenthalben sichtbare pulsierende Wirtschaft, immer wieder dargelegt, und, Herr Kollege Melter, das beeindruckt weder Sie noch die Herren der ÖVP-Fraktion. Sie legen immer wieder die alte Platte auf: Alles in dieser Regierung Kreisky ist schlecht! (*Ruf bei der ÖVP: 95 Prozent!*)

Es darf wohl eindeutig festgestellt werden, daß in diesen letzten zwei Jahren durch eine kluge und dynamische Politik, die allen Schichten unserer Gesellschaft zugute gekommen ist, der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung entscheidend und spürbar verbessert wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Viele Sorgen der jungen und der alten Staatsbürger und der Familien konnten ausgeräumt werden. Durch eine aktive Sozialpolitik, ergänzt durch eine fortschrittliche Familienpolitik, sind vor allem auch die schwächeren Mitglieder der Bevölkerung erstmals zu dem ihnen zukommenden Anteil gekommen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

So wurden Milliardenbeträge für die Verbesserung der Witwen- und Waisenversorgung, für die sichtbare und spürbare Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze, für die Aufwertung des Dynamikfaktors in der jährlichen Pensionsanpassung und für die Altersversorgung der bäuerlichen Bevölkerung gesichert.

Es ist eigentlich unverständlich und unsinnig, wenn die ÖVP-Opposition durch haltlose Kritik und Lizitationspolitik, die ihr ja ohnehin niemand abnimmt, immer wieder versucht, den Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen in der Gesetzgebung vor der Bevölkerung bewußt zunichte zu machen. Wir haben eigentlich alle gemeinsam Grund, stolz zu sein, daß ein so kleines Land wie Österreich, eigentlich ein Punkt auf der Weltkarte, mit seinen Erfolgen in der Sozialpolitik international anerkannt, auf vorderstem Platz steht. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Seit wann?*) Seit langem!

Diese Erfolge nun durch unernste Lizitation zu schmälern, wirkt unglaublich und läßt trotzdem den Sozialstopp der vier Jahre ÖVP-Regierung nicht vergessen.

Kollege Wedenig! Es ist Ihnen schon gesagt worden — ich wiederhole es noch einmal —: Nie hätten die ÖVP-Sprecher solche Forderungen an die ÖVP-Regierung gestellt, wie sie sie heute an die sozialistische Regierung richten, wenn zum Beispiel der ÖVP-Obmann ein sogenanntes Lebenskapital für jeden neugeborenen Österreicher in der Höhe von 50.000 S fordert, ohne zu sagen, wer das bezahlen soll, wenn ein Muttergehalt von monatlich 1000 S verlangt wird und für die Zeit, in der sich die Mutter der Erziehung des Kindes widmet, die Anrechnung einer Ersatzzeit in die Pensionsversicherung bis zu sechs Jahren verlangt wird. (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und SPÖ.*)

Man müßte den Herrn Abgeordneten Kohlmaier, der am Freitag das so leidenschaftlich vertreten hat, fragen, ob er sich mit seinen Freunden aus der Bundeswirtschaftskammer besprochen hat, denn die waren damals dagegen, als wir anlässlich der Beratung der 24. Novelle die Anrechnung des einjährigen Karenzurlaubs nach dem Mutterschutzgesetz verlangt haben.

Meine Damen und Herren! Der Kollege Horr hat damals einen Antrag gestellt. Wir haben einen Minderheitsbericht vorgelegt, in dem sowohl die Anrechnung des einjährigen Karenzurlaubes als auch von Zeiten des Krankenstandes und der Arbeitslosigkeit als Ersatzzeit in die Pensionsversicherung verlangt wurde. Sie haben das damals abgelehnt. Noch im Dezember 1969 haben Sie diese Forderung abgelehnt! Und nach dem alten Motto: Darfs ein bißerl mehr sein? verlangt heute der Herr Kollege Kohlmaier namens seiner Fraktion zumindest die Anrechnung von sechs Jahren Ersatzzeiten!

Erst mit der 25. Novelle konnte überhaupt die Anrechnung des einjährigen Karenzurlaubes nach dem Mutterschutzgesetz, der Zeiten von Krankheit und Arbeitslosigkeit verwirklicht werden. Mit dieser großen und man darf wohl auch ohne Übertreibung sagen sehr frauenfreundlichen 25. Novelle wurde auch eine von uns immer wieder gestellte Forderung nach Erhöhung und Dynamisierung des Karenzurlaubsgeldes und der Einkommensgrenzen beschlossen.

Herr Bundesminister! Da habe ich eine Bitte: zu überprüfen, ob man die Einkommensgrenzen für die Gewährung des Karenzurlaubsgeldes, die bei der Dynamisierung ohnehin jährlich beachtlich steigen, aus Gründen der

Herta Winkler

Verwaltungsvereinfachung bei einer kommenden Novelle nicht überhaupt beseitigen könnte, um so allen Frauen den Anspruch auf das Karenzurlaubsgeld zu sichern.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hauser hat in seinem Debattenbeitrag am Freitag eine menschlichere Sozialpolitik gewünscht. Man müßte fragen: Wo waren diese großen Empfindungen in den vier Jahren der ÖVP-Regierung? Nicht einmal erkannte Härten konnten beseitigt oder gemildert werden!

Ich denke zum Beispiel an die Härte bei den Ruhestandseisen gemäß § 258 Abs. 2 ASVG, der die Witwenpensionsversorgung bei größerem Altersunterschied der Ehegatten regelt. Auch dieses Problem konnte erst mit der 25. Novelle menschlich gelöst werden. Und das anerkennen wir. Denn es wäre hartherzig und unmenschlich, wenn eine Frau, die an der Seite eines wesentlich älteren Gatten alt geworden ist, nach seinem Tod unversorgt zurückbliebe.

Ist es nicht Lizitation, wenn der Herr Doktor Schwimmer bei der Beschlußfassung der 29. Novelle in einem Antrag die Erhöhung des Familienrichtsatzes auf 3000 S verlangt?

Es hat der Herr Abgeordnete Pansi hier schon auf die Entwicklung der Ausgleichszulagen hingewiesen. 31 Prozent während der ÖVP-Zeit — um diesen Prozentsatz wurden die Ausgleichszulagen in vier Jahren erhöht —, und in zweieinhalb Jahren SPÖ-Regierung wurden die Ausgleichszulagen um 40 Prozent erhöht. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Sie sollten aber auch dazusagen, daß die Preise in diesen zweieinhalb Jahren stärker gestiegen sind als in jenen vier Jahren!)* So hoch sind die Ausgleichszulagen gestiegen. *(Abg. Doktor Schwimmer: Die Preise sind genauso gestiegen wie in vier Jahren!)*

Wissen Sie, da fällt mir etwas ein: Ich war vorige Woche bei einer Hausfrauenveranstaltung. Ich wurde von Hausfrauen aufgefordert, dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Finanzminister etwas auszurichten, weil man eben in den Debatten immer wieder Ihr Gejohr wegen der steigenden Preise, die uns auch keine Freude machen, hört. *(Abg. Doktor Moser: Steigen sie vielleicht nicht?)*

Da hat mir eine einfache Frau folgendes gesagt: „Frau Abgeordnete! Richten Sie dem Herrn Bundeskanzler aus, er soll sich keine Sorgen machen“ *(Abg. Ofenböck: Das ist ja lächerlich, Frau Kollegin!)*, „wir alle würden gerne billiger einkaufen, aber es hat Zeiten gegeben, wo eine Semmel 6 Groschen gekostet hat“ *(Abg. Dr. Schwimmer: Er macht sich leider keine Sorgen! Leider!)*, „und

ich konnte sie das ganze Jahr nicht kaufen; und es hat Zeiten gegeben, wo das Rindfleisch 1,80 S gekostet hat, und bei uns hat es das ganze Monat kein Fleisch gegeben. Mir als Ausgleichszulagenempfängerin soll heute einer sagen, ich solle mir keine Semmel oder kein Fleisch gönnen!“ *(Abg. Dr. Schwimmer: Wissen Sie, die Konservativen orientieren sich immer an der Vergangenheit!)* „Ich kann mir heute etwas kaufen um das Geld, und ich bekomme“ — wie Sie wörtlich gesagt hat —, „den ‚Blauen‘ auf die Hand, den ich früher nicht einmal vom Anschauen her gekannt habe.“ *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Wedenig: Soll es denn noch so sein wie in der Vergangenheit? — Abg. Doktor Schwimmer: Die Konservativen orientieren sich nicht immer an der Vergangenheit wie Sie!)*

Schauen Sie: Man muß ja manchmal zurückblenden, um verstehen zu können, wie sich die Entwicklung zeigt. Ich habe von den Ausgleichszulagen nur deswegen zu reden begonnen, weil auf der einen Seite Ihre Lizitationspolitik vorliegt — also: es ist alles zuwenig, was man hier auf diesem Sektor tut —, auf der anderen Seite aber Ihre Taten vorliegen. Siehe Ausgleichszulagenanhebung mit der 24. Novelle: 4 ganze Prozent. Mit der 25. Novelle: 14,6 Prozent.

Wir haben im Sozialausschuß stundenlang verhandelt, in der 24. Novelle doch die Ausgleichszulage um 80 S zu erhöhen, damit auch die Ausgleichszulagenempfängerinnen den vollen Anteil dieser Witwenpensionserhöhung für sich bekommen könnten. Sie sind bei Ihren 50 S geblieben, und es hat keinen Groschen mehr gegeben. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Damals war das Geld etwas wert!)* Heute sind Ihnen 14,5 Prozent zuwenig. Es war weiter möglich ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Wo sind 14,5 Prozent, bitte?)* Die Ausgleichszulagenanpassung beträgt mit der 25. Novelle 14,6 Prozent mehr. *(Abg. Dr. Schwimmer: Und heute?)* Heute ist das viel höher. Heute haben wir ja ... *(Abg. Dr. Schwimmer: Wieviel ist das bei der 29. Novelle? Die zusätzliche Erhöhung beträgt 11 S!)* Wir haben es Ihnen nachgewiesen: Das war in zweieinhalb Jahren SPÖ-Regierung. Hier haben Sie die Tabelle. *(Die Rednerin zeigt eine Tabelle vor.)* Ich stelle sie Ihnen zur Verfügung. *(Abg. Wedenig: 11 S für eine Teuerung von 8 Prozent! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Doktor Maleta gibt das Glockenzeichen.)* Schauen Sie sich das an! Dann werden Sie sehen, daß Sie keinen Grund haben, diese von der Regierung Kreisky gesetzten Leistungen und Beschlüsse zu kritisieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herta Winkler

Es hat schon der Herr Kollege Pansi auf die vorzeitige Erfüllung der Etappenregelung in der Witwenpension hingewiesen. Es war auch das dem Herrn Dr. Schwimmer viel zuwenig. Er forderte die volle Anpassung bereits mit 1. Jänner 1973. Wir haben in der 24. Novelle im Minderheitsbericht eigentlich bescheidene Forderungen gestellt, und keine dieser bescheidenen Forderungen ist erfüllt worden.

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Ich habe Ihnen schon letztes Mal bei der Debatte zur ersten Lesung Ihres Antrages empfohlen, den Minderheitsbericht zur 24. Novelle zu lesen (*Abg. Dr. Schwimmer: Habe ich getan!*), und auch das Verhandlungsprotokoll, das stenographische Protokoll. (*Abg. Doktor Schwimmer: Habe ich getan und festgestellt, daß nach diesem Antrag von Ihrer Seite damals die volle Witwenpension jetzt bereits gebühren müßte! Nach der 29. Novelle wird sie erst ab 1. Jänner 1974 gebühren!*) Ja, aber damals mit der kleineren Einkommensgrenze, und jetzt, wo bereits die Forderung nach der 60prozentigen Pension für zwei Drittel aller Witwen erfüllt wurde. Bei Ihnen haben wir damals 57,5 Prozent verlangt, und Sie waren nicht einverstanden. Es mußte also die Regierung Kreisky kommen und es mußte die 25. Novelle beschlossen werden, damit es endlich zu diesen 60 Prozent gekommen ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Sie weichen aus!*) Ich habe es Ihnen schon gesagt: Mit der von Ihnen beschlossenen kleinen Einkommensgrenze, die Sie vorgesetzt haben.

Herr Kollege Dr. Schwimmer! Wenn Sie das wirklich alles in Ruhe gelesen haben und wenn Sie sich Ihre Gedanken darüber gemacht haben, dann werden Sie dahinterkommen, in welcher Zeit kleinkarierte Sozialpolitik betrieben wurde.

Ich habe mir nur ein Stück aus einer Rede der Frau Abgeordneten Lola Solar herausgesucht. Sie sagte damals:

„Für eine Opposition ist es freilich leicht, Forderungen hochzuspielen, wenn man keinerlei Verantwortung für die Bedeckung zu tragen hat. Es besteht eben ein großer Unterschied zwischen dem Fordern ohne Verantwortung und dem Aufzeigen und Erkennen sozialer Härten mit der gleichzeitigen Belastung der vollen Verantwortung für alle Belange des gesamten Volkes ...“ (*Abg. Dr. Schwimmer: Steht im Protokoll: „Beifall bei der SPÖ“?*) Nein, nein, das steht nicht drinnen. Aber weil es die Frau Abgeordnete Solar war, die wir ja eigentlich alle sehr geschätzt haben und die das eben namens ihrer Fraktion zu vertreten hatte, hatten wir uns sehr ruhig verhalten. Es sind nicht einmal Zwischenrufe vermerkt.

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Ich glaube, wir sind uns einig — und es ist durch die ganze Entwicklung in der Politik der Zweiten Republik bewiesen —, daß die Sozialpolitik eigentlich nie die Stärke der ÖVP war. Und sie wird es umso weniger, als Sie sich bei diesen Lizitationen ständig überpurzeln. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es erfüllt vor allem uns Frauen, die wir jahrelang und jahrzehntelang unter sozialen Ungerechtigkeiten gelitten haben, mit Genugtuung und Dankbarkeit, wenn die Mittel für die soziale Sicherheit unserer Staatsbürger die größte Post im Budget darstellen und diese Mittel auch 1973 wieder beachtlich gesteigert wurden. Als Sozialisten sind wir stolz, daß die Sozial- und Familienpolitik zu den Schwerpunkten der Budgetpolitik in der Regierung Kreisky gehören und daß 1973 rund 32 Milliarden Schilling hiefür vorgesehen sind. Das hat es, meine Damen und Herren, noch nie in diesem Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Budgets gegeben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Abgeordnete Melter sagte: Na ja, Sie kassieren doch das Geld bei der Bevölkerung, es ist ja unser gemeinsamer Anteil!, dann möchte ich sagen: Das ist immer so geschehen und wird leider auch immer so bleiben. Es ist nur der Unterschied, wie man es verteilt, ob man es denen zukommen läßt, die es brauchen und für die es zweckgewidmet ist, oder ob man diese Gelder einfach so wie früher zur Budgetsanierung verwendet. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Wedenig.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte sagen, daß wie nie zuvor die Familien, ob alt oder jung, am gemeinsamen Wohlstand so gerecht beteiligt waren wie in der Zeit der Regierung Kreisky.

Das anerkennen die Frauen, weil ihnen ihre Aufgabe, Finanzminister in ihrer Familie zu sein, damit wesentlich erleichtert wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Anton Schlager. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Anton Schlager (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorerst einem Teil der sozialistischen Fraktion, der sich, von meiner Argumentation überzeugt, dazu entschließen konnte, meinem Antrag vom Freitag abend die Zustimmung zu geben, herzlichst für sein soziales Verständnis danken. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Anton Schlager

Ich befasse mich nun ganz kurz mit den Ausführungen des Kollegen Pansi. Der Herr Kollege Pansi hat gemeint, daß die Gewerbetreibenden und Bauern viel weniger an Beiträgen zahlen, als das bei den anderen Berufsgruppen der Fall ist.

Herr Kollege Pansi! Vom Naturrecht her gesehen sind die jungen Menschen verpflichtet, die alten zu erhalten. Dasselbe System wird ja auch bei den Pensionsversicherungsinstituten über das Umlageverfahren angewendet. Die jungen Menschen zahlen ihre Beiträge, und mit diesen Beiträgen plus Staatszuschuß werden die Pensionen ausbezahlt.

Nun ist es eine Tatsache, daß die Bauernkinder zum Großteil bereits in jungen Jahren aus der Landwirtschaft abwandern, in andere Berufe gehen und dort ihre Versicherungsbeiträge bezahlen. Daraus sehen wir eine Berechtigung, daß wir vom Staat mehr als Zuschuß bekommen, als das bei anderen der Fall ist. Nur sind wir bisher im Nehmen noch lange nicht so gut gewesen als die anderen. Prozentmäßig sind wir noch viel schlechter gestellt. Das muß auch dazu gesagt werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Frau Kollegin Winkler darf ich vielleicht einen Tip geben. Sie haben hier erzählt, daß Freundinnen beim Kaffeekränzchen *(Abg. Herta Winkler: Hausfrauen waren das!)*, beim Hausfrauenkränzchen Ihnen erklärt haben, der Herr Bundeskanzler solle sich wegen der Preissteigerungen keine Sorgen machen. Frau Winkler! Das ist ja der Jammer! Der Herr Bundeskanzler macht sich keine Sorgen, und deshalb haben wir die ganze Preisermisere zu verzeichnen. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun gestatten Sie, Herr Sozialminister, daß ich mich in einer rein sachlichen Frage an Sie wende, und zwar im Zusammenhang mit den Sachleistungen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz. Es gibt noch die Möglichkeit, daß ein Schwerkriegsbeschädigter — ein Krückengeher, so wie das bei mir zum Beispiel der Fall ist — innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren einen Bezugschein erhält. Mit diesem Bezugschein kann er in ein bestimmtes Geschäft gehen und sich einen Mantel kaufen. Ähnlich ist das auch bei Schuhen und anderen Sachleistungen.

Herr Bundesminister! Vielleicht könnte man prüfen, ob diese Sachleistungen, die sicherlich nicht mehr in die heutige Zeit passen, auf eine Geldleistung abgeändert werden könnten. Man könnte mir berechtigterweise den Vorwurf machen: Warum habt ihr das nicht zwischen 1966 und 1970 gemacht? Ja, das ist ganz richtig! Ich muß aber ehrlich sagen, daß

es mir erst jetzt aufgefallen ist. Es ist kein Vorwurf, es ist nur eine Frage, ob man dieses Problem nicht prüfen könnte, daß diese Sachleistungen einmal im Jahr durch eine Geldleistung vergütet werden. Das ist kein politisches Thema und soll auch kein Angriff sein. Das möchte ich hier vorausschicken.

Ich darf mich jetzt einem anderen Thema zuwenden. Vor einigen Tagen ist die „Neue Agrar Zeitung“ erschienen. Kollege Pfeifer! *(Zwischenruf des Abg. Libal.)* Nein, das ist das Organ des sozialistischen Arbeitsbauernbundes. *(Abg. Pansi: Eine gute Zeitung!)* Ja, herrlich!

Gestatten Sie, daß ich einige Sätze zitiere, denn das war der Grund meiner heutigen Wortmeldung. Hier steht auf Seite 5:

„Seit 1. Jänner 1971 erhalten Bauern statt der Zuschußrente die Bauernpension.“

Es steht nicht dabei, wer dieses Gesetz beschlossen hat. Es wird in der Zeitung so dargestellt, als ob die sozialistische Regierung das Gesetz gebracht hätte. *(Abg. Herta Winkler: Gemeinsam haben wir es beschlossen! — Abg. Libal: Wo steht das?)*

Das einzige, was Sie dazu beitragen wollten, wenn diese Pension kommt — Kollege Pansi kann sich daran erinnern —, war eine Schlechterstellung bei den Pensionen. *(Abg. Kern: Und mehr zahlen!)* Der Einsatz sollte mit 50 Prozent und die Höchstpension im Jahre 1975 kommen. Das war Ihr Antrag! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Pansi: Das ist eine ausgesprochene Unwahrheit!)* Ist es auch unwahr, daß Sie eine höhere Beitragsleistung verlangt haben? Ist das auch unwahr? *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Pansi.)*

Die einzigen Anträge, die Sie gestellt haben, waren auf kleinere Pensionen und höhere Beiträge gerichtet.

Ich darf aus dieser Zeitung weiter vorlesen: „Denn diese Zweiteilung ist nicht befriedigend. Sie unterteilt die Altbauern in Neupensionisten und Altrentner. Deshalb soll sie in Etappen beseitigt werden. In Etappen darum, weil eine sofortige Überstellung aller Zuschußrenten in die Bauernpension den gewaltigen Betrag von rund einer Milliarde Schilling erfordern würde.“

Sagen wir etwas anderes? Wir reden darüber seit Jahren, aber nicht erst unter einer sozialistischen Regierung. Im Jahre 1969 habe ich, als das Bauern-Pensionsgesetz beschlossen wurde, hier erklärt, daß die verbleibenden Zuschußrenten selbstverständlich in Bauernpensionen umgewandelt werden müssen. Das war damals unser Antrag. *(Abg. Herta*

Anton Schlager

Winkler: Nicht einmal die Ausgleichszulage! Selbstverständlich haben wir die Ausgleichszulage beschlossen. Frau Kollegin Winkler! Ich habe schon Verständnis, wenn Sie einen Zwischenruf machen, aber er soll sitzen. Dieser ist danebengegangen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wir haben damals dieses Gesetz beschlossen. Wir haben damals auch gemeint, daß wir diese Zuschußrenten etappenweise in Bauernpensionen umwandeln müssen. Herr Kollege Pfeifer! Warum sagen Sie das den Bauern und nicht dem Herrn Sozialminister? (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)

Herr Sozialminister! Zu dieser Frage kenne ich Ihren Standpunkt. Ich schätzte ihn. Aber Sie, Herr Sozialminister, vertreten seit eh und je die Meinung, für die Bauern gebe es keine moralische Berechtigung, diese Umwandlung zu fordern.

Ich glaube, wenn wir wieder zurückdrehen und überlegen, daß die Pensionen über das Umlageverfahren finanziert werden, dann hätten sehr wohl auch die Bauern, die Zuschußrentner das Recht (Abg. Robak: 1966!), diese Umwandlung zu erfahren. Darüber gibt es keine Diskussion. (Beifall bei der ÖVP.)

Hier steht weiter: „Die sozialistische Regierung hatte im Budget 1972 einen Bundeszuschuß zur Bauernpension von 1078,4 Millionen Schilling gegeben.“

Wenn in einer Bauernzeitung die Umlage über den Grundsteuermeßbetrag, die 345 Prozent Grundumlage, auch bestritten wird, Kollege Pfeifer, dann kann ich mir vorstellen, daß Sie in dieser Regierung keinen Einfluß haben. Das muß ich leider hier sagen. Denn das sind noch immer Beträge, die von den Bauern für die Pensionsversicherung bezahlt werden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Jetzt möchte ich noch eine Feststellung machen. Der Herr Kollege Pansi hat hier groß herausgestrichen, wie sehr die Bauern vom Bund bei ihren Zuschüssen beteiligt werden. Insgesamt werden über 10 Milliarden Schilling als Bundeszuschüsse für die Pensionen bereitgestellt. Die Bauern stellen immerhin noch über 17 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Lande dar, und von diesen 10 Milliarden Schilling Bundesbeitrag bekommen sie 1 Milliarde Schilling. Wenn man immer wieder den Bauern den Vorwurf macht, sie seien Geschenkträger, sie seien Bettler der Nation, dann muß ich Ihnen sagen: Das müssen wir uns mit allem Nachdruck verbitten. (Beifall bei der ÖVP.) So kann man mit uns nicht reden! (Abg. Herta Winkler: Rechnen Sie

sich aus: 1 Milliarde bei 17 Prozent!) Liebe Frau Kollegin! Rechnen Sie sich aus, 17 Prozent von 10 Milliarden wären 1,7 Milliarden. (Weitere Zwischenrufe.) Frau Kollegin Winkler, bitte schön, ich kann Ihnen keinen Rechunterricht erteilen, aber von 10 Milliarden sind 17 Prozent noch immer 1 Milliarde 700 Millionen Schilling, und wir kriegen 1 Milliarde. (Abg. Herta Winkler: Das müssen wir erst untersuchen!) Ach so! Das steht ja hier in der sozialistischen Zeitung! Das glauben Sie nicht? Ich glaube auch nicht alles! (Beifall bei der ÖVP.)

Mit welchem Recht wirft der Bundeskanzler den Bauern vor: Im Budget sind 1 Milliarde Schilling Soziallasten für die Bauern! Bei jeder Gelegenheit heißt es so. Wo wirft man den Arbeitern vor: „Für euch sind 4,6 Milliarden Schilling drin!“? Wo wirft man den Gewerbetreibenden etwas vor? Frau Kollegin! Die Bauern gehen jetzt noch mit 65 Jahren in Pension, und es gibt Berufsgruppen, die mit 49 und 50 Jahren in Pension gehen. (Widerspruch bei der SPÖ.) Nun, fragen Sie einmal da drüben! Mit 49 und 50 Jahren. Das stimmt doch! Und da muß ich mich bei einem Defizit von über 5 Milliarden Schilling fragen: Wer zahlt hier die Pensionen? Ich glaube, diese Frage muß man auch berechtigt stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich würde also ernstlich bitten und Sie, Herr Vizekanzler, ersuchen, daß Sie sich vielleicht doch einen anderen Berater beilegen. Vor zwei Jahren noch haben wir hier eine Kriegsofergesetznovelle beschlossen, bei der Sie sich ausgesprochen bauernfreundlich gezeigt haben. Ich habe Ihnen damals für diese Bauernfreundlichkeit gedankt. Ich glaube, für Sie ist der schlechte Einfluß sozusagen Ihr Sozialberater, der Abgeordnete Pansi. Suchen Sie sich, Herr Vizekanzler, einen besseren bauerlichen Berater! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kunststätter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kunststätter** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinem heutigen Beitrag zum Budgetkapitel 15 in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit in der gebotenen Kürze mit dem Problemkreis Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktwirtschaft befassen.

Ich darf, wie dies mein Kollege Pansi schon angedeutet hat, gleich einleitend feststellen, daß sich im Rahmen dieses Budgetkapitels bei den Ansätzen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß dem Arbeitsmarktförderungsgesetz auch für das Jahr 1973 wieder

Kunststatter

eine erfreuliche Steigerung um 25 Prozent auf 500 Millionen Schilling zeigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bezüglich des Arbeitsmarktförderungsgesetzes sei aber auch die Feststellung erlaubt, daß dieses Gesetz, das bereits am 1. Jänner 1969 in Kraft getreten ist, bis zum Amtsantritt der ersten sozialistischen Bundesregierung in der Praxis leider kaum zum Tragen gekommen ist.

Der größte Teil des Jahres 1969 ist nämlich mit der Abfassung von Durchführungsvorschriften vorbeigegangen, und ein Konzept, das Prioritäten gesetzt oder die Möglichkeiten dieses Gesetzes einigermaßen gezielt zur Anwendung gebracht hätte, hat bis zum Regierungsantritt des Kabinetts Kreisky nicht bestanden.

Es ist der sozialistischen Bundesregierung vorbehalten geblieben, das zu verwirklichen, was in den Erläuterungen zum Arbeitsmarktförderungsgesetz unter anderem schon verlangt worden ist. Erst die sozialistischen Regierungen haben nämlich in ihren Budgets die in diesen Erläuterungen geforderten 303 Millionen Schilling erstmals zur Verfügung gestellt, und erst die sozialistischen Regierungen waren es, die auch für den sinnvollen Einsatz dieser Mittel Sorge getragen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Waren es im Jahre 1969 erst knapp 100 Millionen und im Jahre 1970 rund 168 Millionen Schilling, die für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben worden sind, so sind diese Förderungsausgaben im Jahre 1971 — also im ersten sozialistischen Budget — bereits auf rund 330 Millionen Schilling angestiegen, und in den Bundesvoranschlägen für die Jahre 1972 und 1973 wurden beziehungsweise für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bereits 400 beziehungsweise 500 Millionen Schilling veranschlagt.

Meine Damen und Herren! Ich halte es für notwendig, diese eindrucksvolle Steigerung der Ansätze für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die im Budget 1973 immerhin nahezu dreimal so groß sind als die im Jahre 1970 getätigten einschlägigen Ausgaben, besonders hervorzuheben und darauf hinzuweisen, daß dadurch sowohl im Interesse des einzelnen als auch im Interesse unserer Wirtschaft die finanziellen Voraussetzungen für eine zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik sichergestellt erscheinen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich aber bitte trotz dieser aufgezeigten erfreulichen Steigerung der einschlägigen Budgetansätze auch feststellen, daß der vorgesehene Anteil für arbeitsmarktpolitische

Maßnahmen am Gesamtbudget unseres Staates doch nur 0,38 Prozent beträgt. Kollege Wedenig hat bereits darauf hingewiesen, daß beispielsweise Schweden, das auf diesem Sektor nach wie vor eines der fortschrittlichsten Länder sein dürfte, rund 4 Prozent seines Budgets für die Bewältigung dieser Aufgaben zum Einsatz bringt.

Meine Damen und Herren! Allein dieser Abstand müßte uns deutlich vor Augen führen, daß die großen Aufgaben, die uns auf diesem Gebiet noch bevorstehen und die gemäß dem Arbeitsmarktförderungsgesetz ja ausschließlich aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung bestritten werden müssen, eine Reduzierung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, wie sie da und dort immer wieder angeregt und zur Diskussion gestellt wird, keinesfalls vertretbar erscheinen lassen. Es wird meines Erachtens vielmehr unerlässlich notwendig sein, die durch eine verminderte Arbeitslosigkeit eventuell freiwerdenden Mittel für eine noch wesentlich aktivere Arbeitsmarktpolitik zum Einsatz zu bringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch das Arbeitsmarktförderungsgesetz ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Arbeitsmarktpolitik verhalten, eine den wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen entsprechende Arbeitsmarktpolitik festzulegen und für deren Realisierung die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Um diesen Gesetzesauftrag erfüllen zu können, ist daher auch sofort nach Bildung der ersten sozialistischen Regierung im Jahre 1970 damit begonnen worden, für die gesamte Tätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung ein in sich geschlossenes Konzept zu entwickeln, das einerseits den Ausbau der Servicetätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung zu einem echten Kundendienst im Sinne einer staatsbürgernahen Verwaltung und andererseits eine stärkere Ausrichtung der Förderungsmaßnahmen auf die Zwecke einer aktiven Arbeitsmarktpolitik vorsieht.

Dieses „Konzept für die Gestaltung und den Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ist im Jänner 1971 vom Beirat für Arbeitsmarktpolitik gebilligt worden. Es legt deutliche Prioritäten fest und bildet seither die Grundlage für die Tätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung.

Hinsichtlich der planmäßigen Erfüllung dieses Konzeptes sind in den beiden letzten Jahren bereits beachtliche Fortschritte erzielt worden, von denen ich hier nur einige beispielsweise anführen möchte.

Kunststatter

So wurden etwa die Möglichkeiten der Arbeitsmarktverwaltung, ihren Kunden möglichst rasch und unbürokratisch verlässliche Auskünfte, Informationen und Beratungen über die individuellen und allgemeinen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen zu können, sehr wesentlich verbessert. Die Prognosen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes sind entscheidend verfeinert worden, und das gesamte Informationswesen wurde in erfreulichem Maße ausgebaut. Bei den Arbeitsämtern wurden Informationsstellen und Leseräume eingerichtet, und das Informationsmaterial über Berufe und offene Stellen wird nunmehr in wesentlich breiterer Form dargeboten.

Ich darf in diesem Zusammenhang vor allem die lokalen und überregionalen Arbeitsmarktanzeigen und eine Reihe von Broschüren und sonstigem Informationsmaterial erwähnen, durch welches die Ratsuchenden über Berufe und Berufswege informiert werden.

Im vorliegenden Budget finden diese Maßnahmen insoweit ihren Niederschlag, als die finanziellen Mittel für den weiteren Ausbau eines entsprechenden Arbeitsmarktservice und für die weitere Ausgestaltung des Informationswesens mit 45 Millionen Schilling gegenüber 20 Millionen im Budget 1972 veranschlagt sind.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung des Arbeitsmarktservice stehen aber neben der Einrichtung der sogenannten „offenen Kundenempfänge“ auch sonstige organisatorische Veränderungen, wie etwa die postalische Auszahlung von Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und die Reduzierung beziehungsweise probeweise Abschaffung der vielfach als Inbegriff der Bürokratie angesehenen routinemäßigen Kontrollmeldungen.

Diese Maßnahmen tragen auch wesentlich dazu bei, dem an und für sich knappen Personal der Arbeitsämter etwas mehr Spielraum für die Verbesserung des Kundenservice zu bieten, und sie führen sicherlich auch zu einer gewissen Imageverbesserung der Arbeitsmarktverwaltung.

Ich darf weiters darauf hinweisen, daß die unmittelbare Mitwirkung der Sozialpartner an allen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik vom Sozialressort als ein wesentlicher Bestandteil einer aktiven Arbeitsmarktpolitik angesehen wird und daß im Sinne dieser Einstellung zum Beispiel auch ein geschäftsführender Ausschuß des Beirates für Arbeitsmarktpolitik geschaffen worden ist, der es ermöglicht, alle laufenden arbeitsmarktpolitischen Probleme auch tatsächlich mit den Sozialpartnern zu erörtern.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktförderung wird seit dem Jahre 1971 aber auch dadurch wesentlich beeinflusst, daß im Einvernehmen mit dem Beirat für die einzelnen Förderungsbereiche Richtanteile an den Gesamtförderungsmitteln festgelegt werden, wodurch sichergestellt wird, daß die Förderungsarten mit der höchsten Priorität, vor allem also die mobilitätsfördernde Arbeitsmarktschulung, in zunehmendem Maße das Hauptgewicht der gesamten Förderung erhalten.

Unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen sollen demnach von den im Budget 1973 verfügbar werdenden Mitteln 20,6 Prozent für Ausbildungsbeihilfen, 38,2 Prozent für die Förderung der beruflichen Mobilität, 4 Prozent für die Förderung der geographischen Mobilität und des Arbeitsantrittes, 4,4 Prozent für Beihilfen zur Strukturbereinigung und 32,8 Prozent für die Bekämpfung kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen aufgewendet werden.

Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, reicht das Arbeitsmarktförderungsgesetz in der geltenden Fassung jedoch nicht aus, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Sinne der beiden Regierungserklärungen und im Sinne des bereits erwähnten Konzeptes auch echt zu realisieren.

Meine Damen und Herren! Wir werden daher im kommenden Jahr im Hohen Haus eine Novelle zu beraten haben, die die Arbeitsmarktverwaltung von herkömmlichen Zuständigkeitsbeschränkungen und bürokratischen Komplikationen befreien und das arbeitsmarktpolitische Förderungsinstrumentarium, vor allem im Hinblick auf das EWG-Arrangement, um neue, den Bedürfnissen der Wirtschaft besser angepaßte und regionalpolitisch besser einsetzbare Formen erweitern soll.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß sich die Erfolge der forcierten Arbeitsmarktpolitik in der außerordentlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes überaus deutlich widerspiegeln und daß die am Arbeitskräftesektor erzielten Zuwächse und Umschichtungen einen nicht geringen Beitrag zur Wachstumsrate unseres Bruttonationalproduktes bedeuten.

Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen hat Ende September dieses Jahres die Rekordhöhe von über 2,575.000 erreicht, wobei neben der Zunahme der Ausländerbeschäftigung durch die aktive Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung vor allem auch wesentlich mehr inländische Arbeitskräfte mobilisiert werden konnten.

Kunsttätter

Die Arbeitslosigkeit im allgemeinen und die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe sind auf einen noch nie dagewesenen Tiefstand herabgedrückt worden, und aus der stillen Reserve sowie aus der Landwirtschaft sind, wie dies die Inländerzuwächse im Beschäftigtenstand der letzten Jahre beweisen, zusätzliche Arbeitskräfte für den industriellen und gewerblichen Bereich sowie für den für Österreich so wichtigen Fremdenverkehr gewonnen worden.

Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Zusammenhang aber auch die erfolgreichen Bemühungen zur Aktivierung weiblicher Arbeitskräfte reserven und die Bemühungen zur Höherqualifizierung der Frauen im Berufsleben, die dazu geführt haben, daß der Anteil der Frauen am Gesamtbeschäftigtenstand bereits auf über 37 Prozent angestiegen ist.

Abschließend, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Ausdruck bringen, daß wir Sozialisten auch auf dem Sektor der Arbeitsmarktpolitik, die heute allgemein als ein wichtiges Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik Anerkennung findet, konsequent an der Erfüllung der einschlägigen Punkte der Regierungserklärung weiterarbeiten werden und daß wir die Zielsetzungen einer modernen, aktiven Arbeitsmarktpolitik sowohl im Interesse der betroffenen Dienstnehmer als auch im Interesse unserer Wirtschaft auch in Zukunft mit allem Nachdruck vertreten und um ihre bestmögliche Verwirklichung bemüht sein werden.

Dem in Behandlung stehenden Budgetkapitel wird die sozialistische Fraktion daher gerne und aus Überzeugung ihre Zustimmung geben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Abgeordnete Kunsttätter, hat die Arbeitsmarktpolitik beleuchtet und die durchaus erfreuliche Entwicklung, die sich auf diesem Gebiet vollzogen hat, geschildert. Allerdings erscheint mir seine Forderung nach einem vierprozentigen Anteil der Arbeitsmarktmittel am Budget etwas übertrieben. Bei uns in Österreich liegen die Verhältnisse doch etwas anders als in Schweden, und ich glaube, daß auch gerade bei uns in Österreich auf dem Gebiet der Umschulung durch die Betriebe selbst sehr große Beiträge geleistet werden.

Die Einrichtungen wie Wirtschaftsförderungsinstitut oder Berufsförderungsinstitut sind hervorragende Mittel zur Ergänzung der Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung,

und diese Mittel werden von den Unternehmen auch dort wahrgenommen, wo von seiten des Ministeriums kein Zuschuß zu diesen Ausbildungsmaßnahmen erfolgt.

Eine Entwicklung bei der Arbeitsmarktverwaltung allerdings beobachte ich doch etwas besorgt. Das ist der Versuch, in dem eigenen Blatt der Arbeitsmarktverwaltung im verstärkten Ausmaß einen Träger für die Stellenvermittlung zu forcieren. Die Arbeitsmarktverwaltung sollte großen Wert darauf legen, daß alle Medien zur Werbung um die Arbeitnehmer herangezogen werden und daß vor allem im Sinne einer Förderung des Meinungpluralismus und der Vielfalt im Zeitungswesen die verschiedensten Nachrichtenblätter als Werbeträger der Arbeitsmarktverwaltung herangezogen werden, sodaß dadurch auch von der Arbeitsmarktpolitik her eine positive Maßnahme zugunsten der Pressevielfalt gesetzt wird.

Eine Maßnahme allerdings möchte ich der Arbeitsmarktverwaltung zusätzlich ans Herz legen, mit der sie sich meines Wissens bisher zu wenig befaßt hat. Das ist, wie von mir auch schon zu anderen Budgetkapiteln erwähnt, die Vorsorge für eine Krisensituation. Gerade der Arbeitsmarktverwaltung wird in einer solchen Situation große Bedeutung zukommen; vor allem, wenn man an die notwendige Vorsorge für Produktionsumstellungen denkt, vor allem, wenn man daran denkt, daß diese Umstellungsmaßnahmen ja schon vorgeplant sein sollen, und vor allem auch, weil die Fremdarbeiter in solchen Situationen durch die Arbeitsmarktverwaltung gelenkt werden müssen, damit man den Übergang in einer Krisensituation friktionsfrei bewältigt.

Ich möchte mich vorerst mit zwei anderen Dingen befassen, ehe ich mich dem Hauptproblem, dem Problem des Alterns in Österreich, zuwende. Diese beiden Dinge sind die Versicherungskarten und die Problematik der Feuerwehren.

Zu den Versicherungskarten. Einem Artikel in der „Presse“ vom 6. Dezember 1972 entnehme ich, daß in der Ministerratssitzung vom 5. 12. die österreichische Norm A 2740 über die Schreibweise des Datums in Ziffern genehmigt wurde. Diese Norm besagt in Übereinstimmung mit internationalen Normen und der älteren ISO-Norm, daß das Datum in folgender Form geschrieben werden soll: Zuerst das Jahr, dann der Monat und anschließend der Tag. Also zum Beispiel: 1. 12. 1972 in der Form 1972 12 1.

Wenn ich diesen Beschluß und diese jetzt für Österreich gültige Norm ansehe, die ja am 1. 12. 1972 Gültigkeit erlangte, dann er-

Dipl.-Ing. Hanreich

staunt es mich, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — wie in diesem Artikel ausführlich dargelegt — in den Versicherungsnummern die Geburtsdaten in der herkömmlichen Schreibweise anführt.

Es erscheint mir erstaunlich, daß es nicht möglich ist, eine Norm, die sich schon abzeichnet und die auf ohnehin schon längst bekannten älteren Vereinbarungen beruht, bei einem so großen Projekt anzuwenden. Es wäre doch naheliegend, daß man, wenn man eine neue Numerierung der Österreicher unter Einschluß ihres Geburtsdatums durchführt, auf diese zeitgemäße Schreibweise kommt und nicht die bisherige Form gedankenlos fortschleppt.

Wie vereinbart sich eine solche Situation mit der fortschrittlichen sozialistischen Regierungspartei, mit unserer Annäherung an Europa? Ich hoffe nur, daß Staatssekretär Veselsky bei seinen Versuchen, die gesamte Bundesverwaltung systematisch auf elektronische Datenverarbeitung umzustellen, nicht auch diese überaltete Schreibweise weiterhin beibehält und man sich systematisch aus der Gemeinsamkeit internationaler Vereinbarungen hinaus entwickelt.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn vor allem bei den noch ausstehenden Projekten diese Norm auch wirklich zur Anwendung käme.

Zu der Problematik der Feuerwehren, die ja von den Abgeordneten Scherrer und Regensburger sehr ausführlich behandelt worden ist, möchte ich, da ich als Fürsprecher einer weiter reichenden Lösung genannt wurde, nachtragen, daß ich die Regelung, wie sie nun besteht, als unzureichend empfinde und daß ich Ihnen, Herr Minister, ans Herz legen möchte, doch diesen ganzen Fragenkomplex noch einmal eingehend zu überprüfen und einen Vorschlag zu machen, der den Einsatz für das öffentliche Wohl fördert und nicht bestraft. Denn es kann doch nicht der Sinn eines Sozialministeriums sein, daß der persönliche Einsatz für das Gemeinwohl behindert wird und vor allem im Falle eines tragischen Unfalls für die einsatzbereiten Männer zum Problem wird.

Nun möchte ich mich der Frage des Alterns in Österreich zuwenden und möchte mich dabei auf die sehr umfangreichen Ausführungen der „Kurier“-Aktion über dieses Thema stützen. Der Versuch im „Kurier“, die Problematik des Alterns bewußt zu machen, muß als ein sehr positiver Beitrag zu der Stellung der alten Menschen in der österreichischen Gesellschaft gewertet werden. Er trägt dazu bei, die — fast möchte ich sagen — Jugendhysterie, die uns in den letzten Jahren befäl-

len hat, etwas zu dämpfen und wieder klarzumachen, daß das Altern ein Vorgang ist, dem sich niemand entziehen kann und dem daher auch Rechnung getragen werden muß, gerade im Sozialbereich.

Gerade das Sozialministerium müßte sich darüber klar sein, daß wir heute in einer Zeit leben, in der zwar Forderungen sehr leicht und sehr umfangreich gestellt werden und die Forderungen mit einer Selbstverständlichkeit angenommen werden und man glaubt, daß jede Forderung automatisch erfüllt werden müsse.

In dieser Begeisterung für die Ansprüche an die Gemeinschaft übersieht man, daß gerade die alten Menschen, die ihren Beitrag zum Staatswesen und zur Entwicklung der Wirtschaft und der österreichischen Gesellschaft in großem Umfang geleistet haben, eigentlich des Dankes bedürften, der Anerkennung für ihre Leistung, der Respektierung ihrer Leistung und natürlich auch damit verbunden einer entsprechenden Würdigung ihrer Probleme.

Wie sieht denn die Situation im Augenblick in Österreich aus? In Wien ist fast ein Drittel der Bevölkerung über 50 Jahre, und jeder fünfte Österreicher ist über 60. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Die Lebenserwartung steigt weiterhin; es ist anzunehmen, daß der Anteil der alten Bevölkerung zunehmen wird, vor allem dann, wenn man sich auch vor Augen führt, wie sich die Entwicklung unseres Nachwuchses in der letzten Zeit darbietet.

Ich möchte einen kurzen Exkurs in die Problematik der sinkenden Geburtenüberschüsse machen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir im Jahre 1971 den niedrigsten Geburtenüberschuß der Nachkriegszeit aufgewiesen haben, und zwar hatten wir 1,5 Promille; das ist schon sehr bedenklich, bedenklich vor allem dann, wenn man liest, daß im Jahr 1971 der Anteil der Ausländergeburten an diesem Geburtenüberschuß bereits fast 26 Prozent beträgt.

Das soll jetzt nicht heißen, daß ich der Geburtenfreudigkeit der in Österreich arbeitenden Ausländer entgegenreden möchte; ich möchte nur darauf hinweisen, daß unser Geburtenüberschuß, den wir in Österreich ausweisen, nur mehr zu drei Vierteln aus unserem eigenen Volk kommt und daß wir hier die Ausländer als Beiträger zu einer zukünftigen Entwicklung und zur Sicherung unseres Alters bereits brauchen.

Es ist die Frage, wie das „Die Presse“, die sich in ihrer Ausgabe vom 16./17. 12. sehr eingehend mit diesem Problem befaßt hat,

Dipl.-Ing. Hanreich

schildert: „Die einzige, wenn auch nur zeitweilige Sicherung der Altersrenten wäre in der Einbürgerung ausländischer Gastarbeiter gegeben, deren Zahl in Wien ja schon bald auf 10 Prozent anwachsen wird und die über 16 Prozent Geburtenüberschuß haben.“ Diese Ziffer von 16 Prozent gilt für 1970; sie ist also nunmehr auf 26 Prozent angestiegen. „Aber ob Österreich“ — so fährt „Die Presse“ fort — „dann noch dasselbe Land sein wird, als das wir es alle kennen und lieben, muß wohl bezweifelt werden.“

Diese Problematik der Entwicklung unserer Geburtenüberschüsse und ihre Rückwirkung auf die Sicherung zukünftiger Renten und Pensionen muß uns bewußt sein, wenn wir im Rahmen sozialer Problematik die Fragen des Familienlastenausgleiches besprechen und wenn Institutionen wie der Familienverband die relative Armut von kinderreichen Familien beleuchten.

Nicht umsonst schreibt das Informationsblatt des Instituts für Stadtforschung, daß auf Grund der ungarischen Berechnungen über diese Entwicklung — es ist also nicht nur in Österreich so — eine Veränderung der allgemeinen Einstellung zur Kinderzahl notwendig sein wird. Daran zeigt sich wieder deutlich, daß wir zwar sehen, daß weltweit ein Rückgang der Geburten notwendig ist und auch angestrebt werden muß, daß aber in der regionalen Untergliederung Österreich bereits das gegenteilige Problem hat; dem wird man Rechnung tragen müssen.

Wenn also die Vorsorge für die Zukunft von dem Nachwuchs und der Jugend getragen wird, dann ergibt sich doch die Frage: Wie sieht es denn im Moment mit den Alten in Österreich aus? Finden die Alten in Österreich die Voraussetzungen, die notwendig sind, um diesen dritten Lebensabschnitt nach der Ausbildungsphase und Jugendzeit und nach der Erwerbstätigkeit in wirklich menschenwürdigen Bedingungen zu verbringen?

Der Abgeordnete Pansi hat gesagt: Wir haben vorgesorgt. Ich möchte ihm recht geben, wenn er die rein finanzielle Vorsorge betrachtet. Wir wollen von Ausnahmen absehen, aber grundsätzlich trifft das, was er gesagt hat, zu. Aber wie sieht es denn sonst aus? Haben wir wirklich ausreichend Altersheime, ausreichende Möglichkeiten, unseren Alten eine ihren Bedürfnissen angemessene Wohnmöglichkeit zu bieten? Sind Altersheime überhaupt eine richtige Lösung? Vollzieht sich hier nicht eine Ghettobildung, die zu schweren psychischen Störungen führt und die den alternden Menschen aus der Gesellschaft ausschließt, statt ihn zu integrieren? Sind unsere Vorsorgen durch Geriatrie und Gerontologie so weit

gediehen, daß wir sagen können, daß wir vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt wirklich alles tun, was für unsere alten Menschen notwendig ist? Ich glaube, hier bleibt noch ein reiches Betätigungsfeld offen.

Selbst so triviale Dinge wie die Transportmittel in den Städten, die Ausführungen von Stiegenhäusern und ähnliches, nehmen nicht ausreichend Rücksicht auf die Bedürfnisse der älteren Bewohner. Wir haben wohl Programme, und die Sozialistische Partei gerade hat ein umfangreiches Humanprogramm, in dem für die alternden Menschen geradezu goldene Zeiten vorgesehen sind. Nur konnte ich noch nicht feststellen, daß die Realisierung schon so weit gediehen wäre, daß man von einer echten Verbesserung, von einer echten Entlastung sprechen könnte.

Dies zeigt sich, wenn ich nur das Problem betrachte, das die „Furche“ am 9. 12. 1972 wie folgt charakterisiert hat:

„Mit der ruckartigen Pensionierung treten vor allem gravierende psychologische Probleme auf:

Die ununterbrochene Freizeit wird als unangenehm empfunden;

das Gefühl der Nutzlosigkeit, des ‚Zum-alten-Eisen-Gehörens‘ schafft Ratlosigkeit und Unglück, Vereinsamung und schließlich totale Isolation;

ein Gefühl der Hilflosigkeit läßt viele Menschen erst gar nicht fremde Hilfe in Anspruch nehmen.“

In diesem Hinweis der „Furche“ zeigt sich deutlich, wie negativ sich die starre Haltung des Sozialministers in der Frage der Pension, in der Frage der Ruhensbestimmungen, in der Frage eines gleichmäßigen gleitenden Übergangs in die Pensionierung auswirkt.

Ich kann nicht begreifen, daß es einfach nicht möglich ist, dieses Problem eines gleichmäßigen Übergangs, eines gleitenden Übergangs aus dem Erwerbsleben in ein durch vermehrte Freizeit gekennzeichnetes Pensionsdasein zu bewältigen, daß es einfach nicht möglich ist, über dieses Problem so zu diskutieren, daß konstruktive Vorschläge dabei gemacht werden, daß es einfach nicht möglich ist, dieses Problem einer Lösung zuzuführen, die für unsere Alten eine sinnvolle und den medizinischen Vorstellungen entsprechende Lösung bietet. Die Starrköpfigkeit, mit der an der einmal beschlossenen Lösung festgehalten wird, die Starrköpfigkeit, mit der gerade die Ruhensbestimmungen immer wieder verteidigt und verschärft gehalten werden, hat für unsere älteren Staatsbürger den unangenehmen Nachgeschmack, daß man nicht bereit ist, ihre Probleme gebührend zu bewerten.

Dipl.-Ing. Hanreich

Ich habe das Gefühl, daß die Bundesregierung die Altersfürsorge als die durchaus angemessene Form betrachtet, sich der Verpflichtung gegenüber den älteren Mitbürgern zu entledigen. Die Altersfürsorge in quasi Almosenform ersetzt das, was als Alterspolitik ein wesentlicher Bestandteil unserer Sozialarbeit sein sollte.

Es zeichnen sich keine Aktivitäten ab, die durch Hauskrankenpflege oder Heimhilfediens den Älteren eine Verbesserung ihrer Haushaltsführung ermöglichen, ihnen eine Hilfestellung geben, die ihnen die Möglichkeit gibt, in ihrer bisherigen Wohnung zu verbleiben, denn auch das Übersiedeln ist ja gerade für die älteren Leute ein großes Problem, und der Eintritt in ein Altersheim wird oft mehr gefürchtet als das Gefühl der Verlassenheit in der eigenen Wohnung.

Zwar sind von meinem Klubkollegen Primarius Dr. Scrinzi eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet worden, und es fehlt auch nicht an Absichtserklärungen seitens der Regierung, aber eine echte Aktivität, ein Fortschritt in dieser Richtung ist bisher nicht feststellbar gewesen.

Es gibt auch einen Detailpunkt, der angesichts des gerade beschlossenen ASVG-Gesetzes, also der 29. ASVG-Novelle, wieder aufgeworfen werden muß, vor allem deshalb, weil sich eine Erhöhung der Rezeptgebühr ergeben hat, ob man denn nicht gerade für den älteren Menschen — und es wäre übrigens auch zu überlegen, ob man das nicht für kinderreiche Familien ebenfalls tun sollte — eine Befreiung von der erhöhten Rezeptgebühr durchführen sollte.

Selbst eine so kleine Maßnahme wäre gerade für die Alten eine Verbesserung, die sich auch im Finanziellen bemerkbar macht, denn mit 47 Prozent stehen Krankheiten an erster Stelle der Belastung, die ältere Menschen nach einer Meinungsumfrage des IFES-Institutes nennen. 26 Prozent der älteren Mitbürger weisen sogar darauf hin, daß die Krankheit für sie die schwerste Belastung ist, wobei man sich vor Augen führen muß, daß Gehbehinderung zu 30 Prozent und zu 15 Prozent sehr schwer als zusätzliche Behinderung angeführt wird.

Im ganzen gesehen, Herr Sozialminister, möchte ich Ihnen doch sagen, daß es hoch an der Zeit ist, die Problematik des älteren Menschen in unserer Gesellschaft neu zu überdenken und sich nicht darauf zu beschränken, Hinweise auf eine bessere Zukunft zu machen, sondern aktiv zu werden, Vorschläge zu bringen und Aktivitäten zu setzen, die das Los unserer Mitbürger im Alter erleichtern, denn

es genügt nicht, nur schlicht eine finanzielle Vorsorge zu treffen. Man muß dem Menschen als Ganzes im Alter eine weitere Entfaltung- und Entwicklungsmöglichkeit bieten. Man muß den Menschen in Würde altern lassen und nicht als Almosenempfänger. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Vizekanzler Ing. Häuser. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. Häuser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Diskussion ist von den Sprechern der Oppositionsparteien vielfach zu einzelnen Maßnahmen oder an einzelnen Maßnahmen Kritik geübt worden, und es ist behauptet worden, daß viele der Dinge noch offen seien. Ich möchte gar nicht auf die Fülle der vorgeschlagenen und gewünschten Maßnahmen hinweisen. Es steht das nur, glaube ich, in einem gewissen Widerspruch zu dem, was man grundsätzlich zum Budget gesagt hat; nämlich daß dieses Budget sowieso schon so aufgebläht sei, daß es eine negative Wirkung im Rahmen der Stabilität habe. Aber mit derselben Überzeugung vertritt man hier Standpunkte, daß man für diese und jene Bereiche noch hunderte Millionen Schilling aus Bundesmitteln zur Verfügung stellen müßte.

Darf ich dem Herrn Abgeordneten Melter, der die Unzulänglichkeit in der Kriegsopferversorgung — die Witwengrundrente ist zu klein, die Schwerstbeschädigtengrundrente ist zu klein; er bringt Vergleiche aus Deutschland und so weiter — dargestellt hat, folgendes sagen:

Wir haben ein dreijähriges Programm, das gemeinsam mit der Zentralorganisation abgesprochen war, festgelegt, und ich darf wohl — bitte das jetzt nicht als Überheblichkeit zu betrachten — feststellen, daß das im Rahmen der bisherigen Entwicklung der Kriegsopferversorgung sicherlich nicht im Schatten steht. Darf ich das an Zahlen demonstrieren:

Von 1971, Herr Abgeordneter Melter, bis 1973 wird der Rentenaufwand im Rahmen der Kriegsopferversorgung um 510 Millionen Schilling steigen; das heißt, um 22 Prozent werden es 1973 mehr sein, als es 1971 waren.

Dazu kommt, daß in dieser Summe ja ein verminderter Aufwand für die Zahl der Rentenempfänger zu berücksichtigen ist, der mit etwa 6 Prozent angenommen wird, sodaß also eine effektive Pro-Kopf-Erhöhung von 28 Prozent eintritt. Die Dynamisierung — und ich sage das jetzt sehr bewußt —, die Dynamisierung dieser zwei Jahre macht rund 17 Prozent aus.

Vizekanzler Ing. Häuser

Ich darf also feststellen, daß innerhalb von zwei Jahren ganz global im Durchschnitt aller Rentenempfänger eine Erhöhung über das Maß der Dynamisierung hinaus von 11 Prozent eingetreten ist. So weit zu dieser Sache.

Ich darf noch in diesem Zusammenhang dem Herrn Abgeordneten Schlager sagen, daß wir die Frage bezüglich der Sachleistung, die er angeschnitten hat, prüfen werden.

Nun zu einem zweiten Problem, Herr Abgeordneter Melter. Sie haben hier von der Spitalsituation, von den finanziellen Problemen gesprochen und waren der Meinung, daß eine 30prozentige Steigerung der Zuschüsse durch die Krankenversicherungsträger notwendig wäre. Sie haben sogar gemeint, daß es völlig unzulänglich ist, was bisher geschehen ist. Man ist auf der einen Seite gegen die Beitragserhöhung, gegen die Beitragsanpassung, aber auf der anderen Seite behauptet man, es müsse von dieser Krankenversicherung mehr für die Spitäler aufgewendet werden, die Rezepte für die Pensionisten und Kinderreichen müßten von der Gebühr freigemacht werden. Das muß doch, meine Damen und Herren, alles bezahlt werden!

Aber wieder konkret, um das zu untermauern: Die Eingangssteigerung im Rahmen der Krankenversicherung liegt etwa in der Größenordnung von 8 bis 9 Prozent pro Jahr. 1970 stieg der Aufwand der österreichischen Krankenversicherung bei der Anstaltspflege um über 10 Prozent, 1971 um 12 Prozent. Wenn Sie sich das Ergebnis der Enquete angesehen haben, dann werden Sie festgestellt haben, daß im Zuge dieser erwarteten höheren Einnahmen auf Grund der Beitragserhöhung auch eine ständige, wenn auch kleine Erhöhung des Anteiles in Prozenten der Gesamtausgaben für die Spitalerhaltung seitens der Krankenversicherung aufgewendet werden wird.

Zu dem von Ihnen erhobenen Vorwurf mit der Utermalung, das sei parteipolitisch irgendwie begründet gewesen, daß bei der Umstellung in den Landesinvalidenämtern für die EDV jüngere Kräfte herangezogen werden, darf ich Ihnen sagen: Man kann nur jüngere Kräfte heranziehen, weil sich ältere normalerweise nicht einmal interessieren, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten bei der Umstellung.

Der Herr Abgeordnete Hanreich hat hier einen sehr interessanten Beitrag zur Problematik der Altenbetreuung, der Anerkennung des Alters und der Hilfe für die Alten dargebracht, und ich darf sagen: Wir haben dieses Problem einmal materiell durch den Ausbau der Pensionsversicherung gelöst. Wir haben es in verschiedenen Ländern durch

Landesmaßnahmen gelöst. Wir haben es jetzt seitens der Bundesregierung als einen Anfang mit einem Zuschuß, einem Förderungsbetrag gelöst, indem man die einzelnen Pensionistenorganisationen für die Organisationsmaßnahmen hinsichtlich der Altenbetreuung fördert. Ich darf Ihnen sagen, daß wir uns seitens des Ressorts mit dem Problem der Geriatrie sehr intensiv beschäftigen und an den ja international durchgeführten Konferenzen teilnehmen. Es wird das also jetzt in Bewegung gebracht.

Aber wenn Sie das, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich, mit den Ruhensbestimmungen in Zusammenhang bringen und dann gleich dazusagen, es soll ein gleichmäßiger Übergang ins Alter vorgesehen werden, dann darf ich feststellen: Genau das machen wir! Wir sind gegen die Ruhensbestimmungen in jenen Bereichen gewesen, wo man in einem höheren Alter in völlig gleicher Form wie bisher am Arbeitsplatz festhält, seinen bisherigen Arbeitsplatz weiter beibehält und nicht auf den Grundbetrag der Pension verzichten möchte, denn nur das ist ja der Zweck dieser 26. Novelle gewesen.

Aber in allen anderen Bereichen, jetzt erst am vergangenen Freitag, haben wir für den Bereich der vorzeitigen Alterspension eine Grenze des Dazuverdienens geschaffen, um den Menschen den Übergang von der Aktivität in den Ruhestand zu erleichtern. Aber das muß ja nicht bedeuten, daß er ungekürzt die Pension bekommt, sondern er soll eben einen entsprechenden Übergang haben.

Und nun zu einem weiteren Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Schlager, der hier gemeint hat, daß die Landwirtschaft zuwenig Mittel bekommt, denn sie sei in der Größenordnung so bedeutend, daß man ihr mehr zuerkennen müßte. Darf ich auch hier wieder die konkreten Zahlen sprechen lassen.

Wir haben 2,2 Millionen aktiv tätige Arbeitnehmer versichert, und im Rahmen des Umlageverfahrens — auf das spiele ich jetzt an — bekommen in der Pensionsversicherung 1.050.000 Pensionisten aus dem ASVG-Bereich 1973 einen Bundeszuschuß von 7066 Millionen Schilling; Bauern sind 230.000 versichert, hier sind es 145.000 Pensions- und Rentenempfänger, und sie bekommen 1973 einen Bundeszuschuß — ohne Ausgleichszulage — von 1310 Millionen. Das heißt: In Relation zu den aktiv Tätigen, die die Beiträge erbringen, sind das 10 Prozent — sehr grob gerechnet —; in Relation des Bundeszuschusses für die Bauern zu diesem Betrag sind es 18 Prozent. Das ist der wesentliche Unterschied. Ich möchte nicht näher auf die weitere Problematik eingehen.

Vizekanzler Ing. Häuser

Aber nun zu dem Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Wedenig. Ich muß sagen, man kann natürlich — und das ist das gute Recht der Opposition — über alles mögliche schimpfen, Kritik üben, aber man sollte doch bei der Gegenüberstellung von Zahlen versuchen, sich selbst einmal die Zusammenhänge zu erklären. Ich hätte nämlich ein noch viel besseres Argument, als es der Herr Abgeordnete Wedenig hier vorgetragen hat, der gemeint hat, der Sozialaufwand steige nur um 4 Prozent. Hätte er sich die Mühe genommen und nur den Bereich ASVG herausgeschrieben, dann wäre er daraufgekommen, daß gegenüber 1972 der Gesamtaufwand für den ASVG-Bereich inklusive Ausgleichszulage um 20 Millionen geringer ist. Aber ich nehme nicht an, daß er dann daraus geschlossen hätte, daß es, weil dieser Betrag nieder ist, keine Dynamisierung für die Leute gibt, daß es keine Anpassung der 29. Novelle gibt, wie wir es beschlossen haben, also keine Verbesserung im Rahmen der Witwenpension nach § 264 und so weiter, sondern er hätte dann fragen müssen: Wie kommt das? Es ist doch eine sehr, sehr einfache Angelegenheit, das zu erklären. Das hat doch überhaupt nichts damit zu tun, ob sozialpolitisch etwas geschieht oder nichts geschieht. Ich möchte es doch ganz kurz zu erläutern versuchen.

Herr Abgeordneter Wedenig und alle anderen Herren! Der Herr Abgeordnete Melter hat ja auch diese Meinung vertreten und gemeint, das Sozialbudget sei bezeichnend: Es gibt in den Jahren 1973 und 1972 gegenüber dem Schnitt der Jahre 1967, 1968 und 1969 um etwa 200.000 Beitragszahlende, aktiv Tätige mehr. Dem steht nicht dieselbe Entwicklung am Pensionistensektor gegenüber.

Aber es gibt gegenüber 1967, 1968 und 1969 auch noch etwas Zweites: In diesen drei Jahren betrug die durchschnittliche Erhöhung der Aktiveinkommen 8 Prozent; im Durchschnitt der letzten drei Jahre lag sie zwischen 11 und 12 Prozent. Und jetzt bräuchte ich doch in diesem Hause nicht zu sagen, daß eine Pensionsanpassung zwei Jahre später erfolgt, das heißt, wenn hier in den zwei Jahren, die dazwischen liegen, das Einkommen der aktiv Tätigen höher wird, werden die Einnahmen der Pensionsversicherung stärker steigen als die Ausgaben. Das umgekehrte Problem wäre einmal, wenn ein Rückgang in der Beschäftigungslage, in den Einkommensverhältnissen der aktiv Tätigen einträte, aber die Pensionisten aus der Vergangenheit noch einen höheren Anpassungsfaktor bekämen, weil eben damals die Richtzahl so zu berechnen gewesen wäre.

Ich kann doch aus dieser mathematischen Entwicklung auch nicht schließen: In dem Jahr haben sie besonders viel bekommen. Ich möchte doch ganz konkret sagen, was sie bekommen, Kollege Wedenig, damit das auch offiziell ist.

Ich habe hier die Entwicklung der Arbeiter-Alterspension. Der Pensionist hat im Jahre 1969 gegenüber 1968 um rund 100 S mehr bekommen, er hat aber 1970 1901 S und 1971 2203 S bekommen. Ich könnte Ihnen die Zahlen für die Witwen in der Landwirtschaft vorlesen, alles Beweise, daß die Pensionisten mehr bekommen.

Ganz besonders deutlich wird das im Zusammenhang mit dem Richtsatz für die Ausgleichszulage — auch das ist schon mehrfach gesagt worden —: 1966 bis 1970 hatten wir für den Alleinstehenden eine Steigerung um 215 S, mit der Gattin um 319 S in vier Jahren, von 1970 bis 1973 417 S respektive 793 S in drei Jahren. Bitte jetzt nicht zu kommen und zu sagen: Das ist eine Folge der Preisentwicklung.

Meine Damen und Herren! Grundlage der Pensionsanpassung ist die Preisentwicklung 1970 und die Einkommensentwicklung 1970/71, und die betrug 4,7 Prozent. Darf ich Sie daran erinnern, daß Sie 1967 auch einen Preisindex von 4 Prozent gehabt haben? Schauen Sie sich vielleicht die Pensionsanpassung an, die wir 1969 oder gar 1970 gehabt haben: Sie betrug 5,4 Prozent.

Ich bin der Meinung, daß man Kritik an vermeintlichen Unzulänglichkeiten sachlich darlegen soll, das ist ein gutes Recht, aber die Behauptung aufzustellen und mit Zahlen zu untermauern zu versuchen, daß die Armen noch ärmer geworden seien, wobei diese Zahlen jedweder sachlichen Grundlage entbehren, das sollte man sich ersparen!

Nun zu einer weiteren Frage: die Feuerwehren. Es hat auch der Herr Abgeordnete Hanreich dazu gesprochen. Wenn er die Behauptung aufstellt, daß die Versicherung unzureichend ist: Es wird jetzt schon jeder aus den Mitteln der Unfallversicherung mit einem Mindestjahreseinkommen versichert, ohne daß er einen Beitrag bezahlt, und die Bauern und Selbständigen bezahlen einen lächerlich kleinen Beitrag. 50 S ist ihr Beitrag, den sie leisten. Das war das Problem der Freiwilligen Feuerwehr.

Und nun zur grundsätzlichen Frage. Die Lösung, die jetzt vorgeschlagen wird, die legistisch fertig ist — und ich wiederhole heute hier nochmals: die auch der Herr Doktor Heger akzeptiert —, ist eine Verdoppelung

Vizekanzler Ing. Häuser

der Versicherung all jener, die keine sonstige Versicherung haben, und eine Aufstockung für alle Versicherten um diese 20.000 S bis zur Höchstbeitragsgrundlage.

Und warum können wir nicht alle auf die Höchstbeitragsgrundlage hinaufheben? Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen und vor allem dem Herrn Abgeordneten Hanreich sagen, der gemeint hat, man müßte doch Menschen, die sich im öffentlichen Interesse und für das öffentliche Wohl einsetzen, entsprechend schützen: Wir haben 10.000 Berufsfeuerwehrleute, die auch nicht höher versichert sind als mit dem Einkommen, das sie eben haben, und daher haben wir diese Lösung vorgeschlagen, und sie hat auch die entsprechende Zustimmung gefunden.

Auf die Frage des Herrn Abgeordneten Wedenig bezüglich des Wann antworte ich: Unmittelbar danach, wenn die Länder sich bereit erklärt haben, für diese Kosten Mittel aufzubringen. Denn unbestritten ist auch jetzt noch, daß die Angelegenheiten der Sicherheit, der Feuerwehr und so weiter Landeskompetenzen sind. Und die bequemste Art ist, wie es der Herr Abgeordnete Schlager gemeint hat: Der Bund soll zahlen; die Länder dürfen nichts zahlen.

Und zum Abschluß, meine Damen und Herren, auch eine Bemerkung, die der Herr Abgeordnete Wedenig im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktpolitik vorgebracht hat. Er war der Meinung, man soll sich doch nicht dieser Leistungen rühmen, denn das sind doch die Mittel, die die Arbeitnehmer aufbringen, wir verteilen hier nur. Ich gebe ihm völlig recht. Das ist ein ewiger Grundsatz von uns gewesen. Aber ich weiß nicht, warum er 1969 — das war das erste Jahr der Wirksamkeit des Arbeitsmarktförderungsgesetzes — diesen Grundsatz nicht beachtet hat. Wir hatten damals im offiziellen Budget für 1969 131,2 Millionen Schilling und auf Grund des Arbeitsmarktförderungsgesetzes weitere 170 Millionen Schilling, zusammen 303 Millionen Schilling für 1969 zur Verfügung gehabt.

Herr Abgeordneter Wedenig, wissen Sie, wieviel verbraucht wurde: 99,8 Millionen. Ich nenne Ihnen jetzt die letzte Abschlußzahl, die ich liefern kann: 1971 haben wir im Budget 293,8 Millionen im Voranschlag gehabt, aber wir haben 329,5 Millionen aufgewendet, und für 1973 werden es rund 500 Millionen sein.

Dem Herrn Abgeordneten Hanreich möchte ich noch sagen, daß wir für allfällige Krisensituationen Vorsorge getroffen haben, denn wir haben eine Rücklage in der Größenordnung von rund 600 Millionen, und wir

haben eine Reserve von rund 1,4 Milliarden Schilling. Damit werden wir im Falle eines Falles alles bereinigen und alles unterstützen können, was wir im Sinne dieser wirtschaftlichen Entwicklung für notwendig halten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Schwimmer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Die drei sozialistischen Debattenredner in der Debatte zu diesem Kapitel haben im wesentlichen Propagandareden gehalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Bei diesen Propagandareden ist mir das Inserat, das gestern die SPÖ veröffentlicht hat, wieder eingefallen. Das Inserat, das die Überschrift trägt „15.000 S Heiratsbeihilfe bleibt“. Dann sind folgende Sätze zu lesen: „Die ÖVP bekämpft die von der SPÖ eingeführte Heiratsbeihilfe von 15.000 S.“

Ich möchte in aller Ruhe feststellen: eine falsche Behauptung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es geht weiter: „Dadurch sind Gerüchte entstanden, wonach die ‚15.000 S‘ ab 1. Jänner 1973 wieder abgeschafft werden.“

Ich darf wieder feststellen: eine falsche Behauptung. Denn dadurch, daß die ÖVP etwas bekämpft, was sie gar nicht bekämpft, können auch keine Gerüchte entstehen.

Ich darf hier feststellen: Die Heiratsbeihilfe ging — das werden auch die Abgeordneten der SPÖ noch sehr genau wissen — auf einen Vorschlag in den 107 Vorschlägen der ÖVP für Österreich zurück. Ich gebe zu, daß dort 10.000 S gestanden sind. Die SPÖ, die uns ununterbrochen von diesem Pult Lizitationspolitik vorwirft, hat dann auf 15.000 S lizitiert. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber ich muß auch wieder ganz ehrlich sagen: Wir haben nichts dagegen gehabt, wenn den jungen Ehepaaren 15.000 S zugute gekommen sind. Wir hätten nur eines wollen: Verschlechterungen, die wir hier nachgewiesen haben für rund die Hälfte aller jungen Ehepaare, hintanzuhalten, indem das wahlweise gewährt werden soll: wahlweise Steuerbegünstigung, wahlweise 15.000 S Prämie. Wenn wir an diesen 15.000 S Heiratsbeihilfe etwas ändern wollen, dann durch die Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen 15.000 S Heiratsbeihilfe — die bei uns nie in Frage gestellt war; weisen Sie uns nach, wo wir das in Frage gestellt haben — und dem Steuerfreibetrag. Also eine eindeutig falsche Behauptung.

Dr. Schwimmer

Aber es geht in diesem Stile weiter, meine Damen und Herren: „Weiterhin Gratisschulbücher“, heißt es hier. „ÖVP und FPÖ bekämpfen bis heute die Einführung der Gratisschulbücher. Dadurch entstand das Gerücht, 1973 werde es keine kostenlosen Schulbücher mehr geben.“

Ich darf wieder ganz ruhig feststellen: Eine weitere falsche Behauptung. Eine völlig falsche Behauptung in diesem Inserat!

Was haben wir bekämpft, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses? Wir haben bekämpft, daß man von den Möglichkeiten, den Familien auf diesem Gebiet zu helfen, die absolut schlechteste Möglichkeit ausgewählt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Die Gratisschulbücher haben Sie bekämpft, das stimmt doch!)*

Herr Abgeordneter Skritek! Wir haben nicht die Gratisschulbücher bekämpft. Der Herr Abgeordnete Hobl hat hier, ich glaube bei der Debatte zum Kapitel Oberste Organe, gesagt, für seine Kinder erspart er sich 200 S im Monat durch die Einführung der freien Schulfahrt und der Gratisschulbücher. Stimmt der Betrag, Herr Abgeordneter Hobl? *(Abg. Ing. Hobl: Ja!)* Ja, Herr Abgeordneter Hobl hat meines Wissens sechs Kinder; stimmt, glaube ich, auch. *(Abg. Ing. Hobl: Zwei an der Hochschule, zwei an der Pflichtschule und zwei im vorschulpflichtigen Alter! — Abg. Hahn: Für die Hochschüler gib't's ja nichts!)*

Herr Abgeordneter Hobl! Sie bräuchten sich nur den ÖVP-Antrag anzusehen: daß Sie für vier Kinder in diesem Fall je 1000 S bekommen hätten und für zwei Kinder je 500 S bekommen hätten; also 5000 S im Jahr, während Sie sich durch die SPÖ-Aktionen, verbunden mit der Verschwendung von Familienlastenausgleichsgeldern, ganze 2400 S sparen, das heißt, um 2600 S sind sogar Sie von der SPÖ-Regierung ums Haxl gehaut worden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese schlechten Lösungen haben wir bekämpft, meine Damen und Herren! Aber Sie stellen absolut unwahre Behauptungen auf.

Eigentlich habe ich seit dem 8. Juli 1972 damit gerechnet, daß einmal solche unwahre Behauptungen kommen werden. Denn der Herr Abgeordnete Blecha hielt uns am 8. Juli 1972 hier von diesem Pult aus eine kleine soziologische Vorlesung über die wahrscheinlich kommende neue SPÖ-Propagandataktik. Er sprach nämlich von der uralten Taktik des Verdächtigens mit dem Hintergedanken, es wird schon etwas hängenbleiben. Er sprach dann von den Yale-Psychologen, die es als Sleepereffekt bezeichneten. Die unglaubliche

Verbreitung, die Verdächtigung — so wie in diesem Inserat, meine Damen und Herren, mit diesem neuen SPÖ-Zeichen, das scheinbar ein Gütesiegel für solche Behauptungen sein soll, da wird ja unglaublich verdächtigt — wird im Augenblick des Lautwerdens von der gesamten Öffentlichkeit als unwahr und böswillig erkannt und schläft dann ein.

Der Abgeordnete Blecha hat hier sehr fachlich fundiert — er versteht von dem Fach etwas — dargelegt, wie das in der Praxis vor sich geht. Es versinkt im Unterbewußtsein des Adressaten, sagte der Abgeordnete Blecha, und nach Wochen und Monaten, wenn längst vergessen wurde, wer diese böswilligen Einflüsterungen getan hat, bleibt ein kleiner Rest von Mißtrauen, das Gift, das man in das öffentliche Bewußtsein hineingeträufelt hat. Aber in einem Anfall von Leichtsinn ... *(Abg. Dr. Tull: Das hat alles Ihre Partei betroffen, daß Sie das machen!)* Das betrifft dieses Inserat, Herr Abgeordneter Tull, und nichts anderes! *(Abg. Dr. Tull: Nein, nein, das Giftspritzen! — Abg. Kern: Ihr schlechtes Gewissen macht Sie nervös!)* Das hat der Abgeordnete Blecha damals vorweggenommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber in einem Anfall von Leichtsinn hat der Herr Abgeordnete Blecha damals auch das Gegenmittel gleich mitgeliefert. Er glaubt, das Gegenmittel ist einfach und demokratisch: Man darf die österreichische Öffentlichkeit nicht vergessen lassen, wer diese Verdächtigungen ausgestreut hat. Man muß aufdecken, was alles dahintersteckt. Dahinter steckt ganz einfach, daß die SPÖ-Regierung ihre Unfähigkeit, mit den Problemen fertig zu werden, durch falsche Behauptungen übertünchen will. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wodica: Wie war das mit den Kapuzenmännern?)*

Dann, wenn man die Öffentlichkeit wissen läßt, Herr Abgeordneter, wer dahintersteckt und welche Motive dahinterstecken, dann reagiert die Öffentlichkeit ganz einfach, wenn sie hört: SPÖ-Propaganda. Dann sagt sie: Aha, falsche Behauptungen! Das wird sie auch sagen, wenn sie dieses Zeichen in Zukunft sehen wird. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Nach dieser Einleitung zu den Propagandareden, die notwendig war, weil die Öffentlichkeit wissen soll, was hinter der SPÖ-Propaganda steckt und wieweit sie glaubwürdig ist, ganz kurz zu einigen Behauptungen, die hier in der Debatte aufgestellt worden sind.

Der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung hat in seiner uns nun schon bekannten Art versucht, Abgeordnete der Opposition von der Regierungsbank abzukanzeln, indem

Dr. Schwimmer

er ... (Abg. Libal: Wann war das?) Wann das war? Es war zum Abgeordneten Wedenig gerichtet hier von der Regierungsbank. (Abg. Libal: Das war doch sachlich!) Was war sachlich, Herr Abgeordneter Libal? Hören Sie ein bißchen zu! Sie haben vorhin nicht aufgepaßt. Er hat gesagt, man kann über alles mögliche schimpfen. Was ist da sachlich daran, wenn man sagt, „über alles mögliche schimpfen.“? (Abg. Treichl: Kollege Schwimmer! Was machen Sie jetzt anders als schimpfen?)

Herr Abgeordneter! Nach unserer Verfassung ist es immer noch so, daß der Minister einem Abgeordneten verantwortlich ist, aber nicht umgekehrt. Daher werden wir uns Zensuren von der Regierungsbank nicht gefallen lassen. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Treichl: Das waren sachliche Feststellungen! — Abg. Ing. Hobl: Tatsachenfeststellungen werden Sie doch zur Kenntnis nehmen müssen!)

Der Abgeordnete Wedenig hat nicht geschimpft, sondern hier sachliche Feststellungen getroffen. Er hat sehr eindeutig Zahlen dargelegt, während es der Herr Minister wieder für notwendig befunden hat, zu diesen Zahlen zu erklären: Herr Abgeordneter Wedenig hat Zahlen gebracht, die jeder sachlichen Grundlage entbehren.

Das waren keine sachlichen Feststellungen, Herr Kollege! Gegen diese polemischen Feststellungen von der Regierungsbank aus setze ich mich namens meiner Kollegen zur Wehr. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lukas: Sie haben jetzt nichts bewiesen!)

Jetzt zu einigen anderen Behauptungen: Herr Abgeordneter Pansi hat versucht, hier zu verteidigen ... (Abg. Ing. Hobl: Den Beweis sind Sie jetzt schuldig geblieben!) Welchen Beweis, Herr Abgeordneter Hobl? — Sie haben wieder nicht zugehört.

Er hat eindeutig polemisiert, indem er dem Herrn Abgeordneten Wedenig vorgeworfen hat, er habe geschimpft, was absolut nicht der Fall war. Aber es hat ja keinen Sinn, sich mit einem Zwischenrufer in eine Debatte einzulassen, der offensichtlich vorher und auch jetzt nicht zugehört hat. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Treichl: Wenn Sie kein Argument haben!)

Herr Abgeordneter Pansi hat davon gesprochen, daß die Ausfallshaftung für alle gleich sei, daß sich dadurch für die Unselbständigen 1973 ein geringerer Staatszuschuß ergebe als im Jahre 1972 und daß diese Lösung gut sei. Er hat den Einwand des Kollegen Wedenig, daß mit dem Bundeszuschuß seitens der SPÖ eigentlich ein sehr frivoles Spiel betrieben worden ist, zurückgewiesen.

Ich darf Ihnen für den Fall, daß das Gedächtnis auf der linken Seite des Hauses wirklich so schlecht ist, in Erinnerung rufen:

Als die ÖVP als Sonderregelung für zwei Jahre das beschloß, was jetzt in der 29. ASVG-Novelle mit dem Bundeszuschuß geschah, sprach der damalige Oppositionsabgeordnete Ing. Häuser von „Rechtsbeugung ausgerechnet im Bereich des ASVG“. Wörtlich sagte er:

„Das ist ungefähr die Politik, die Sie mit dieser Raubmethode bei den Bundeszuschüssen betreiben.“

Dies zeigt also die Glaubwürdigkeit der SPÖ-Politik in diesen Fragen auf und macht auch verständlich, warum in dieser Debatte ununterbrochen, nicht nur beim Kapitel Soziales, sondern auch bei allen anderen Kapiteln SPÖ-Regierungsmitglieder und SPÖ-Abgeordnete von diesem Pult aus versuchen, sich auf die Vergangenheit auszureden, darauf, was zwischen 1966 und 1970 geschehen ist. Man kann nur sagen: Die sozialdemokratisch-fortschrittliche SPÖ blickt ununterbrochen hoffnungsvoll in die Vergangenheit, weil sie mit der Gegenwart nicht fertig wird, meine Damen und Herren von der linken Seite! (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist ja auch heute wieder geschehen: Sowohl Abgeordneter Pansi als auch Frau Abgeordnete Winkler ... (Abg. Treichl: Den Sozialstopp von 1966 bis 1970 können Sie doch nicht wegleugnen! — Abg. Doktor Kohlmaier: Jawohl! Den können wir wegleugnen!)

Soll ich Ihnen dazu Worte von Ing. Häuser aus der damaligen Zeit vorlesen? Ich kann Ihnen aus seinen Reden vorlesen, in denen er selbst zugeben mußte: In dieser Novelle ist sehr viel geschehen, um Gesundheitspolitik zu betreiben, indem der Krankengeldanspruch um ein halbes Jahr verlängert worden ist, indem die Befristung beim Spitalsaufenthalt aufgehoben worden ist.

Wissen Sie, was es dem einzelnen, der länger als ein Jahr im Krankenstand war, bedeutete, wenn er durch einen ÖVP-Beschluß eineinhalb Jahre lang Krankengeld bekommen kann? Wissen Sie, was es für jemanden bedeutet, der länger im Krankenhaus bleiben muß, wenn die Krankenkasse auf Grund eines ÖVP-Beschlusses unbefristet den Spitalsaufenthalt bezahlt?

Das sind doch alles Dinge, die in der ÖVP-Zeit beschlossen worden sind. Aber das ist für mich eine Verbesserung, die wir damals gebracht haben, auf die wir stolz sein können, die ich aber heute nicht in den Mund genom-

Dr. Schwimmer

men hätte und mit der ich mich nicht gerühmt hätte, wenn nicht ununterbrochen Ihre Einwände oder Zwischenrufe gekommen wären.

Ungeachtet aller Verdienste, die die ÖVP in der Vergangenheit erwarb, müssen wir jetzt daran gehen, die Probleme der Gegenwart und der Zukunft zu lösen. Wir dürfen aber nicht ununterbrochen zurückschauen, wie es die linke Seite dieses Hauses tut.

Das ist die Seite, die uns vorwirft, wir seien konservativ. Rückschrittlicher sein und sich auf sozialpolitischem Gebiet mehr in der Vergangenheit bewegen als Sie kann man doch gar nicht mehr auf sozialpolitischem Gebiet. *(Lebhaftes Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kohlmaier: Erzkonservativ ist diese SPÖ! — Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.)* Wir genießen uns nicht, wir haben uns dazu bekannt. Es waren gute Leistungen. Ich habe sie Ihnen aufgezählt, Herr Abgeordneter Dr. Schranz! Sie fragen ja dauernd nach diesen Leistungen. *(Abg. Dr. Schranz: Aufgezählt! Eine Maßnahme!)* Ich habe Ihnen nur eine ganz kleine Auswahl davon gebracht. Ich möchte mich nicht allzu lange mit dieser Frage aufhalten.

Wir sind beim Kapitel Soziale Verwaltung. Bei diesem Kapitel fällt mir zum Beispiel auch ein, daß die Arbeiterkammer erst kürzlich ein Rundschreiben über das Einarbeiten in der Weihnachtszeit herausgegeben und mit Recht darauf aufmerksam gemacht hat, daß man trotz des Einarbeitens nicht länger als zehn Stunden pro Tag arbeiten darf.

Da ist mir eingefallen, was wir alle miteinander — daran sind wir alle schuld! — etwa von den Bediensteten dieses Hauses verlangen, die mit zehn Stunden nicht das Auslangen finden können. Ich will nicht von den Abgeordneten sprechen, denn die Angestellten des Hauses sind oft noch viel länger da als wir: Sie müssen früher da sein und können oft erst später weggehen. Das sollten wir eigentlich bei der Länge unserer Debattenbeiträge auch berücksichtigen! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Libal: Jetzt auf einmal!)*

Darum nur mehr ganz kurz einige Bemerkungen: Der Herr Sozialminister wollte die Vorwürfe des Abgeordneten Schlager von der ÖVP — ich sage „von der ÖVP“ dazu, damit nicht eine Verwechslung entsteht — zurückweisen, nämlich die Feststellung, daß die Bauern benachteiligt würden. Bei der Abgeltung für die Lebensmittelpreise war es ganz eindeutig, daß die Bauern benachteiligt worden sind. Es war ganz eindeutig, wie formalistisch Sozialpolitik von der SPÖ betrieben wird.

Der Herr Bundesminister hat im Ausschuß ein an und für sich nicht unrichtiges Argument gebracht. Er hat gesagt: Bauern haben ein Ausgedinge. Allerdings hat er in seiner formalistischen Betrachtungsweise übersehen, daß es Zehntausende, Zigtausende gibt, die das nicht haben und die, daher die Lebensmittel genauso kaufen müssen wie jeder ASVG- oder GSPVG-Pensionist. Ihnen werden aber um 35 S weniger gegeben.

Aber das spielt dem Herrn Sozialminister keine Rolle, nur die Statistik spielt eine Rolle, und nach ihr sind es mehr als 50 Prozent, die ein Ausgedinge haben.

Solche Dinge müssen wir, meine Damen und Herren, beim Kapitel Soziales anprangern und kritisieren.

Ich glaube, wir haben zwei neue Symbole kennengelernt: Wir haben ein Symbol für die unmoderne Sozialpolitik in der Person des Vizekanzlers Ing. Häuser höchstpersönlich kennengelernt, und wir haben ein zweites Symbol kennengelernt, dieses *(der Redner hält eine Photokopie hoch)* geschlungene „S“ unter Ihrem Inserat als Symbol für eine bewußt falsche Propaganda. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Linsbauer. *(Abg. Libal: Auf den Häuser sind Sie allergisch, das steht fest! — Abg. Dr. Schwimmer: Lächerlich!)*

Abgeordneter **Linsbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tut mir leid, daß der Herr Vizekanzler nicht im Haus *(Abg. Herta Winkler: Im Haus ist er schon!)* oder nicht hier im Saal ist. Ich möchte bitten, ihm meine diesbezüglichen Ausführungen auszurichten.

Er hat zur Feststellung des Abgeordneten Melter gesagt, daß für die Abteilung der EDVA im Landesinvalidenamts Wien Experten so ausgewählt werden, daß es Junge sein müssen. Ich möchte hier feststellen, daß die EDV-Abteilung im Zentralbesoldungsamt nicht mit den Jüngsten, sondern mit den Besten besetzt ist. *(Abg. Dr. Schranz: Ist das ein Gegensatz: der Jüngste und der Beste? Muß das ein Gegensatz sein?)*

Ich möchte dazu aber des weiteren folgendes sagen: Der Herr Handelsminister hat am Donnerstag hier die Feststellung gemacht — weil er Leute aus der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer genommen und diese in seine Sektionen eingeschleust hat —, er müßte den Managementstil bringen, denn junge Leute, die aktiv sind und etwas leisten wollen, müssen dort die Agenden führen.

Linsbauer

Im Sozialministerium heißen solche Leute, die man vorschiebt, „Experten“. Als Personalvertreter des Sozialministeriums habe ich ja hier schon lange Erfahrung.

Der Herr Vizekanzler sagte bei der Übernahme der Geschäfte im Sozialministerium: „Offene Türen für die Bediensteten, für die Gewerkschafter und für die Personalvertreter.“ Wir hatten, Herr Abgeordneter Libal, darüber bereits eine längere Kontroverse. Es war nämlich so, daß der Herr Vizekanzler nicht bereit war, die Personalvertreter zu empfangen. Erst auf unsere Kontroverse hin hat er uns empfangen.

Ich darf nun feststellen, daß sich das schon gebessert hat, wenn es um sachliche Dinge geht. (*Abg. Dr. Androsch: Bei uns auch!*) Herr Finanzminister! Im Finanzministerium gibt es das gleiche, den gleichen Managementstil, habe ich mir sagen lassen. (*Abg. Doktor Fischer: Ist das schlecht?*) Für die Sozialistische Partei in diesem Sinne nicht. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich bezweifle, ob es richtig ist, Beamten, die Rang haben, die jahrelang in dem betreffenden Ministerium Dienst getan haben, auf einmal nicht mehr die entsprechenden Fähigkeiten zuzutrauen. Nach meiner Ansicht haben diese hohen Beamten diesen Ministerien in den 20 oder 25 Jahren wirklich ordentlich ihren Dienst geleistet, und man dürfte sie nach meiner Meinung nicht wegen solcher Personen zurückstellen, die jetzt mit Sonderverträgen in die Ministerien genommen werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Sonderverträge, das ist nicht neu!*) Innerhalb der drei Jahre ist es natürlich alt geworden.

Damals hat es begonnen, und es wird jetzt immer wieder fortgesetzt. (*Ruf bei der SPÖ: Was wird fortgesetzt?*) Das Hineinschleusen von Gewerkschaftern und Bediensteten der Arbeiterkammern in die Ministerien beziehungsweise in die einzelnen Sektionen. Bitte, wenn Sie es noch einmal hören wollen, sage ich es Ihnen noch einmal. Beim Dienstpostenplan wird es Ihnen dann jemand genauer sagen. (*Abg. Dr. Schranz: Was war in der ÖVP-Zeit?*)

Herr Kollege Dr. Schranz! Während der ÖVP-Zeit wurden Pressereferenten für die Minister eingestellt. Aber in Ihrer Regierungszeit werden ja Bedienstete aus der Gewerkschaft und aus der Arbeiterkammer, die von den Sektionen keine Ahnung haben, in diese Sektionen als Beauftragte des Ministers hingestellt. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Euler hat eine Ahnung gehabt?*) Das Weitere kommt noch beim Dienstpostenplan, Herr Abgeordneter Dr. Fischer!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich nun zu meinem eigentlichen Thema, zur Kriegsoferversorgung, komme, möchte ich einen Spezialfall vorbringen.

Ich wurde von Schwerkriegsbeschädigten, die den Gebrauchsarm — das ist entweder der rechte oder der linke Arm, je nachdem, ob es sich um einen Rechtshänder oder einen Linkshänder handelt — sehr hoch oben oder an der Schulter amputiert haben, ersucht, Wege einzuleiten, die dazu führen, daß diese Kriegsbeschädigten vielleicht doch in den Genuß der Pflegezulage kommen.

Ich möchte hier § 18 des Kriegsoferversorgungsgesetzes zitieren, wo es heißt:

„Zur Beschädigtenrente wird eine Pflegezulage gewährt, wenn der Beschädigte infolge der Dienstbeschädigung so hilflos ist, daß er für lebenswichtige Verrichtungen der Hilfe einer anderen Person bedarf.“

Das wird wahrscheinlich — ich spreche hier aus Erfahrung als Beamter des zuständigen Amtes — nur für jene möglich sein, die nicht im Familienverband leben. Ich möchte bitten, das zu überprüfen. Vielleicht könnte man für solche alleinstehende Personen, die niemanden haben, diese Pflegezulage erwirken.

Hohes Haus! Diese Regierung hat versprochen, die Armut in Österreich zu bekämpfen. Ich glaube, daß viele der Kriegsofener zu den Ärmsten unserer Republik gehören.

Denkt man noch zurück, was es heißt, jahrelang im Krieg oder in der Gefangenschaft gewesen zu sein?

Ich frage:

Denkt man zurück, was es heißt, den Mann, den Vater, den Sohn oder mehrere Söhne im Krieg verloren zu haben?

Denkt man noch zurück, was es für verheiratete Frauen, die ihren Mann verloren haben, bedeutete, für ihre Kinder dann zu sorgen und sie zu ordentlichen Menschen zu erziehen?

Hohes Haus! Ich glaube, diese Personen zählen zu den Ärmsten. Hier könnten Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wahrnehmen, was Sie versprochen haben: den Kriegsofenern zu helfen!

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede vor diesem Hause erklärt, dieses Budget sei das finanzielle Spiegelbild großer und einschneidender Reformen.

Wir lehnen dieses Budget unter anderem deswegen ab, weil es ein Spiegelbild gebrochener Versprechungen, ein Beweis der Unredlichkeit sozialistischer Propaganda, ja das Signal für die Rezession der Glaubwürdigkeit

Linsbauer

dieser Inflationsregierung und der SPO-Fraktion ist. Am Beispiel der Budgetansätze für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz werde ich versuchen, dies zu beweisen. Ich würde der Regierungspartei einen Gefallen tun, wenn ich mich nun als Anheizer für die Inflation betätigen würde. Ich möchte nicht sagen, daß die Ansätze des Budgets mit einer Gesamthöhe von 2826 Millionen Schilling vielleicht als zu niedrig angesetzt sind. Ich werde das gewiß nicht tun. Die Ansätze werden aller Voraussicht nach ausreichen, die Kriegsoferrenten auf der bisherigen gesetzlichen Basis und zusätzlich jene Verbesserungen zu finanzieren, die im Jahre 1973 auf Grund der 17. Novelle zum Kriegsoferversorgungsgesetz wirksam werden.

Der Herr Vizekanzler und Sozialminister sprach davon, wie groß die Ausweitung in der Kriegsoferversorgung von 1971 auf 1973 ist. Ich werde Zahlen anführen, die dem Gesetz entsprechen:

Die Witwengrundrente wird mit 1. Jänner 1973 sage und schreibe um 18 S pro Monat erhöht.

Die Blindenzulage und Pflegezulage wird mit 1. Juli erhöht. Die Elternrente wird bei Elternteilrenten um 130 S und bei Elternpaarenten um 200 S erhöht.

Die Beschädigtenrente für Versehrte wird um 30 bis 80 Prozent, um 20 bis 80 S erhöht.

Ich könnte weiter so fortsetzen, möchte aber hier nur anführen, was alles diese Sozialistische Partei, als sie die Regierung übernahm, der österreichischen Bevölkerung und den Kriegsopfen versprochen hat.

Damals sagte Vizekanzler Dr. Pittermann, der Klubobmann war: Wenn die Sozialistische Partei vier Jahre regiert, dann wird das Forderungsprogramm der Organisation erfüllt sein.

Herr Abgeordneter Libal! Wenn Sie nachdenken und all das überblicken, werden Sie sehen, daß das, was jetzt geschehen ist, ein Netzwerk ist und daß noch vieles in der Kriegsoferversorgung offen bleibt. (Abg. Libal: Sie stehen vollkommen daneben!)

Ich kann mich nur darüber wundern — von den Abgeordneten Libal und Genossen wurde, als die Sozialistische Partei die Regierung übernahm, der Antrag gestellt, das Forderungsprogramm der Zentralorganisation zu erfüllen —, daß sich der Abgeordnete Libal als Spezialist für die Kriegsoferversorgung in seiner Partei nicht durchsetzen kann. (Abg. Libal: Geh! Geh! — Abg. Dr. Tull: Provozieren Sie ihn nicht, sonst redet er!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz auf die Witwenrenten zu sprechen kommen, die auf 60 Prozent zu erhöhen der Herr Sozialminister nicht bereit ist. Alle Ausreden, die er bisher gestartet hat, daß die 60 Prozent irgendwo drinnen wären, stimmen ja nicht. Denn eine Witwenrente würde 1047 S betragen, und in Wirklichkeit beträgt sie 505 S. Das heißt also, von dem, was Vizekanzler Klubobmann Pittermann versprochen hat, fehlen 105 Prozent.

Das zweite ist folgendes: Als der Herr Vizekanzler und Sozialminister die Witwen wegen Erhöhung der Witwenrenten überhaupt empfangen hat, wurde ihnen damals versprochen, daß dann, wenn diese Erhöhung nicht durchgeführt werden kann, wenigstens der Krankenversicherungsbeitrag zur Gänze vom Bund übernommen wird. Der Herr Sozialminister hat dieses Versprechen nicht eingelöst, sondern er hat den Witwen einen dreiprozentigen Krankenversicherungsbeitrag von der gesamten Rente auferlegt.

Ich könnte über die Kriegsoferversorgung noch vieles vorbringen, was die Sozialistische Partei versprochen und nicht gehalten hat. (Zustimmung bei der ÖVP.) Die Kriegsoferr, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, werden bestimmt nachzudenken haben, wie groß Ihre Versprechungen waren und wie klein eigentlich das ist, was Sie eingehalten haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Das müssen Sie ausführlicher begründen!)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kinzl.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Budgetdebatte zum Kapitel Soziales möchte ich über ein besonderes Problem sprechen, nämlich ein Problem der Landwirtschaft im Rahmen der Arbeitslosenversicherung.

Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Zahl der Landwirte, die gezwungen sind, einem außerlandwirtschaftlichen Neben- oder Zuerwerb nachzukommen, täglich größer wird. Diese Gruppen von Zu- und Nebenerwerbslandwirten sind als Arbeitnehmer meist in der Industrie beschäftigt und als Arbeitnehmer selbstverständlich sozialversichert. Sie bezahlen ebenso wie ihre Dienstgeber Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dadurch erfüllen diese Personen die Anspruchsvoraussetzungen für die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Kinzl

Wenn sie nun arbeitslos werden, dann sollen sie auch die Leistungen, für die sie eingezahlt haben, bekommen, und es darf ihnen das Arbeitslosengeld nicht verweigert werden.

Mit der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1971, die am 1. Jänner 1971 in Kraft getreten ist, sind wir diesem Ziel etwas nähergekommen. Aus der Neuformulierung des § 12 Abs. 3 lit. d ergibt sich, daß derjenige arbeitslos ist, der einen landwirtschaftlichen Betrieb nicht bewirtschaftet, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß er arbeitsfähig und arbeitswillig ist.

Wird ein landwirtschaftlicher Betrieb bewirtschaftet, dann ist Arbeitslosigkeit nur bis zu einem Einheitswert von 40.000 S gegeben. Ich darf daran erinnern, daß die Einheitswertgrenze von 40.000 S im Jahre 1970 als Kompromiß zustande kam. Schon damals hätte die Grenze höher gesetzt werden müssen, damit ein Wert erreicht wird, der dem alten Gesetzestext: „4 Hektar Ackerland mittlerer Bonität“, entspricht. Die Einheitswertgrenze hätte schon damals mit 50.000 S festgelegt werden müssen, weil Ackerland mittlerer Bonität damals einen Hektarsatz von 12.000 bis 13.000 S hatte.

Bei der Behandlung der Arbeitslosenversicherungsgesetznovelle im Jahre 1970 wurde vor allem im Hinblick auf die in § 12 Abs. 7 verankerten Teilversicherungsgrenzen die Einheitswertgrenze bei 40.000 S festgelegt.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß jede Grenze Ungerechtigkeiten mit sich bringen muß, und bin daher für die Streichung dieser Grenzen. Diese Ungerechtigkeiten kann man dadurch mildern, daß man von Zeit zu Zeit diese Grenzen den Gegebenheiten anpaßt.

Für diese 40.000 S-Einheitswertgrenze ergibt sich ein Anlaß zur Anpassung durch die Anhebung der Teilversicherungsgrenzen von 650 S auf 910 S durch die 29. ASVG-Novelle. Ich bin daher der Überzeugung, daß wir auch die 40.000 S-Einheitswertgrenze anheben müssen.

Wie gesagt, war ursprünglich die Grenze „4 Hektar Ackerland mittlerer Bonität“. Diese Grenze ist vor 1970 wiederholt als zu gering angesehen worden, und es wurde eine Verbesserung der Bestimmungen gefordert.

Ich kann Sie daran erinnern, daß es in einer Anfrage der Abgeordneten Robak, Pansi, Müller, Babanitz und Genossen an die Frau Bundesminister Rehor vom 20. Dezember 1968 geheißen hat:

Die unterzeichneten Abgeordneten verweisen auch darauf, daß der im § 12 Abs. 3 lit. d festgelegte Ausschluß der Arbeitslosigkeit keinesfalls mehr als zeitgemäß betrachtet werden kann, da 4 Hektar Ackerland mittlerer Bonität kein entsprechendes Einkommen mehr ermöglichen.

Ich bin ganz dieser Meinung! Ich glaube, wir könnten gemeinsam eine Lösung finden, die den heutigen Gegebenheiten halbwegs gerecht wird.

Ich habe in dieser Frage bereits persönlich mit dem Herrn Sozialminister gesprochen. Der Herr Minister hat Verständnis für diese meine Sorgen gezeigt und hat mir erklärt, wir sollen uns selbst darüber Gedanken machen, welche Lösung dabei am besten ist. Ich persönlich wäre gegen jede Grenze und daher für eine Streichung, weil es nach meiner Meinung ein Unrecht ist, daß jahrelang jemand Beiträge zahlt, daß der Betroffene aber im Fall der Arbeitslosigkeit keinen Anspruch hat.

Wir haben in den guten ebenen Gebieten Hektarsätze von 17.000 und 18.000 S, sodaß Betriebe mit 5 Hektar bereits Einheitswerte von 80.000 und 90.000 S haben. Die letzte Erhebung in Oberösterreich hat gezeigt, daß wir allein in Oberösterreich zirka 6000 landwirtschaftliche Betriebe mit einem Einheitswert von mehr als 40.000 S haben, deren Besitzer unselbstständig tätig sind. Es kann daher angenommen werden, daß in ganz Österreich rund 30.000 Betriebsinhaber vorhanden sind, die mehr als 40.000 S Einheitswert haben und daher Gefahr laufen, daß sie keine Arbeitslosenentschädigung bekommen, wenn sie arbeitslos werden.

Im nächsten Jahr wird hier im Haus das Arbeitslosenversicherungsgesetz neu behandelt. Bei dieser Gelegenheit könnten die derzeitigen Ungerechtigkeiten bereinigt werden.

Ich bringe nun folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kinzl, Anton Schlager, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dr. Kohlmaier, Deutschmann und Genossen betreffend eine Entschließung zur Arbeitslosenversicherung.

Durch die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1971, wurden die Bestimmungen des ALVG betreffend die Anspruchsvoraussetzungen und die Anrechnung von Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft neu gefaßt. In § 12 Abs. 3 lit. d ALVG wurde eine Einheitswertgrenze von 40.000 S festgesetzt, ebenso beim Karenzurlaubsgeld in § 25 a Abs. 3 Z. 4. In § 22

Kinzl

Abs. 1 ALVG und damit korrespondierend in § 6 Abs. 2 der 9. Durchführungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde eine Anrechnungsbestimmung verankert, wonach der 62. Teil des nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften festgestellten Einheitswertes als monatliches Einkommen gilt. Diese vier Bestimmungen stehen miteinander im Zusammenhang.

Bezugspunkt für die in den genannten Bestimmungen aufscheinenden Grenzwerte war die auch in § 12 Abs. 7 ALVG verankerte Grenze der Vollversicherung des § 5 Abs. 2 ASVG. Diese Grenze wird durch die 29. Novelle zum ASVG von 650 S auf 910 S pro Monat angehoben werden, das sind 40 Prozent.

Die Antragsteller sind daher der Ansicht, daß die zitierten Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes entsprechend der Novellierung der Vollversicherungsgrenze angehoben werden müßten, und stellen daher folgenden Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung:

Der Sozialminister wird aufgefordert, für die nächste Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz eine Korrektur der die Anrechnung des Einkommens aus Land- und Forstwirtschaft betreffenden Bestimmungen vorzubereiten, damit die Relationen zur Vollversicherungsgrenze im bisherigen Ausmaß gewahrt bleiben und ein Nachteil für Zu- und Nebenerwerbslandwirte vermieden wird.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, diesen Entschließungsantrag mit in Verhandlung zu nehmen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Kinzl und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe VII beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VII.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 15 und 16 in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Mit Mehrheit angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungen wird gemäß § 51 der Geschäftsordnung nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Beratungsgruppe XV**Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz****Kapitel 72: Bundesapotheken**

Präsident: Wir kommen nun zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XV.

Spezialberichterstatter ist die Frau Abgeordnete Hanna Hager. Ich ersuche um ihren Bericht.

Spezialberichterstatterin Hanna Hager: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Spezialbericht zu Beratungsgruppe XV, Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, Kapitel 72: Bundesapotheken.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XV zusammengefaßten Kapitel 17 (Gesundheit und Umweltschutz) und 72 (Bundesapotheken) des Bundesvoranschlags für das Jahr 1973 am 9. November 1972 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz“

Der Voranschlag für 1973 sieht bei diesem Kapitel Ausgaben von 889,331.000 S und Einnahmen von 59,795.000 S vor.

Wie schon im Spezialbericht zu Beratungsgruppe VII hinsichtlich Kapitel 15 dargelegt wurde, ist — bedingt durch die erst mit 1. Feber 1972 erfolgte Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz — eine echte Vergleichsbasis in bezug auf den Bundesvoranschlag 1972 nicht gegeben. Eine solche annähernde Vergleichsbasis ergibt jedoch die Summierung der im Bundesvoranschlagsentwurf 1973 auf den Seiten 50 bis 55 in der Spalte „Bundesvoranschlag 1972“ kursiv gedruckten Beträge. Diese Beträge entsprechen im wesentlichen — also ausgenommen Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ — den laut Bundesvoranschlag 1972 bei den Kapiteln 15 „Soziales“ und 60 „Land- und Forstwirtschaft“ vorgesehenen vergleichbaren einschlägigen Ausgaben und Einnahmen.

Demnach ergeben sich Mehrausgaben von rund 375 Millionen Schilling und Mehreinnahmen von rund 5 Millionen Schilling.

Ausgaben

Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 117,965.000 S oder 13,3 Pro-

Hanna Hager

zent und auf den Sachaufwand 771,366.000 S oder 86,7 Prozent.

Das Verhältnis zwischen den „Gesetzlichen Verpflichtungen“ (einschließlich Personalaufwand) und den „Ermessenskrediten“ beträgt 54,9 Prozent : 45,1 Prozent.

Personalaufwand

Der Mehraufwand von rund 41 Millionen Schilling beziehungsweise — bei Außerachtlassung des Personalaufwandes 1973 der Zentralstelle — von rund 14 Millionen Schilling ist auf generelle Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Sachaufwand

Der Mehraufwand beträgt 334 Millionen Schilling beziehungsweise — also wiederum bei Außerachtlassung des Aufwandes bei der Zentralstelle — rund 314 Millionen Schilling und betrifft im wesentlichen die Krankenanstalten-Investitionsförderung und den Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ ist, wie bereits erwähnt, ein echter Vergleich mit 1972 nicht möglich. Besondere Belastungen des Verwaltungsaufwandes stellen die im nächsten Jahr in Wien stattfindende Regionaltagung der WHO und die Tagung des Koordinationskomitees der Region Europa der Codex Alimentarius-Kommission der FAO/WHO mit voraussichtlichen Kosten von insgesamt rund 900.000 S dar. Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ betreffen in erster Linie den Beitrag zur WHO mit rund 11,4 Milliarden Schilling und einen Sonderbeitrag an die OECD zur Erlangung internationaler Meßergebnisse auf dem Gebiete des Umweltschutzes in Höhe von 800.000 S.

Bei Titel 172 „Gesundheitsvorsorge“ ist besonders die erstmalige Veranschlagung nennenswerter finanzieller Mittel zur Förderung von Investitionen in Krankenanstalten hervorzuheben. Weiters sind neben den Erfordernissen für die Fortführung und Erweiterung volksgesundheitlicher Aufklärungsmaßnahmen, Fortführung von Impfaktionen und dergleichen beträchtlich mehr Mittel als bisher für Maßnahmen auf dem Gebiete der Vorsorgemedizin vorgesehen.

Bei Titel 173 „Umweltschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen“ liegt der Schwerpunkt bei den Maßnahmen auf dem Gebiete der Umwelthygiene, und zwar wurden die hierfür erforderlichen Kredite gegenüber dem Voranschlag 1972 nahezu verdoppelt.

Bei Titel 174 „Übriger Zweckaufwand“ betrifft das Mehrerfordernis ausschließlich das Krankenanstaltengesetz, während der Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz rückläufig ist.

Bei Titel 179 „Dienststellen“ sind die Mehraufwendungen auf steigende Verwaltungs- und Betriebskosten, aber auch auf die erforderliche Ergänzung der apparativen Ausstattung der Untersuchungsanstalten zurückzuführen. Besonders zu erwähnen ist die vorgesehene Errichtung einer Zweigstelle Salzburg der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz.

Kapitel 72 „Bundesapotheken“

Der beträchtlich höhere Voranschlag ist, abgesehen von der Personalaufwands- und Umsatzentwicklung, durch die Weiterführung der Mariahilfer Apotheke im Eigenbetrieb ab April 1972 bedingt.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten Doktor Marga Hubinek, Sekanina, Dr. Scrinzi, Dr. Halder, Ing. Scheibengraf, Vetter, Steininger, Helga Wieser, Tonn, Ofenböck, Doktor Kerstnig, Linsbauer, Herta Winkler, Staudinger, Brandstätter und Anneliese Albrecht. Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid Leodolter nahm zu den während der Beratung aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 16. November 1972 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XV unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz, und dem Kapitel 72: Bundesapotheken, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 (460 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben das Gesundheits- und Umweltschutzministerium seinerzeit abgelehnt, und zwar deswegen abgelehnt, weil wir seiner Anlage nach der Auffassung waren, es sei mit den Vollmachten, die ihm im damaligen Kompetenzgesetz zugeteilt worden sind, nicht lebensfähig. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß diese

Dr. Scrinzi

Prognose, bei aller Problematik von Prognosen, leider richtig war. „Leider“ sage ich nicht mit der Schadenfreude eines oppositionellen Abgeordneten, sondern „leider“ sage ich im Hinblick auf die Wichtigkeit und die Bedeutung, die dieses Ministerium haben könnte.

Es ist wirklich schwierig, wenn man über dieses Ressort spricht, nicht eine Satire zu schreiben, denn nach 13 Monaten der Existenz dieses Ministeriums muß man von einem typischen Fall von Scheinschwangerschaft reden. Es ist bisher eigentlich nichts oder nichts Überzeugendes herausgekommen. Es ist ein Ministerium ohne Hand und Fuß. Eine trockene Aufzählung kann das sehr leicht unter Beweis stellen.

Dieses Ministerium hat es bislang nicht zuwege gebracht, auch nur eine einzige Regierungsvorlage zur parlamentarischen Behandlung ins Haus zu bringen. (*Abg. Regensburger: Das muß sie erst lernen!*) Vorläufig behandeln wir einen einzigen, sehr wichtigen Gegenstand, nämlich das Lebensmittelgesetz. Aber das, Frau Bundesminister, haben Sie ja aus dem Sozialministerium geerbt und übernommen.

Was Ihren Beitrag als Ressortminister zur Beratung dieses Gegenstandes anlangt — erlauben Sie mir, daß ich das hier sage —, so haben wir mit Bedauern feststellen müssen, daß Sie lange Zeit die Ausschußarbeit überhaupt durch Abwesenheit brüskiert haben und dann, als Sie sich in der letzten Sitzung endlich entschlossen hatten, zu erscheinen, beharrlich geschwiegen haben.

Sie haben im Verlaufe der letzten Monate wiederholt Initiativen angekündigt. Die Zahl hat gewechselt. Die letzte mir zur Verfügung stehende Nachricht lautet, daß 18 Materien in gesetzesreifer Form gewissermaßen ausgetragen seien und daß das Parlament demnächst mit Ihren Initiativen zu rechnen habe.

Wir warten mit großer Spannung darauf. Die Probleme sind bekannt. Lösungsmöglichkeiten sind in den verschiedensten Ländern bereits ausprobiert und demonstriert worden. Es wäre durchaus möglich gewesen, auf den wichtigsten Gebieten wenigstens im Nachziehverfahren anderen Ländern zu folgen, selbst wenn es bloß solche Regelungen gewesen wären, von denen der Herr Bundeskanzler vor kurzem gesagt hat, daß wir damit zu rechnen haben, daß eine Reihe von Gesetzen kommt, die wenig oder nichts kosten. Aber nichts tun, das kostet auf alle Fälle in Österreich Gesundheit und Wohlbefinden und kostet weiter die Erhaltung einer einigermaßen lebenswerten und gesundheitskonformen Umwelt.

Sie haben dann in der Zeit Ihrer Amtsausübung einen Gesundheitsplan zuerst in Form eines relativ nüchternen, schmucklosen Konzepts vorgelegt und haben nunmehr in einer sehr, sehr aufwendigen Form daraus eine interessante Propagandabroschüre für die Regierung und Ihr Ministerium konzipiert. Aber ich glaube, wenn man bisher so wenig Konkretes gemacht hat, dann ist es sehr schlecht zu vertreten, eine so aufwendige Propaganda zu entwickeln.

Mit dem Inhalt dieser Broschüre werde ich mich im einzelnen noch auseinandersetzen.

In der jüngsten Zeit haben Sie die Regierungsvorlage über das „Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen“ eingebracht. Das ist immerhin etwas, das in dieser Zeit in Ihrem Ministerium geboren wurde. Ich setze mich aber nicht im einzelnen damit auseinander, weil die Ausschußberatungen Mitte Jänner beginnen werden. Ob Sie mit dieser Vorlage den Nagel auf den Kopf getroffen haben, wage ich zu bezweifeln. Aber vielleicht gelingt es doch noch in gemeinsamem Bemühen, aus diesem Entwurf etwas Lebensfähiges und Brauchbares zu machen.

Frau Bundesminister! Nun zu Ihrem Gesundheitsplan. Ich möchte ihn als einen Katalog allgemeiner und vor allem schon lange bekannter Deklarationen bezeichnen. Das allein ist zu wenig, um dieses Werk als einen Gesundheitsplan zu bezeichnen. Hier handelt es sich wirklich nur um eine Aufzählung von Dingen, über die wir hier im Haus und andernorts schon seit vielen Jahren reden und wobei auch weitgehende Einigkeit über Umfang und Bedeutung der verschiedenen hier angeschnittenen Materien besteht.

Aber was uns in diesem Plan fehlt, sind Prioritätensetzungen, also das, was diese Regierung so gerne als die Schwerpunktbildung bezeichnet. Davon ist gar keine Rede! Hier handelt es sich im wesentlichen um sukzessive Aufzählungen. Nicht einmal der Ansatz zu einem Finanzierungsplan für diese zahlreichen und notwendigen Vorhaben ist gegeben. Das ist ja das Wesentliche, und es wäre die Aufgabe Ihres Ministeriums gewesen, hier mit konkreten Finanzierungsvorschlägen an die Öffentlichkeit beziehungsweise an den Gesetzgeber heranzutreten.

Es fehlt jede Terminisierung. Wir sind vorerst lediglich auf das angewiesen, was Sie plaudernd im Fernsehen oder vor der Presse dazu bekanntgegeben haben. Aber aus dem Plan selbst ist in keiner Weise abzulesen, was nun vordringlich, mit welcher konkreten Zielsetzung und auf welcher Finanzierungsgrundlage verwirklicht werden soll.

Dr. Scrinzi

Ich fürchte — vor allem, wenn ich das Budgetkapitel anschau —, daß Sie nicht nach Prioritäten der Dringlichkeit vorgehen werden, daß Sie nicht dort beginnen werden, wo der Sachzwang die rasche Verwirklichung von Maßnahmen erfordert, sondern dort, wo Sie im Sinne der Ausführungen Ihres Kabinettschefs eben mit wenig oder keinem Geld viel Staub und Wasser machen können.

In diesem Plan fehlt eine Reihe von konkreten Hinweisen, wie Sie, wenn ganz allgemein vom Krankenhausplan geredet wird, etwa vorgehen wollen. Daß wir koordinieren sollen, daß wir einen Krankenanstaltenplan brauchen, das alles sind uralte Ladenhüter. Darüber wird schon so lange geredet!

Wie soll der Krankenhausplan aussehen? Wie wollen Sie die Finanzmisere der Krankenanstalten beheben? Was wird der Bund tun — heute wurden von meinem Parteifreund Melter eindrucksvolle Zahlen angeführt —, um das ständig steigende Defizit der Krankenanstalten abzubauen? Was soll geschehen, um die 11.000 bis 12.000 leerstehenden Krankenhausbetten wieder in Betrieb und Dienst zu nehmen? Was geschieht ganz konkret auch auf dem Gebiete des immer größer werdenden Nachwuchsmangels beim Fachpersonal der Krankenpflege?

Gewiß, es ist damit zu rechnen, daß wir demnächst mit einer Vorlage hinsichtlich der Änderung des Krankenpflegefachdienstes konfrontiert sein werden. Dazu nur eine kritische Anmerkung. Wir sind aus der Praxis her — Frau Bundesminister, ich müßte Ihnen dazu gar nichts sagen, weil Sie als aktive Leiterin einer Abteilung mindestens ebenso viel Erfahrung haben wie ich — von dem Gedanken, das Alter der Schülerinnen herabzusetzen, keineswegs begeistert. Ich glaube, Sie werden mir zugeben müssen, daß da eine erhebliche Problematik drinnensteckt und daß die erfahrenen Lehrer an Krankenpflegeschulen, die Schulschwestern und die Oberschwestern doch auch gewichtige Bedenken angemeldet haben.

Sie haben nichts dazu gesagt, wie eines der Krebsübel, das für die Spitalsbettennot bei einem relativ sehr guten Spitalsbetten-schlüssel verantwortlich ist, nämlich der ungewöhnlich lange durchschnittliche Krankenhausaufenthalt in Österreich abgebaut werden kann. Das ist ein Zustand, der die Krankenkassen bekanntlich erheblich belastet und der die Erhalter der Krankenanstalten bei den geschilderten Belastungen unter Umständen mit 60, 70 und mehr Prozent der echten Betriebskosten gleichfalls erheblich belastet.

Nichts ist auch darüber gesagt, wie der zunehmenden Verteuerung beziehungsweise der

zunehmenden Belastung der Krankenversicherung, die leider noch immer nicht bei Ihnen ressortiert, aber auch der Spitäler, Einhalt geboten werden kann.

Die Rezepte, die der Herr Sozialminister vorgeschlagen hat nämlich Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie, haben wir schon kritisch beleuchtet und als untauglich befunden. Alles das, Frau Bundesminister, fehlt in Ihrem Plan.

In Ihrem Budget, das den fehlenden Kompetenzen entsprechend mehr als blutarm ist, ist heuer erstmals — das haben wir im Ausschuß anerkannt, und das soll auch hier anerkannt werden — ein Betrag von rund 250 Millionen Schilling für Investitionszuschüsse des Bundes an die Krankenanstalten eingesetzt. Wenn Sie aber den Arbeitsbehelf dazu lesen — und Sie haben ihn sicherlich gelesen —, dann werden Sie finden, daß auch hier wiederum über die Frage, nach welchen Gesichtspunkten, auf Grund welcher Koordination diese Mittel zweckmäßig eingesetzt werden sollen, um überflüssige Ausgaben und Parallelinvestitionen zu vermeiden, nichts Konkretes ausgesagt wird. Es fehlen die Maßstäbe, nach denen dieses Geld aktiviert werden soll. Das alles sind Dinge, die uns mit großer Sorge erfüllen.

Ich glaube, nach bald 13 Monaten wäre es eigentlich an der Zeit, daß die Gesundheitspolitik sehr viel konkreter wird, daß sie das Stadium der Absichtserklärungen überschreitet und in das Stadium konkreter gesetzgeberischer Maßnahmen eintritt.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen und kann mich kurz fassen, daß Sie auf dem so wichtigen Gebiet der vorbeugenden Gesundheitspolitik — was ja eine der wesentlichen Rechtfertigungen für dieses Ministerium unter anderem war — nackt und bloß dastehen. Denn die zur Verfügung gestellten Mittel reichen gerade dazu, die von Ihnen aktivierten Projekte zu finanzieren. Aber auch hier muß ich wiederholen: Ich will nicht die Projekte als solche kritisieren, sie sind ihrer Anlage nach durchaus diskussionswürdig. Aber ich meine, wir hätten hier konkrete Erfahrungen in Österreich wie im Ausland genug, um auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik über das Stadium des Versuches hinaus in konkrete Realisierungen zu treten.

Ich habe im Ausschuß darauf hingewiesen, daß eine ganz einfache Überslagsrechnung ergibt, daß die Kosten selbst für eine einfache einmalige Untersuchung, die sich auf ganz wenige Schwerpunkte beschränkt, gewaltig sind. Wenn wir die Altersgrenze für diese Untersuchungen relativ hoch ansetzen

Dr. Scrinzi

— höher, als etwa die medizinische Wissenschaft und die Ärzteschaft sie annehmen würden und möchten —, bedeutet das, daß die einfachste, einmalige, breit gestreute Untersuchung einen Kostenaufwand erfordert, der über der Milliardengrenze liegt. Was ist im Budget vorgesehen?

Dazu kommt noch, daß Sie zur Kenntnis nehmen müssen, das sich das Sozialministerium, das zwar formell eigentlich keine Kompetenzen hat und das diese nur indirekt über die Statuten der Krankenversicherungsträger für sich arrogiert — wobei ich das legitime Interesse der Krankenversicherungsträger an der Gesundheitsvorbeugung gar nicht bestreite, denn das ist sehr eng miteinander koordiniert —, immerhin die Mittel besorgt hat; allerdings auch, wie ich am vergangenen Samstag ausführen mußte, ohne zugleich einen konkreten Plan über ihren Einsatz vorzulegen, während Sie Projektstudien machen, von denen wir gar nicht wissen, ob dann das Sozialministerium und die Krankenversicherung bereit sind, deren Ergebnisse anzunehmen und anzuerkennen.

Wir wissen sehr genau, Frau Bundesminister, gerade auch Sie als Kollegin, wo die Schwerpunkte und wo der mögliche Erfolg einer Gesundheitsprophylaxe einzusetzen hätten. Gerade auf Ihrem engeren Fachgebiet sind es bestimmte Krankheiten, die, wenn es sich auch nicht um infektiöse handelt, aber ihrem Umfang nach als echte Volksseuchen bezeichnet werden müssen. Gerade im Bereich der inneren, vielleicht auch der chirurgischen Medizin, sind es vor allem die bösartigen Neubildungen, denen wir mit einer breit gestreuten vorbeugenden Untersuchung durch Früherkennung erfolgreich zu Leibe rücken könnten.

Ich sage noch einmal — ich wiederhole es, es kann gar nicht oft genug gesagt werden —, was dazu der Direktor des Österreichischen Krebsforschungsinstitutes Professor Wrba vor wenigen Tagen ausgesagt hat: 75 Prozent der bösartigen Neubildungen könnten bei Früherkennung geheilt werden.

Nun ist es eben die Frage — ich habe sie schon einmal gestellt —: Sollen wir versuchen, mit einem eher punktförmigen, gezielten Einsatz ein paar dieser besonders häufigen und besonders bedrohlichen Erkrankungen möglichst früh zu erfassen, unter Verzicht darauf, andere mitzuerfassen, oder sollen wir ein sehr breit gestreutes screening vornehmen, das im Hinblick auf den notwendigen Aufwand entweder umfangmäßig — das heißt, was die Betroffenen anlangt — beschränkt werden muß oder sonst erst am Sankt-Nimmerleins-Tag verwirklicht werden kann?

Wir haben nichts davon, wenn wir eine noch so ideale Gesundheitsfürsorge oder -vorsorge mit großartigen Fragebogen betreiben. Die Bundesrepublik hat in den letzten Tagen einen solchen Fragebogen, der EDV-mäßig verarbeitet werden kann, entwickelt. Er weist nicht weniger als 720 Einzelfragen an den Untersuchten auf.

Diese Entscheidung müßte getroffen werden. Ich persönlich rede der eingegangenen schwerpunktmäßigen Untersuchung das Wort, weil diese allein die Chance hat, in den nächsten Jahren breit gestreut verwirklicht werden zu können.

Auch das — ich sage es noch einmal — erfordert Mittel, die nur durch ein allgemeines Opfer der Bevölkerung, die ein Interesse haben müßte, gesund zu bleiben und länger und gesünder zu leben, aufgebracht werden können.

Wenn wir das Gesundheitsgewissen aktivieren wollen, so muß auch ganz klar gesagt werden: Mit dem Gewissen allein ist es nicht getan. Man muß dann auch bereit sein, Opfer zu bringen. Ich glaube, wenn wir einen vernünftigen Plan vorlegen, ist diese Bereitschaft auch vorhanden. Sie könnte jetzt auf Grund der gesamten wirtschaftlichen Situation vorhanden sein. Wenn sie gefährdet wird, dann allerdings ist es nicht zuletzt den Versäumnissen und Unterlassungen der Bundesregierung zuzuschreiben, die durch ihre Untätigkeit angesichts der Inflation den erreichten Wohlstand ernstlich gefährdet.

Nichts ist weiter enthalten, um zum Beispiel einer ganz besonderen Volksseuche wirksam zu begegnen, nämlich dem zunehmenden Alkoholismus. Ich weiß, Kalksburg ist eine hervorragende Institution, die eine ganz kleine Gruppe von Alkoholkranken im engen Sinne relativ erfolgreich zu behandeln vermag. Wir haben in verschiedenen Bundesländern Untersuchungsstellen, Ambulatorien für die nachfolgende Betreuung eingerichtet, aber der große Kampf gegen den Alkohol ist leider noch nicht in Angriff genommen. Es handelt sich um eine Volksseuche, die nicht nur riesige materielle, sondern auch ganz beträchtliche gesundheitliche Schäden bewirkt.

Weil ich im Augenblick keine österreichischen Zahlen zur Verfügung habe, darf ich ein paar bundesdeutsche verwenden. Sie sind bei uns unter den gleichen Voraussetzungen anwendbar. Nur auf einem Sektor gesehen: In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1971 128.000 Führerscheine wegen Trunkenheit am Steuer entzogen. Nicht weniger als 5000 — das ist mehr als ein Drittel — der bundesdeutschen Verkehrstoten und nicht weniger

Dr. Scrinzi

als 40.000 Verletzte sind auf alkoholisierte Verkehrsteilnehmer zurückzuführen. Hier, Frau Bundesminister, wäre ein sehr weites und großes Betätigungsfeld für Ihr Ministerium.

Enttäuscht haben Sie uns auch durch Ihre schwankende, unentschlossene und letzten Endes ablehnende Haltung in der Frage der Ausschaltung der Werbung für Nikotin in unseren Massenmedien. Ich glaube, für Sie hätten die Kriterien der Wettbewerbsproblematik nicht zu gelten gehabt. Sie hätten auf alle Fälle als der zuständige Gesundheitsminister darauf hinweisen müssen — Sie wissen, was Nikotin für den Kreislauf, für die Gefäße bedeutet —, was Nikotin letzten Endes auch im Hinblick auf bösartige Erkrankungen der Atmungsorgane verursacht. Zwanzigmal so groß ist die Belastung mit Lungenkarzinomen bei Rauchern gegenüber Nichtrauchern.

Hier, Frau Bundesminister, hätten Sie es ruhig dem Herrn Finanzminister überlassen können, die Einnahmen der Tabakregie zu verteidigen, und dem Herrn Handelsminister, die Probleme des Wettbewerbes der Tabakindustrie mit Importprodukten zu bewältigen.

Noch weniger zufriedenstellend als auf dem engeren Gebiete der Gesundheitspolitik ist die Situation auf dem Sektor des Umweltschutzes. Hier weist allein schon die Tatsache, daß ganze vier Prozent Ihres Budgets für den Umweltschutz vorgesehen sind, auf die triste Ausgangssituation hin. Sie ist natürlich — das gebe ich zu — im Grunde bedingt durch die unzureichende Kompetenzregelung. Die Bundesregierung hat in der Zwischenzeit endlich das schon lange versprochene Gesetz — das „große Kompetenzgesetz“ nennt es sich — dem Hause vorgelegt, und ich habe es mir in bezug auf die neuen Kompetenzen Ihres Ministeriums angesehen.

Frau Bundesminister! Ich weiß nicht, ob Sie mit dem, was hier von der Regierung geplant ist, einverstanden sind, ob Sie damit zufrieden sind. Denn es steht vor allem auf dem Gebiete des Umweltschutzes fest, daß Sie neuerlich nur Koordinierungsaufgaben in der Umweltschutzpolitik zu erfüllen haben. Waren Sie bisher Subkoordinator des Herrn Bundeskanzlers, so sind Sie jetzt allerdings zum Koordinator aufgerückt. Aber wie die Realität zeigt, ist das ein Titel ohne Mittel, ohne Effizienz.

Auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik — das erwähne ich hier nur im Zusammenhang mit dieser Regierungsvorlage — fehlen nach wie vor die entscheidenden Kompetenzen. Gerade die Zweigleisigkeit in der Gesundheitspolitik ist mir erneut ein Beweis dafür, daß

das Krankenversicherungswesen natürlich in das Gesundheitsministerium gehört.

Es wäre müßig zu sagen, Umweltschutz ist vordringlich, ist nötiger denn je. Durch Zufall ist mir vor wenigen Tagen eine wissenschaftliche, historisch-medizinische Arbeit in die Hände geraten, die ausweist, daß schon die griechische, die römische und dann vor allem die arabische Medizin sich — sehr modern, möchte ich fast sagen — mit Fragen des Umweltschutzes und der Gesundheitsprophylaxe beschäftigt hat.

Nur, glaube ich, im Gegensatz zu der Zeit von damals, ist jetzt wirklich keine Zeit mehr zu verlieren. Das möchte ich aber nicht breiter auswälzen, weil das viele Reden über diese Thematik eher zu einer Abstumpfung geführt und etwas erzeugt hat, was ganz zu Unrecht lässig mit dem Begriff der „Umwelthysterie“ abgetan wird.

Jeder, der auf diesem Gebiete ein wenig sachkundig ist, weiß, daß hier von Hysterie gar keine Rede sein kann, sondern daß es tatsächlich 5 Minuten vor 12 ist.

Ich habe vielleicht noch Verständnis dafür, daß es Ihnen infolge mangelnder Kompetenzen nicht gelungen ist, ausreichende Mittel zu erhalten, um hier aktiv werden zu können. Aber ich habe kein Verständnis dafür, daß, nachdem wir vor Bestehen Ihres Ministeriums wiederholt — auch im Hause — die Frage der Finanzierung der Umweltschutzpolitik diskutiert haben, von Ihrem Ministerium kein Finanzierungsplan bisher ausgearbeitet und vorgelegt wurde.

Auch dazu ist es höchste Zeit, und es genügt nicht, daß das zu Wahlzeiten ein Thema wird, um alte klassenkämpferische Töne anzuschlagen und das Verursachungsprinzip — das wir anerkennen — sehr einseitig auszulegen. Damit tut man der Umweltschutzpolitik keinen guten Dienst.

Was haben Sie auf dem Gebiete des Umweltschutzes weiter gemacht? Sie haben einen Umweltschutzkatalog vorgelegt, vorwiegend aus Anlaß der Stockholmer Konferenz. Was ist in ihm enthalten? Eine Inventur. Ich bestreite nicht, daß sie notwendig war. Im Gegenteil! Wir haben sie gefordert, und wir haben mit einem Entschließungsantrag vom März des vergangenen Jahres vor allem den Herrn Bundeskanzler um eine Inventur der Kompetenzen ersucht.

Nach einem Dreivierteljahr ist vor kurzer Zeit endlich ein Zwischenbericht vorgelegt worden. Ein Beweis, wie schwierig, wie verworren und kompliziert die Lage auf diesem Gebiet ist, aber umsomehr ein Grund, anzu-

Dr. Scrinzi

treiben, zu eilen und wenigstens die Vorfragen einer aktiven Umweltschutzpolitik zu klären, nämlich die Kompetenzentwerrung, die allfällig dann notwendig werdende Kompetenzumschichtung vornehmen zu können.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle müssen uns darüber im klaren sein, daß es nicht dabei bleiben kann, festzustellen: Diese Kompetenz liegt bei der Gemeinde oder beim Bund oder bei den Ländern oder bei beiden oder allen dreien zugleich, wie es auf manchen Gebieten ist!, sondern hier wird es zu einem Umdenken, zu einem rechtspolitischen Umdenken kommen müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang eine sehr verdienstvolle Arbeit anführen. Es ist die von Herrn Dozenten Dr. Norbert Wimmer „Strategie für ein umweltfreundliches Recht in Österreich“. Ich habe sie sehr aufmerksam durchgelesen und möchte nur aus dem Schlußkapitel, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten, ein paar Zeilen zitieren. Mir scheint nämlich in diesem Zitat ein wesentliches Erfordernis richtig angerissen.

Der Verfasser schreibt hier: „Die Analyse der staatlichen Umweltschutzsituation in Österreich sollte zeigen, daß das Recht auch in diesem Bereich ein wesentliches gesellschaftspolitisches Ordnungsinstrument darstellt. Es wird diese Rolle allerdings nur dann weiterbehalten, wenn es sich als offenes Entscheidungssystem bei der Lösung der anstehenden sozialen Probleme auch in Zukunft wirkungsvoll bewährt. Schon heute scheint allerdings sicher, daß sich die Dynamik und Komplexität des staatlichen Umweltschutzes kaum mehr allein auf die herkömmlichen Formen der materiellen Ordnungsverwaltung zurückführen lassen.“

Das scheint mir eine sehr wesentliche Aussage zu sein. Ich hoffe — ich bin davon überzeugt —, daß auch Ihr Ministerium diese Arbeit mit Aufmerksamkeit gelesen hat, weil ich glaube, daß damit ein großer Auftrag an den Gesetzgeber ergangen ist. Ein Auftrag, dem wir uns mit großem Ernst und großer Verantwortungsbereitschaft unterziehen müssen. Hier ist rechtspolitisches Neuland zu erschließen, und wir sollten unverzüglich darangehen. Frau Bundesminister, Sie sollten hier weit voraneilen! Bisher allerdings — wie ich noch einmal sagen muß — ist von dieser Eile nicht viel zu merken.

Was ist aus dem interministeriellen Komitee geworden? Wir haben darauf hingewiesen, daß es einmal zusammengetreten ist, offensichtlich diesen Katalog erarbeitet hat, dann aber scheint nichts mehr geschehen zu sein. Nichts ist auf diesem Gebiet auf alle Fälle zuwenig.

Frau Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn dieses Ministerium seinen Existenznachweis überzeugend führen will, dann ist es allerhöchste Zeit, daß das Haus mit einer Reihe von konkreten Maßnahmen konfrontiert wird, damit es sich überzeugen kann, daß nicht nur kompiliert wird, daß nicht nur sehr photogene Kataloge entworfen werden, sondern daß Dinge konkret in Angriff genommen werden.

Was hindert Sie, das Problem der Luftreinhaltung, das Problem des Wasserschutzes und ähnliches mehr anzugehen? Da sind wirklich Materien, die ohne wesentlichen zusätzlichen budgetären Aufwand gelöst werden können.

Um Ihnen, Frau Bundesminister, Gelegenheit zu geben, Ihre Aktivität unter Beweis zu stellen, wird meine Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, den ich hier verlesen darf.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat jährlich einen Bericht über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes vorzulegen.

Dieser Bericht, der unter der Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz von allen mit diesen Fragen befaßten Ministerien zu erstellen ist, soll alle Aspekte des Umweltschutzes in Österreich umfassen und dem Nationalrat einen Überblick über den aktuellen Stand der in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen vermitteln. Hierbei sollen auch Maßnahmen, die von den Ländern, Gemeinden und von privater Seite unternommen werden, Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus sollen auch die jeweiligen Pläne und Bedürfnisse für die Zukunft dargelegt werden.

Frau Bundesminister! Ich weiß, jede Regierung und jede Regierungspartei empfindet im allgemeinen derartige Entschließungsanträge, die Arbeitsappelle beinhalten, als Angriffe oder als Ausdruck der Kritik der Opposition. Das soll er aber nicht sein.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die sozialistische Fraktion gegenüber dem Ausschuß eine Haltungsänderung einnehmen würde. Meine Herren Sozialisten! Was hindert Sie, dem Beispiel der Bundeshauptstadt Wien zu folgen, wo Ihre Fraktion erstaunlich vorgeprellt ist, sich erstaunlich zukunftsorientiert erweist und einen solchen Entschließungsantrag gestellt und dann — wie ich glaube, gelesen zu haben — mit den anderen Fraktionen einstimmig beschlossen hat?

Dr. Scrinzi

Meine Damen und Herren! Was wollen wir im Grunde? Wir beklagen uns alle miteinander — und ich glaube, die gesamte österreichische Öffentlichkeit — über diese ermüdende Monsterdebatte zum Budget. Was ist das Resultat? Daß in dieser an sich notwendigen Debatte bei der Fülle der Probleme, die angerissen werden, bei der notwendigen kritischen Auseinandersetzung, in der es vielfach um Zahlen geht, die für den Bürger draußen uninteressant sind, die großen Probleme untergehen, das Interesse nicht nur im Haus — wie man sieht —, sondern auch in der Öffentlichkeit erlahmen muß.

Solche Anträge und Berichte würden uns in die Lage versetzen, die Debatte aufzulockern, zu straffen, zu konzentrieren, wichtige gesamtpolitische Probleme herauszunehmen und sie im Laufe des Jahres wirkungsvoller, mit mehr Interesse in der Öffentlichkeit, mit mehr zeitlicher Ökonomie behandeln zu können.

Ich glaube, aus diesen Überlegungen sollten Sie sich aufraffen, diesem Entschließungsantrag beizutreten, trotzdem wir die Ansätze dieses Budgetkapitels leider wegen der vor mir aufgezeigten Mängel insgesamt ablehnen müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Der vom Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag steht mit in Behandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina.

Abgeordneter **Sekanina** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vorerst feststellen, daß Stille im Hohen Hause eingeleitet ist. Vielleicht dürfte es daran liegen, daß, wie mein Vorredner schon ausgesprochen hat, die Länge der bisherigen Diskussion und Auseinandersetzung sich doch auch einigermaßen abzuzeichnen beginnt.

Wenn wir uns heute erstmalig in diesem Parlament mit den Fragen der Gesundheitspolitik auseinandersetzen und wenn wir erstmalig im Rahmen einer Budgetdebatte zu den Fragen des Umweltschutzes Stellung nehmen, dann möchte ich am Beginn meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, eine Auffassung kundtun, die ich schon im Ausschuß kundgetan habe und von der ich persönlich überzeugt bin, daß sie bei der Behandlung dieses Kapitels durchaus die Berechtigung besitzt.

Ich glaube, daß es richtig ist, daß die Fragen der Gesundheitspolitik und die Fragen des Umweltschutzes kein Thema einer parteipolitischen Auseinandersetzung sein sollen. Ich meine, daß diese österreichische Bevölkerung ein eminentes Interesse daran hat zu

erfahren, welche Absichten diese Bundesregierung gerade in diesem Bereiche hat. Wie werden diese Absichten, die von dieser Bundesregierung ausgesprochen werden, im Laufe der Zeit realisiert?

Der Herr Kollege Dr. Scrinzi hat in seiner Bemerkung als Kollege — wenn ich das so formulieren darf — zur Kollegin gesprochen, und hat unter anderem auch einleitend als Arzt bemerkt, dieses Ministerium sei eine Scheinschwangerschaft. Er hat unter anderem die Formulierung gebraucht: ein Ministerium ohne Hände und Füße.

Ich möchte mich jetzt durchaus zurückhalten, aber ich könnte mir vorstellen, Frau Abgeordnete Dr. Hubinek, daß so ähnliche Vorstellungen vielleicht auch bei Ihrer folgenden Rede kommen könnten. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Können Sie Gedanken lesen? Sie sind mir unheimlich!)*

Es braucht Ihnen nicht unheimlich vorkommen, verehrte Frau Dr. Hubinek, aber ich kenne Ihre Bemerkungen aus dem Ausschuß. Warum sollen also die Diskussionen von damals heute anders ablaufen? Aber ich wollte Sie wirklich nicht persönlich attackieren. Ich habe das nur prophylaktisch festgestellt und ich glaube also festhalten zu dürfen *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie werden es bald hören!)*, meine Damen und Herren, daß derartige Formulierungen, wie sie Herr Kollege Dr. Scrinzi vorgetragen hat, durchaus nicht zutreffen.

Mit Recht könnte er jetzt sagen, der Sekanina kann darüber von fachlicher Warte aus nicht reden, er ist kein Arzt, er ist kein Mediziner, er hat mit den Dingen beruflich und täglich nicht so viel zu tun. Ich wage das zu bestreiten, weil ich als Funktionär eines Sozialversicherungsträgers, der selbst ein Krankenhaus zu verwalten hat, aus unmittelbarem täglichen Erleben weiß, welche Probleme gerade hier in diesem Bereiche auftreten und wie schwierig es ist, gerade im jetzigen Zeitpunkt diese auftretenden Probleme einer Lösung zuzuführen.

Herr Kollege Dr. Scrinzi! Sie waren eine Zeitlang in Ihren Ausführungen betont Oppositionspolitiker; das war der erste Teil, da spürte man die Absicht: Jetzt muß ich es der Dr. Leodolter einigermaßen zeigen!

Da gibt es so Ressorts, die ja speziell seitens der Oppositionspolitiker behandelt werden. *(Abg. Dr. Scrinzi: Ich war speziell nobel!)* Ich denke etwa an das Landesverteidigungsministerium. So hat der Abgeordnete Doktor Schwimmer den Sozialminister ganz heftig attackiert, und ich hatte fast schon befürchtet,

Sekanina

daß Sie, Herr Kollege Dr. Scrinzi, bei Ihrem Debattenbeitrag heute Derartiges fortsetzen werden.

Sie kamen dann in den weiteren Teilen Ihrer Ausführungen doch wieder auf das Maß zurück und haben sich, wie ich feststellen konnte, doch noch sehr maßvoll mit diesen eminent bedeutungsvollen Problemen auseinandergesetzt. Ich bestreite das nicht, im Gegenteil, ich behaupte also: vor allem auf Grund Ihrer persönlichen Erfahrung, die Sie ohne Zweifel als Arzt haben.

Sie, Herr Dr. Scrinzi, haben zuerst bemerkt — und das ist das entscheidende dabei —, daß dieser Gesundheitsplan, der vom Bundesministerium der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, der also als Gesundheits- und Umweltschutzplan des Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz deklariert ist, vorwiegend schmucklos, nicht sehr registrierbar, hektographiert sei, und dann kam es heraus: von Ihrer Warte aus beurteilt liegt hier ein Gesundheits- und Umweltschutzplan photogen aufgemacht vor. Ich darf feststellen: Es ist nicht unsere Schuld, daß die Frau Bundesminister photogen ist; das ist nur ein Vorteil für sie und kein Nachteil! (Beifall bei der SPÖ.)

Des weiteren haben Sie bemerkt, Herr Dr. Scrinzi — ich glaube, daß es zweckmäßig und notwendig ist, in der parlamentarischen Auseinandersetzung gerade auf das einzugehen, was die einzelnen Diskussionsredner hier an Ausführungen zu bieten haben —, und wörtlich gemeint: Diese Propagandaschrift ist nicht bedeutsam. Diese Propagandaschrift hätte man sich ersparen können.

Sie haben gemeint, Herr Kollege Dr. Scrinzi, es wäre sinnvoll und zweckmäßiger, dieses Bundesministerium, vor allem die Frau Bundesminister Dr. Leodolter, würden konkrete Maßnahmen setzen. Sie sollten mehr Aktivitäten und Initiativen ergreifen. Hier sei eindeutig Aktivität und Initiative bis dato durchaus nicht vorhanden gewesen.

Ich glaube, daß gerade Sie als Fachmann mit mir einer Meinung sein könnten, Herr Dr. Scrinzi, daß die Bewältigung dieser Probleme, die im Bereich der Gesundheitspolitik und im Bereich des Umweltschutzes auftreten, keineswegs in so kurzfristigen Zeiträumen, wie es sie bisher an Arbeitszeiten in diesem Ministerium seit seinem Bestand gegeben hat, möglich ist.

Ich darf aber wohl mit Berechtigung sagen und nicht weil wir hier Propaganda machen wollen, daß schon die Erstellung dieses Gesundheits- und Umweltschutzplanes, der der

Bevölkerung deutlich aufzeigen soll, mit welchen Problemen und in welcher Größenordnung man es hier zu tun hat, und die damit zusammenhängenden Aktivitäten und Initiativen des Ressorts und der Frau Bundesminister eine besonders anerkennenswerte Arbeit im Interesse dieser österreichischen Bevölkerung darstellen! (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben gemeint, um auf ein anderes Argument Ihrerseits, Herr Primarius Doktor Scrinzi, einzugehen, das seien alte Ladenhüter, die man hier in diesem Plan vorfindet, und Sie haben unter anderem speziell auf den Krankenhausplan und ähnliches, das hier erwähnt wird, verwiesen. (Abg. Dr. Scrinzi: Siehe den Krankenhausplan des Landeshauptverbandes!) Ich möchte meinen, daß es sich ohne Zweifel hier um eines der vordringlichsten Probleme handelt, daß es hier bereits Zeitabläufe von fünf Jahren, wenn ich auf den Krankenhausplan des Landeshauptverbandes verweisen darf, gegeben hat, daß aber hier keineswegs ein einzelnes Ministerium allein die Möglichkeiten besitzt, diese Frage zu bewältigen, sondern daß es hier eine Reihe von Körperschaften und zuständigen Stellen in diesem Lande gibt, die ebenfalls ein hohes Maß an Bereitwilligkeit zur Lösung dieser Problematik beweisen und praktizieren müssen.

Ich darf sagen: Jeder, der diesen Gesundheitsplan eingehendst und konkret studiert hat, wird feststellen können, daß seitens des zuständigen Ressorts gerade in dieser Frage im Zusammenhang mit den in den Krankenanstalten auftretenden wirtschaftlichen Problemen und im Zusammenhang mit den Rationalisierungsnotwendigkeiten vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eine sehr umfangreiche Aktivität und Initiative erzeugt wurde.

Darf ich mich aber, meine Damen und Herren, bei der Aussprache zu diesem Kapitel mit einem konkreten Problem beschäftigen, von dem ich meine, daß es für die weitere Tätigkeit gerade im Bereich dieses Ressorts von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Es wurden in den letzten Wochen und Monaten gerade im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Gesundheitsministeriums sehr häufig Attacken geritten und es wurden vor allem auch sehr heftige Angriffe gegen die Frau Bundesminister Leodolter gerichtet. Ich glaube, daß es keineswegs der österreichischen Bevölkerung dienlich ist, wenn man etwa in ausländischen Zeitungen oder Magazinen Abhandlungen über die Frau Bundesminister für Umweltschutz findet, die als alles andere denn als eine objektive und seriöse Berichterstat-

Sekanina

tung bezeichnet werden können. Ich glaube, daß es doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden muß, daß hier Kräfte am Werke sind — und diese müssen ja nicht unbedingt im Ausland sitzen, sondern sie können durchaus auch in Österreich beheimatet sein —, denen es keineswegs um die gesundheitspolitischen Notwendigkeiten der österreichischen Bevölkerung geht, sondern die hier ausschließlich politische Attacken reiten und persönliche Angriffe produzieren, um die Einzelperson in der Öffentlichkeit möglichst herabzusetzen und zu diskriminieren.

Wir sollten uns mit aller Deutlichkeit von solchen Vorgangsweisen distanzieren, weil sie auch in der parlamentarischen Auseinandersetzung keinen Platz haben sollen. Hier soll der Wettstreit der Auffassungen, der Programme und Konzepte Gültigkeit haben, und wir waren und sind gerade in diesem Bereiche sehr bemüht, eine derartige Vorgangsweise zu praktizieren.

Wenn ich gemeint habe, daß ich mich vor allem mit einem speziellen Problem beschäftigen möchte, dann ist es die Frage der Gesundheitserziehung. Ich glaube, daß es außerordentlich wichtig und notwendig ist, daß die Bevölkerung mit dieser Frage konfrontiert wird. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben auch in diesem Gesundheits- und Umweltschutzplan des Bundesministeriums, und die Frau Bundesminister hat in ihren Bemerkungen und Aussagen des öfteren und mit Nachdruck darauf verwiesen: es muß möglich sein, daß in Österreich die Frage der Gesundheitserziehung eine primäre Angelegenheit weitester Bevölkerungskreise wird.

Ich sehe bei der Bewältigung dieses Problems auch eine sehr lobenswerte Tätigkeit für die österreichischen Massenmedien.

Ich kann mir vorstellen, daß es sehr sinnvoll und zweckmäßig wäre, wenn man schon im schulischen Bereich mit dieser Gesundheitserziehung beginnt, wenn man schon der heranwachsenden Jugend sehr deutlich und mit Nachdruck klarmacht, wie zweckmäßig und notwendig es für ihr weiteres Leben ist, sich mit diesen Problemen zu beschäftigen. Wir schaffen aber damit auch ein Gefühl und eine Beziehung zu den Problemen der Gesundheitspolitik, von dem ich behaupten möchte, daß es heute in Österreich noch nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es zweckmäßig und notwendig wäre. Daher kann ich mir vorstellen, daß dies eines unserer Hauptanliegen ist.

Wenn mein Vorredner gemeint hat, das Bundesministerium soll konkrete Fakten setzen, es soll deutlich sagen, welche Rang-

ordnung seitens des Bundesministeriums praktiziert wird, welche Fragen vorrangig sind, in welcher Reihenfolge diese Probleme bewältigt werden sollen, so sehen Sie, meine Damen und Herren, daraus schon, daß die Gesundheitspolitik nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus beurteilt werden kann.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung, weil sie mir gerade einfällt. Es ist einigermaßen still geworden in der letzten Zeit um diese Person. Aber der Herr Primarius Dr. Wiesinger — ich möchte ihn hier nicht persönlich angreifen, weil er keine Gelegenheit hat, hieher zu kommen, um sich zu verteidigen — hat ja ganze Bände verfaßt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Er ist mir durchaus bekannt, und ich habe nur erklärt, daß er sich hier nicht wehren kann. Aber vielleicht redet er nachher mit mir über diese Probleme.

Aber ich habe festgestellt, daß er im Laufe der Monate und daß er im Laufe der Zeit, seit es ein Gesundheitsministerium gibt, eine große Zahl von Projekten rhetorisch produziert hat, daß er sehr heftige Attacken gegen das Bundesministerium selbst, vor allem auch gegen die Person der Frau Bundesminister, inszeniert hat, aber ich muß sagen, an sich ist er uns schuldig geblieben — er ist ja der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises der Österreichischen Volkspartei —, konkret zu sagen, in welcher Form und mit welchem finanziellen Aufwand diese Fragen, wie er sie vorgelegt hat, bewältigt werden können.

Das zuständige Bundesministerium kann hier nicht nur Konzepte entwickeln, Pläne aufstellen, sondern die konkreten Aussagen, die getätigt werden, müssen im Laufe der Zeit auch realisiert werden. Die bisherige Arbeit dieses Bundesministeriums kann durchaus die Gewähr bieten, daß auch die vorweg festgelegten Absichten in bestimmten Zeitabschnitten realisiert und im Interesse der österreichischen Bevölkerung verwirklicht werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf also zu dem Kapitel Gesundheitserziehung noch einmal bemerken, daß wir die diesbezüglichen Initiativen des Ministeriums begrüßen. Ich möchte aber noch einmal betonen und festhalten, daß ich sehr darum ersuche, daß sich auch die Massenmedien, die Redaktionen, daß sich das Österreichische Fernsehen und der Österreichische Rundfunk, daß sich aber auch das Unterrichtsministerium und der gesamte schulische Bereich gerade dieser Frage, die so bedeutungsvoll und so konkret von der Frau Bundesminister immer wieder angesprochen wird, annehmen, damit schon die heranwachsende Generation mit den Fragen der Gesundheitspolitik konfron-

Sekanina

tiert wird und damit im Laufe der Zeit in der gesamten Bevölkerung eine andere, wie mir eben notwendig erscheint, positivere Einstellung zu dieser Frage Platz greift.

Weil hier gesagt wurde, es gebe keine Schwerpunkte, es werden nur Allgemeinplätze produziert, weil hier behauptet wurde, dieses Ministerium kenne keine Rangordnung, möchte ich zu einem zweiten Kapitel, zu einer zweiten Frage kurz Stellung beziehen, die mir ebenfalls vom Standpunkt der Gesundheitspolitik aus beurteilt, aber auch vom Standpunkt der österreichischen Bevölkerung außerordentlich wichtig und zweckmäßig erscheint. Das ist die Frage der Gesundenuntersuchung, das ist die Frage der Früherkennung von Krankheiten.

Hier, meine Damen und Herren, haben Sie den praktischen Beweis einer im Interesse der Bevölkerung gelegenen Aktivität des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz. Aber ich muß sagen: Alle jene, die meinen, daß die Bewältigung dieser Aufgabe kurzfristig, in wenigen Tagen oder in wenigen Wochen, erledigt werden könne, alle jene, die meinen, daß dieses Problem nur ausgesprochen zu werden braucht und sich dann von selbst vielleicht mit einer etwas stärkeren, wie man meint, Initiative und Aktivität des Ministeriums und der Frau Bundesminister löst, sagen bewußt der Bevölkerung etwas Falsches.

Ebenso ist die Argumentation, man sollte eine Einrichtung, die in einem Bundesland besteht, einfach übernehmen, ohne daß man sich darüber den Kopf zerbricht, ob das auch in andere Bundesländer in dieser Form paßt, abwegig, und den Umstand, daß man das nicht tut, sondern daß das Bundesministerium, die Frau Bundesminister und ihre Mitarbeiter ein eigenes Konzept ausarbeiten, zum Mittelpunkt der Kritik zu machen, heißt nach meinem Dafürhalten neuerlich, der Bevölkerung etwas Falsches zu sagen.

Das Bundesministerium hat in der kurzen Zeit, in dem es eigenständig seine Tätigkeit ausüben kann, hier eine Projektstudie in die Wege geleitet. In zwei Bundesländern laufen bereits diese Untersuchungen. Selbstverständlich braucht man die Erfahrungswerte dieser Untersuchungen, um dann in relativ kurzer Zeit für die gesamte österreichische Bevölkerung eine derartige Einrichtung zu installieren und wirksam werden zu lassen.

Es ist nicht unangebrachte Lobhudelei und es ist keineswegs Propaganda, die ich von dieser Warte aus betreibe, wenn ich sage: Es war erstmalig und es ist eine lobenswerte Aktivität und Initiative dieses Bundesmini-

steriums und seines Ressortchefs, daß man gerade in der Frage der Früherkennung von Krankheiten und der Gesundenuntersuchung eine derartige Aktivität entwickelt! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hahn: Das haben wir schon vorher gehabt, unter Stadtrat Glück! Aber das ist ja nichts Neues!)*

Ich weiß, Herr Kollege Hahn, daß Sie gerne dazu neigen, wenn es schon nicht anders geht, Zwischenrufe zu machen. Der Unterschied im Augenblick zwischen Ihnen und mir ist, daß ich das möglichst höflich vortrage, was ich hier zu sagen habe. *(Abg. Hahn: Gibt es so etwas in Wien? Hat es Wien eingeführt oder nicht? — Weitere Zwischenrufe.)*

Herr Kollege Hahn! Ich darf Ihnen antworten, ob es Ihnen angenehm ist oder nicht, ob es in Ihre politische Vorstellungswelt paßt oder nicht: Hier ist im Zusammenhang mit der Früherkennung von Krankheiten und im Zusammenhang mit der Gesundenuntersuchung der Bevölkerung eine Initiative ergriffen worden für den gesamten Bereich des Bundesgebietes, und diese Initiative haben nicht Sie, hat nicht der Herr Stadtrat Glück, sondern als zuständige Ressortministerin, die Frau Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter ergriffen! *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich sage das nicht noch einmal, weil ich glaube, daß das eindeutig und klar ist! *(Zwischenrufe.)*

Darf ich, meine Damen und Herren, zum Problem Gesundenuntersuchung des weiteren sagen: Hier wird es notwendig sein, eine Klarstellung gerade bei der Behandlung dieses Kapitels zu treffen, die vielleicht schon von anderen Rednern im Zusammenhang mit der Behandlung anderer Gesetze und Vorlagen ausgesprochen wurde. Aber ich möchte das jetzt gerade als Funktionär der Sozialversicherung tun.

Schon im Zusammenhang mit der 29. Novelle zum ASVG und in wochenlangen und monatelangen Diskussionen, die es in der Öffentlichkeit gegeben hat, hat man immer wieder die Meinung gehört, von mancher Seite aus besonders betont und forciert, daß seitens der Versicherungsträger, vor allem der Krankenversicherungsträger, die Absicht bestehe und daß vor allem die Sozialversicherung großes Interesse daran hätte, die frei praktizierende Ärzteschaft bei derartigen Maßnahmen und Aktivitäten auszuschließen.

Ich möchte hier deutlich sagen — und auch das ist ein Verdienst dieses Ministeriums, Herr Generalsekretär Dr. Mussil —, daß es von Anfang an keinen Zweifel darüber gegeben hat, daß diese Gesundenuntersuchung, die so bedeutungsvoll für die Bevölkerung ist, im Verein mit den frei praktizierenden

Sekanina

Ärzten durchgeführt werden soll, aber ebenso auch unter Einschließung der Ambulatorien und sonstigen vorhandenen Einrichtungen der Sozialversicherungsträger, weil es für diese Bevölkerung bedeutungsvoll ist, daß die zur Verfügung stehenden Einrichtungen möglichst umfangreich sind, und weil es für die Bevölkerung bedeutsam und notwendig ist, daß derartige Untersuchungen rasch, schnell und möglichst frei von zu vielen Administrationen und zu viel Bürokratismus abgeführt werden können, weil wir eben im Rahmen einer praktizierten Gesundheitspolitik ein eminentes Interesse daran haben, daß die österreichische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, aber auch die Einzelperson über ihren tatsächlichen Gesundheitszustand ausreichend informiert ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wäre sehr verlockend, meine Damen und Herren, könnte man hier alle Absätze und alle einzelnen Artikel dieses Gesundheitsplanes und Umweltschutzplanes im Detail besprechen *(Abg. Dr. Withalm: Widerstehen Sie der Verlockung, Herr Kollege!)* — ich darf den zweiten Teil des Satzes sagen —, aber ich weiß, was mir blühen könnte, wenn ich fast am Ende dieser Budgetdebatte ein derartiges Vorhaben verwirklichen würde.

Auch die Frage des Umweltschutzes wurde vom ersten Sprecher der Opposition, das heißt von Herrn Primarius Dr. Scrinzi, sehr deutlich aufgezeigt. Auch hier gibt es wieder ein praktisches Beispiel, wie man es sich eigentlich einfach machen möchte.

Man tritt an die Öffentlichkeit — und ich muß wieder an den Herrn Primarius Doktor Wiesinger denken, der leider, wie ich betont habe, nicht die Möglichkeit hat, mir hier zu antworten. Aber das ist einfach, als parteipolitisch orientierter Arzt, der sich besonders engagiert — so typischer Raketenstart, echte Gefahr für Stadtrat Glück, größte Schwierigkeiten für den Landesparteiobmann Bauer und ähnliche Dinge mehr, die es in diesem Zusammenhang noch gibt ... *(Abg. Linsbauer: Ihr macht euch Sorgen!)* Nein, wir befassen uns mit aktuellen politischen und landespolitischen Fragen, und wo Sie glauben, daß wir uns hier ungebührliche Sorgen machen ... *(Zwischenruf des Abg. Hahn.)*

Kollege Hahn, darf ich Sie wieder beruhigen! Wir machen uns keine Sorgen über Ihre Landesorganisation, wir machen uns keine Sorgen über Ihre Schwierigkeiten, das ist Ihre Angelegenheit, wie Sie damit fertig werden. Aber ich meinte nur, daß der Herr Doktor Wiesinger — ich wiederhole noch einmal, was ich gesagt habe: so typisch Raketenstart, parteipolitisch orientierter Arzt — enorme

Aktivitäten und Schlagzeilen produziert: Leodolter macht nichts, Leodolter bringt nichts zustande, Leodolter erzeugt keine Aktivitäten! *(Abg. Dr. Schwimmer: Stimmt!)* Herr Kollege Dr. Schwimmer, ein bißchen zu spät sind Sie gekommen. Wenn Sie um eine halbe Stunde früher gekommen wären, hätten wir so einen richtigen Zweikampf hier produzieren können. Aber warum soll ich jetzt fast am Ende meiner Ausführungen mich noch einmal mit Ihnen auseinandersetzen?

Ich darf noch einmal wiederholen: So einfach ist die Frage des Umweltschutzes nicht zu lösen. Hier kann nicht nur ein einzelnes Ministerium genannt werden. Vielleicht liest man sich einmal durch, was von Landesebene aus zu solchen Problemen gesagt wird, welche Stellungen bezogen werden. Vielleicht können Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, bei Ihren Landespolitikern einiges an Aktivitäten erzeugen. Nicht daß Sie hier auf der großen politischen Ebene sagen: Dieses Ministerium leistet nichts!, und wenn Sie angesprochen werden, wenn Sie vor allem etwas dazu beitragen sollen, daß es zu einem einheitlichen Vorgehen kommt, dann gibt es Tausende Bedenken vom Landesstandpunkt aus! Aber das produziert man nicht mehr in der Öffentlichkeit.

Kollege Dr. Bauer ist auch gekommen. Jetzt hätte ich bald wieder angefangen mit den Problemen der Landesorganisation. Es ist nichts dagegen einzuwenden. Ich hoffe, daß Sie den Glück angerufen und gesagt haben: Mach dir kein Kopfzerbrechen, noch ist der Wiesinger nicht Stadtrat, das ist noch nicht erledigt! Das wollte ich also nicht sagen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Auch Sekanina-Kreisky ist nicht uninteressant!)* Das tut weh, wenn man darüber redet, das tut weh!

Ich darf zur Frage des Umweltschutzes, meine Damen und Herren, sagen: Die sozialistische Bundesregierung, das zuständige Ministerium und vor allem die Frau Bundesminister Dr. Leodolter hat im Hinblick auf den Umweltschutz gerade in diesem von ihr vorgelegten Plan konkrete Vorstellungen geäußert, und Sie werden wohl mit mir einer Meinung sein können, daß dieses so umfangreiche, aber auch finanziell so aufwendige Problem keineswegs in dreizehn Monaten einer Lösung zugeführt werden kann.

Wenn Sie uns heute so heftig kritisieren, wenn Sie uns heute so konkret vorwerfen, daß wir zuwenig an Initiativen erzeugen, daß diese Gesundheitspolitik der Bundesregierung so schlecht ist, daß die Frau Bundesminister Dr. Leodolter kaum etwas an Aktivitäten

Sekanina

erzeugt, darf ich Sie fragen: Wie schauen denn Ihre Aktivitäten in Ihren Glanzzeiten aus; ich meine von 1966 bis 1970? Was haben Sie hier der österreichischen Bevölkerung Konkretes vorlegen können?

Diese Bundesregierung und das zuständige Ministerium, meine Damen und Herren, haben deutlich und konkret gesagt, was sie meinen. Wir werden Schritt für Schritt auch mit dem Einverständnis der österreichischen Bevölkerung diese Fragen einer Lösung zuführen.

Sie haben uns Vorschläge gemacht, ohne zu sagen, wie und in welchem Umfang das finanziell zu bewältigen ist. Wir möchten bei dieser Bevölkerung keine ungebührlichen Hoffnungen erwecken. Dieser Umweltschutzplan und dieser Gesundheitsplan wird dank der Aktivität dieses Ministeriums und der Frau Bundesminister Schritt für Schritt im Interesse der Bevölkerung verwirklicht werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Worte kommt die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir haben heute den sanftesten Sekanina erlebt, den es jemals in diesem Hause gab. Das erweckt einen Verdacht. Es gibt ja zwei Methoden, um über die Unfähigkeit oder, wenn Sie wollen, Untätigkeit einer Frau Minister darüberzuspielen. Man kann entweder ganz kräftig ins Zeug gehen, oder man kann es so machen, wie der Herr Abgeordnete Sekanina: voll Sanftmut, mit Wohlwollen verströmender Stimme kalmierend wirken.

Sie, Herr Abgeordneter Sekanina, haben zum Abgeordneten Scrinzi gemeint, er hätte eigentlich gar nicht so oppositionell gewirkt. Nun, ich bin nicht da, um ihn zu interpretieren. Aber ich kann mir nur erklären, daß er sicher gehemmt war, weil er ein Kavalier ist. Aber bei zwei Frauen im Ring — und da möchte ich für mich jetzt um Entschuldigung bitten —, bei zwei Frauen im Ring werden nur die Argumente sprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mein Vorredner hat gemeint, daß die Frau Minister an sich sehr viel geleistet hätte, hingegen hätte die Österreichische Volkspartei einen sehr ambitionierten Arzt, der eine Reihe von Konzepten vorgelegt und Schlagzeilen geliefert hat. Ich glaube, da muß man jetzt sehr deutlich sagen — ich darf das vielleicht der linken Saalhälfte sagen —: Hätte diese Frau Minister in diesen 13 Monaten diese Konzepte geliefert, hätte sie in diesen 13 Monaten etwas getan, dann wäre es nicht notwendig gewesen, mit einem Stab von Mit-

arbeitern jene Konzepte und Vorschläge zu erarbeiten, die uns die Frau Minister eigentlich schuldig geblieben ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es kann uns keiner Ungeduld vorwerfen. Und hier möchte ich wieder den Herrn Abgeordneten Sekanina zitieren. In 13 Monaten ist keine Regierungsvorlage eingebracht worden. Der Unterausschuß ist lediglich mit dem Lebensmittelgesetz beschäftigt. Es wurde heute schon gesagt, daß das ein Erbe aus der vorhergehenden Legislaturperiode ist. Meines Wissens ist die Frau Minister nur sehr sporadisch bei den Sitzungen des Unterausschusses anwesend, was eigentlich auch ein Licht auf sie wirft.

Ich glaube, ich darf auch namens der Österreichischen Volkspartei sagen, daß wir uns von der Kampagne in verschiedenen Zeitungen, die sehr persönliche Vorwürfe gegen die Frau Primaria erheben, selbstverständlich distanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Wir hätten dieses Verständnis und diese Distanzierung gerne zu einer Zeit erlebt, als es einen Minister Dr. Prader gab und als der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus vom „Express“ so angegriffen wurde. Damals, glaube ich, war der „Express“ im Eigentum der Sozialistischen Partei. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Frau Minister wird sicher dieser ausländischen Zeitung schon ein Dementi zugehen haben lassen.

Ich darf vielleicht in der Sache weitergehen. Ich möchte auch versuchen, sachlich zu bleiben. Ich darf mich der Regierungserklärung zuwenden. In der Regierungserklärung heißt es, diese Regierung möchte dem Sterben vor der Zeit begegnen und Schwerpunkte setzen, nämlich Maßnahmen für Gesundheit und Umweltschutz. Es bedarf eben eines eigenen Ministeriums, um die Schwerpunktsetzung zu dokumentieren.

Wie sieht die Realität aus? Da wir heute bei einer Budgetdebatte sind, darf ich die schwerpunktbildenden Zahlen nennen. Wie hieß es doch in der Regierungserklärung? — Es ist ein gezielter Ausbau von Vorsorgeuntersuchungen und Maßnahmen zur Krankheitsfrüherkennung geplant. Für dieses sicher wichtige Gebiet der Gesundheitspolitik sind ganze 27 Millionen Schilling vorgesehen, von denen 15 Millionen Schilling als nicht näher genannte Subventionen ausgewiesen werden.

Wie sieht es eigentlich mit jenem Maßnahmenkatalog aus, dessen Titel „Umweltschutz“ im Namen des Ministeriums geführt wird? — Für Fragen des Umweltschutzes sind ganze 37 Millionen Schilling ausgewiesen. Ich

Dr. Marga Hubinek

glaube, diese Ziffern stellen absolut keine Rechtfertigung dar, ein eigenes Ministerium mit eigenen Schreibtischen und eigenen Beamten zu installieren. Ich glaube — und das haben diese 13 Monate bewiesen —, dieses Ministerium ist mangels Geldmittel, mangels entsprechender Kompetenzen kaum arbeitsfähig.

Vielleicht hat die Bevölkerung erwartet, daß es dieser Regierung ernst ist um die Fragen der Gesundheit, und es klingt zweifellos gut im Ohr: „Sterben vor der Zeit“ und ähnliche hohle Parolen. Aber ich glaube, daß die Zahlen dieser ersten Budgetdebatte, an der die Frau Minister auf der Regierungsbank teilnimmt, eine deutliche Sprache sprechen. Natürlich ist es eine Steigerung — der Herr Abgeordnete Sekanina ist leider nicht mehr im Saal —, aber wenn ich von der Zahl Null ausgehe, ergibt sich selbstverständlich eine Steigerung in absoluten Zahlen.

Die großen Aufgaben dieses Budgets beruhen auf jenen gesetzlichen Verpflichtungen — ich denke an den Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz —, die bisher auch von einem Sozialministerium wahrgenommen wurden und, wie ich glaube, sogar von einem Sozialministerium hätten wahrgenommen werden können, an dessen Spitze Herr Vizekanzler Häuser steht.

Wenn wir jetzt diese 13 Monate Revue passieren lassen: Im Gedächtnis ist jener Appell der Frau Minister haften geblieben, das Händewaschen in zutiefst menschlichen Situationen nicht zu vergessen und gelegentlich am Arbeitsplatz ein Rauchverbot zu beachten.

Frau Minister! In der Regierungserklärung heißt es, daß die Maßnahmen zur Erhaltung und zur Wiederherstellung der Gesundheit im Rahmen eines längerfristigen Gesundheitsplanes zu realisieren sind. Sie haben mehr als fünf Monate gebraucht, um diesen Plan der Öffentlichkeit vorzustellen. Das wurde heute gesagt; ein Katalog unverbindlicher Forderungen. Sie sind mit sehr viel Geschick allen heißen Eisen ausgewichen. Daß die Finanzierung fehlt, das steht auf einem anderen Blatt zu Buche.

Frau Minister! Ich darf Ihre eigenen Worte zitieren: Was haben Sie am 19. November 1971 in einem Interview im ORF erklärt, nach dem Gesundheitskonzept befragt? — Ja das wird nichts anderes sein als das durch Ergänzungen auf den neuesten Stand gebrachte Humanprogramm. — Dennoch haben Sie dann noch weitere fünf Monate gebraucht, um dieses verbesserte Humanprogramm der Öffentlichkeit vorzustellen. Und dieses Konzept, das

allen wichtigen Aussagen ausweicht, hat vor allem eines nicht erwähnt: Jene Materie, unter der wir doch alle und Sie wahrscheinlich am meisten zu leiden haben, nämlich jene unglückselige Kompetenzverteilung, daß die wichtigsten Agenden des Gesundheitswesens — ich denke an die Krankenversicherung — ja gar nicht in Ihre Kompetenz fällt.

Der Herr Abgeordnete Sekanina hat heute gemeint, man müsse die Schuljugend informieren, man müsse Öffentlichkeitsarbeit mittels der Schulärzte betreiben. Ja hat er übersehen, daß die Schulärzte auch nicht in Ihr Ressort gehören? Und auch die gesamte Forschung wird im Wissenschaftsministerium wahrgenommen.

So geht also diese wunderschöne Hochglanzbroschüre an allen wichtigen und vor allem an allen konkreten Aussagen vorbei. Wir können da drinnen lesen, was ich in jeder besseren Sonntagsbeilage der Tageszeitung lese, daß der Österreicher eine kürzere Lebenserwartung zu verzeichnen hat. Wir finden aber keine Erklärung, nicht einmal ein Deutungsversuch, warum dies so ist.

Über Alkohol und Drogenmißbrauch finden wir gar nichts. Ein Hinweis zur Arbeitsmedizin oder Psychohygiene am Arbeitsplatz ist nicht zu finden.

In Ihrer heilen Welt, die Sie uns da in dieser Broschüre vorzaubern, finden wir die geistig und körperlich Behinderten nicht. Sie haben keinen Platz. Den Mangel an Pflegepersonal erwähnen sie kaum, Frau Minister! Wissen Sie nicht, daß in Wien ganze Spitalabteilungen gelegentlich gesperrt werden müssen, vor allem im Sommer, einfach weil kein Pflegepersonal vorhanden ist? Ja wissen Sie das nicht? Wollen Sie nicht den Versuch machen, eine Besserung herbeizuführen?

Dieses Konzept, das Sie in bescheidener Aufmachung im April vorgestellt haben, erlebte vor wenigen Wochen eine Neuauflage. Viel aufwendiger; Hochglanzbroschüre mit netten Bildern; mit völlig unverändertem Inhalt. Der Schluß: In diesem halben Jahr von April bis Ende November ist nichts geschehen! Es scheint so. Im Anhang dieser Broschüre findet man einige Statistiken, die nicht interpretiert sind. Eine Statistik, die nicht interpretiert ist, ist meist wertlos.

Aber da ist etwas drinnen, was ich schlicht skandalös finde. Es gibt nämlich zwei solche Broschüren. Die erste Broschüre — Hochglanz — war jene Broschüre, die an die Ärztekammern und teilweise ins Ausland versandt wurde. Hier gibt es auf Seite 62 eine andere Statistik über die Säuglingssterblich-

Dr. Marga Hubinek

keit als die in jenem Exemplar, das dann den Abgeordneten zugegangen ist. In meinem Exemplar sind die Werte 1937 und 1969 überklebt. Ich kenne aber andere Exemplare, wo das nicht überklebt ist. Was gilt jetzt eigentlich? Ich glaube, eine Statistik in so einem teuren Exemplar zu veröffentlichen, die noch den Nachteil hat, falsch zu sein, ist eigentlich eine nicht entschuldbare Sorglosigkeit. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich kann hier sehr wohl erklären, warum dieser Gesundheitsplan auf keine Finanzierung eingeht. Frau Minister! Es sind jene Kompetenzmängel, die Ihnen die Finanzierungsmöglichkeiten schwierig machen. Sie haben vielleicht über Ihre Situation schon eine etwas klarere Sicht gehabt. Sie haben nämlich am 23. Mai im ORF in einem Interview erklärt, Ihrem Ressort komme vorwiegend moralische Autorität zu. Ich glaube, Frau Minister, das ist doch etwas wenig. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wir halten Ihnen zugute, daß Sie vielleicht sehr bald gemerkt haben, daß Sie in dieser Regierung eine Alibifunktion ausüben. Spätestens seit der Pockenimpfung haben Sie gemerkt, wie sehr Ihnen die Hände gebunden sind und wie wenig arbeitsfähig dieses Ressort ist. Wahrscheinlich haben Sie damals noch nicht gewußt, wie wenig finanzielle Unterstützung Sie von dieser Regierung zu erwarten haben. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Daran, Frau Minister, sind Sie nicht allein schuld. Daran ist diese Regierung schuld, die aus Popularitätsgründen ein Ressort gründete und nicht den Mut hatte, dieses Ressort auch mit jenen Kompetenzen auszustatten, deren es bedurft hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist sicher beklagenswert, heute sagen zu müssen und eine Prognose für die Zukunft zu geben, daß alles, was dieses Ministerium unternimmt, Theorie bleiben muß, solange nicht die anderen Ministerkollegen freiwillig oder aus Parteidisziplin zu einer Zusammenarbeit bereit sind. (*Abg. Dr. Fischer: Sind Sie bereit, einer Übertragung von Länderkompetenzen zuzustimmen?*) Sehr verehrter Herr Kollege Fischer! Sie können sich sicher nach mir melden.

Typisch für die mangelnde Kompetenz ist eigentlich das Chaos um die Vorsorgeuntersuchungen. (*Abg. Dr. Tull: Fragen wird man doch noch dürfen, Frau Abgeordnete!*) Ich glaube, das ist ein so wichtiges Thema, daß man das nicht in einem Zwischenruf klären kann. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Sie werden doch eine Meinung*

haben dazu!) Aber ich würde gerne replizieren, wenn der Herr Abgeordnete Fischer vielleicht sein Modell einer Kompetenzverschiebung hier am Rednerpult vorstellt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schwimmer: Dr. Fischer! Mit dieser Frage müssen Sie noch drei Jahre warten bis zur ÖVP-Regierung!*)

Vielleicht darf ich Ihnen ein Beispiel für die mangelnde Kompetenz sagen: das Chaos um die Vorsorgemedizin, um diese Vorsorgeuntersuchungen, die heute der Herr Abgeordnete Sekanina gebracht hat. (*Abg. Doktor Fischer: Keine Antwort!*) Ich glaube, Sie werden mir zugestehen, daß ich hier eine etwas andere Sicht der Dinge habe. Genau diese Vorsorgeuntersuchungen haben gezeigt, welche Doppelgleisigkeit, welche Koordinationsmängel dem düpierten Österreicher hier erwachsen. Die Regierung Kreisky hat im Herbst 1971 die Tabaksteuer für Gesundheitszwecke erhöht, doch für die Gesundenuntersuchungen waren keine eigenen Budgetmittel vorgesehen.

Die Frau Minister hat dann gesagt — und ich nehme an, daß Sie das sicher wissen und registrieren, was die Frau Minister sagt —: Jeder Schilling, den wir für die Vorsorgemedizin ausgeben, hilft Heilkosten ersparen, mindert die Ausgaben für Krankenstand und Frühinvalidität. — Da kann man nichts hinzufügen.

Im Budget der Frau Gesundheitsminister ist Geld für eine Projektstudie für Vorsorgeuntersuchungen vorgesehen. Nun ist heute schon gesagt worden, daß man nicht unbedingt teure Untersuchungen anstellen muß, wenn man ohnedies so ein Minibudget hat, zumal man vielleicht auf internationale Erfahrung oder auf Erfahrungen in Österreich zurückgreifen könnte.

Frau Minister! Ich hätte Ihnen auch gerne ein Modell angeboten. Ich denke an den Versuch der Selbständigenkrankenkasse des Handels, die schon 1971 für 30.000 Versicherte eine Früherkennungsaktion gestartet hat. Allerdings ist sie am Einspruch des Sozialministers gescheitert. Der Spruch wurde in der Zwischenzeit vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben, aber man wollte nicht gern eine Priorität der Selbständigenkrankenkasse gewährleisten. Soweit hat noch die Solidarität zwischen Sozialminister und Gesundheitsminister gereicht.

Aber die Frau Minister, die die Projektstudie über die Vorsorgeuntersuchungen in Auftrag gibt und noch voll Optimismus erklärt, man werde dann wegen der Finanzierung der Kosten mit den Sozialversicherungsträgern verhandeln, wußte offenbar nicht, daß

Dr. Marga Hubinek

zur gleichen Zeit im gleichen Gebäude am Stubenring ähnliches durch den Herrn Sozialminister geschah. Er hat in der Zwischenzeit die Vorsorgeuntersuchungen in seinem Kompetenzbereich beschlossen und dafür die Einnahmen, die Beitragserhöhungen mittels der 29. ASVG-Novelle vorgesehen. Diese Untersuchungen — und nun komme ich eigentlich zu dem Kompetenzwirrwarr —, die nun die Krankenversicherung macht, werden für die Projektstudie der Frau Minister nicht verbindlichen Charakter haben.

Ich wundere mich, daß der Herr Abgeordnete Sekanina, dem, glaube ich, der Hauptverband nicht ganz ferne steht, den Brief des Hauptverbandes vom 18. September 1972 nicht kannte. Da heißt es nämlich: Die Projektstudie des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz hat weder in medizinischer noch organisatorischer Hinsicht für das ab 1. Jänner 1974 in ganz Österreich zu realisierende Vorsorgeprogramm der sozialen Krankenversicherungsträger eine präjudizielle Wirkung.

Es ist aber sehr erstaunlich, daß die Krankenversicherung gar nicht das Ergebnis Ihrer Studie abwarten will.

Frau Minister! Ich komme jetzt zu einem anderen sehr schmerzlichen Kapitel. Es ist dies die Säuglingssterblichkeit, die auch in Ihrem Gesundheitskonzept nur sehr sporadisch erwähnt wird. Österreich hält einen traurigen Rekord. Die perinatale Sterblichkeit in Österreich erreicht Spitzenrekorde. Wir sind bei einer Marke von 26 Prozent. Ich darf vielleicht nur ganz wenig Vergleiche bringen: In Holland und in der Schweiz hat man nur mehr 18 Prozent, in Schweden 16 Prozent, in Stockholm sogar nur mehr 15 Prozent. Ich darf hier sehr anerkannte Fachleute zitieren, die, glaube ich, auch der Frau Minister selbstverständlich bekannt sind. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Doch nicht Prozente, um Gottes willen!*) Promille.

Ich darf also zwei Fachleute zitieren, die Sie sicher alle kennen. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*) Aber Frau Minister, Sie werden mir zugeben, daß Österreich im Vergleich absolute Spitzenwerte hat mit 26 Promille! (*Abg. Dr. Fischer: Aber nicht 26 Prozent!*) Aber auch wenn ich andere europäische Werte vergleiche, haben wir leider noch immer einen sehr traurigen Rekord. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: 26 Prozent wäre zweifellos der Spitzenwert!*)

Ich darf auch die Ursachen anführen. Ich darf zwei Fachleute zitieren: Professor Rosenkranz und Dozent Czermak. Sie meinen, daß in Österreich eine unentschuldbare Sorglosig-

keit herrscht, was die Schwangerenbetreuung anlangt. Hier darf ich auch sagen, daß in Wien dank eines ÖVP-Stadtrates für Gesundheitswesen diese Fragen vielleicht noch am vorbildlichsten gelöst sind. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich glaube, es wäre doch ein Anliegen einer weiblichen Frau Gesundheitsminister, der Schwangerenbetreuung größere Sorgfalt beizumessen, denn es ist sicher für uns ein sehr trauriger Rekord, wenn in Österreich in den ersten fünf Lebensmonaten mehr Kinder sterben als bei der gleichen Geburtenanzahl in Schweden im ganzen ersten Lebensjahr, und da gibt es sogar eine steigende Tendenz. Ich glaube, da wird man sich doch den Kopf zerbrechen müssen. (*Abg. Dr. Fischer: Aus der Zeit der Frau Minister haben Sie keine Zahlen?*) Es gibt hier eine steigende Tendenz, Herr Abgeordneter Fischer. Ich glaube, das sollte uns zu denken geben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich komme nun kurz zu den Fragen der Umwelt, jenem Kapitel, das den Titel dieses Ministeriums ausmacht. Was sagte die Frau Minister am 16. März dieses Jahres? Ich darf hier die „Sozialistische Korrespondenz“ zitieren: „Die neuen Aufgaben des Umweltschutzes erfordern neue Verfahren der Rechtstechnik, wobei die den Umweltschutz begünstigenden Kompetenztatbestände in einem Katalog zu erfassen wären.“

Frau Minister! Diesen Katalog sind Sie uns bisher schuldig geblieben! In diesen 13 Monaten sind eine Reihe von Anfragen an Sie ergangen, schriftliche und mündliche Anfragen. Die Antwort, die Sie geben, ist stereotyp: Mir ist das Problem bekannt. Mangels Kompetenzen habe ich keine Möglichkeit des Einschreitens, mein Ministerium hat Koordinierungsfunktion.

Sie haben im Mai dieses Jahres angekündigt, bei den Budgetverhandlungen für 1973 werde es eine beinharte Konfrontation geben, weil hier die entsprechenden Budgetmittel bereitgestellt werden müssen. Wie war das Ergebnis dieser Konfrontation? — 37 Millionen Schilling!

Sie haben noch am 14. Juni dieses Jahres der „Wochenpresse“ gegenüber erklärt, das Ministerium prüfe gemeinsam mit dem Finanzminister alle Möglichkeiten der Finanzpolitik, Kreditgewährung, steuerliche Vorkehrung und so weiter, um umweltfreundliche Verfahren zu begünstigen.

Sie sagten auch, der Staat müsse umweltschützend in private Abläufe eingreifen. — Bon, Frau Minister! Wie sieht aber die Realität aus?

Dr. Marga Hubinek

Gas und Strom als die absolut schadstofffreien Energiequellen werden von der Regierung verteuert. Der Nachtstromtarif der Wiener E-Werke wurde überproportional erhöht: 25 Prozent Erhöhung gegenüber einer allgemeinen Erhöhung von 14 Prozent, wodurch genau die Benützer jener Energiequelle, die die Umwelt nämlich nicht belastet, gezielt bestraft werden und möglicherweise auch dazu gebracht werden, zur Benützung anderer, weniger umweltfreundlicher Technologien auszuweichen. *(Ruf bei der OVP: Das ist die Koordinierung!)*

Es ist bezeichnend für die Konzeptlosigkeit dieser Regierung, daß die Braunkohle mit dem höchsten Schwefelgehalt durch die Einführung der Mehrwertsteuer billiger werden soll.

Das Ofenheizöl — in Fachkreisen als liches und damit schwefelarmes Heizöl bekannt — wird aber schon in wenigen Tagen, nämlich ab Beginn des nächsten Jahres, teurer werden.

Sie entscheiden statt auf Grund eines Energiekonzeptes, das auf den Umweltschutz abgestellt wäre, nach tagespolitischen und fiskalischen Gesichtspunkten! *(Zustimmung bei der OVP.)*

Diese unbefriedigende Kompetenzlage zeigt sich auch bei der Umweltforschung. Es gibt noch immer keine koordinierte Abstimmung zwischen den für Umweltschutz zuständigen Ministerien, jenem Forschungsministerium und Ihrem Ministerium, das Forschung betreibt. Es gibt auch noch einen Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, und darüber hinaus sollen sogar ERP-Mittel für umweltfreundliche Vorhaben herangezogen werden.

Frau Minister! Es gibt aber nicht nur Widersprüche innerhalb dieser Regierung, es gibt ja Widersprüche bei Ihnen selbst! Ich denke an zwei Anfragen bezüglich der Stadtautobahnen, die wir gestellt haben. Da gibt es zwei voneinander abweichende Antworten, und ich habe den Eindruck, Sie wußten nicht ganz genau: Sollen Sie nun dem Bautenminister Moser recht geben, oder sollen Sie dem Herrn Bürgermeister Slavik recht geben. *(Abg. H a h n: Kompromißbereit nach beiden Seiten: einmal so, einmal so!)* Ja, man kann nicht wissen, wer gewinnt.

In den Fragen des Umweltschutzes sind Sie und die Regierung nicht über Deklamationen hinausgekommen. Wir machen Ihnen den Vorwurf, daß Sie keine Aktivitäten entfaltet haben!

Es gibt auch Aktivitäten, die kein Geld kosten. Meines Wissens haben Sie nicht ein Mal in diesen Monaten beispielsweise die

Landeshauptleute zusammengerufen, um mit ihnen die Fragen des Umweltschutzes zu diskutieren.

Sie mußten jetzt in den Fragen der drohenden Maul- und Klauenseuche doch auch wissen, daß unser Tierseuchengesetz veraltet ist, daß es aus dem Jahr 1909 stammt, daß es adaptiert und novelliert werden soll.

Frau Minister — und ich glaube, damit darf ich zum Abschluß kommen —: Die Opposition — und damit zitiere ich jenen Primarius Dr. Wiesinger, den der Herr Abgeordnete Sekanina mehrmals zitiert hat *(Rufe bei der SPÖ: Wer ist Wiesinger?)* — hat Ihnen namens der Österreichischen Volkspartei die Zusammenarbeit angeboten, und Sie haben dieses Angebot der Zusammenarbeit *(Abg. Dr. T u l l: Niemals gehört von dem!)* nicht akzeptiert.

Ich glaube, ich darf heute namens der Österreichischen Volkspartei sagen: Wir haben bisher Ihre Untätigkeit sehr genau registriert, was nicht sehr schwer war. Ich darf auch sagen: Wir werden das in der Zukunft sehr genau registrieren und auch kritisieren und werden zur gegebenen Zeit der Öffentlichkeit auch sagen, was dieses Ministerium eigentlich geleistet hat. *(Abg. H a h n: Nichts!)*

Wenn der Herr Bundeskanzler meinte, man müsse die Bevölkerung fragen, was ihr die Gesundheit wert ist, so kann man das variieren und den Herrn Bundeskanzler fragen: Was ist denn eigentlich dieser Regierung dieses Ministerium wert gewesen? *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kerstnig. Er hat das Wort. *(Ruf bei der OVP: Er wird es schwer haben jetzt! Die Ortstafeln!)*

Abgeordneter Dr. **Kerstnig** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich auch das anerkennende Urteil der Frau Dr. Hubinek bekomme, das mein Freund Sekanina bekommen hat. Ich werde mich bemühen, zu diesem Thema so sachlich wie möglich zu sein.

Ich befasse mich vor allem mit den Fragen des Umweltschutzes. Es haben sich sowohl Primarius Dr. Scrinzi wie auch Frau Dr. Hubinek mit diesen Fragen beschäftigt, und es ist das übliche Klagelied vorgebracht worden, das wir nun schon lange hören, daß zuwenig geschehen sei *(Abg. Dr. K o r e n: Nichts!)*, daß zuwenig Mittel im Ressort dafür vorhanden wären. Man hat sich über die Aufgabe der Koordination geradezu ein bißchen lustig gemacht.

Im übrigen aber muß ich ehrlich sagen, daß ich den fachlichen Ausführungen zum Thema

Dr. Kerstnig

und zum Problem als solchem auf weite Strecken durchaus zustimmen kann. Gerade darauf aufbauend möchte ich doch aufzeigen, daß in diesem Ministerium und von dieser sozialistischen Regierung in Sachen Umweltpolitik durchaus zielbewußt und auch zielführend gearbeitet wurde. Wir sind freilich noch lange nicht am Ziel; darüber sind wir völlig im klaren. (*Abg. Dr. Koren: Wo ist dieses?*) Aber, meine Damen und Herren, das Ministerium als solches besteht ja noch kein Jahr; die Frau Minister ist etwas länger im Amte.

Bis zu dieser Regierung — auch das muß man festhalten — hat es eine Umweltpolitik in einem Regierungsprogramm vorher überhaupt nicht gegeben. Erst die Sozialistische Partei hat — bereits in ihrem Humanprogramm — auf die sozialen Folgen ... (*Abg. Dr. Schwimmer: Das ist schon längst vergessen! — Ruf bei der ÖVP: Wo ist das?*) Herr Dr. Schwimmer! Das Humanprogramm ist auch heute noch die Grundlage der Arbeit dieser sozialistischen Regierung! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Das Wirtschaftsprogramm auch? — Abg. Gratz: Natürlich!*)

Es wurde damals auf die Folgen der Umweltbelastung hingewiesen, und diese Regierung hat sich ohne jede opportunistische Verbrämung zur Notwendigkeit einer baldigen Stabilisierung und Sanierung der in Unordnung geratenen Umweltverhältnisse bekannt. (*Abg. Dr. Neuner: Tun sollen Sie einmal etwas!*) Diese Forderung ist dann in das Regierungsprogramm aufgenommen worden! (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Was ist geschehen?*)

Als erstes wurde ein interministerielles Komitee für Fragen des Umweltschutzes eingesetzt, das dann eine umfassende Bestandsaufnahme durchführte und in einem Bericht dem Parlament vorlegte. Es ist nicht so, wie Sie es darzustellen versuchen, daß diese Bestandsaufnahme noch gar nicht gemacht worden wäre! Im Gegenteil: Sie ist auch Ihnen bekannt.

In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Dr. Kreisky dann als Hauptaufgaben dieses Ressorts die Koordinierung der Arbeit der vielen Organisationen und der wissenschaftlichen Institutionen besonders herausgestellt — wir haben in Österreich sehr viele Institutionen, die sich mit Umweltproblemen befassen — sowie die Schaffung geeigneter organisatorischer und rechtlicher Grundlagen für Maßnahmen zum Schutz vor gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen, zur Sicherung der Erholungsräume, zur Reinhaltung von Luft und Wasser, für eine hygienische

Abfallbeseitigung, zur Bekämpfung von Lärm- und Geruchsbelästigungen und den Strahlenschutz betreffend.

Das steht schwarz auf weiß da. Wir können jederzeit beim Wort genommen werden!

Dabei wurde auch damals schon klar herausgestellt, daß alle diese Aufgaben die Mobilisierung gigantischer Mittel erfordern werden und daß die Kostenaufbringung vor allem eine Sache des Einvernehmens zwischen Regierung — also zwischen der öffentlichen Hand — und den Interessenvertretungen der Wirtschaft sein wird und auch von der Frage abhängt, was dem österreichischen Volk seine Gesundheit tatsächlich wert ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

In kürzester Zeit hat in der breiten öffentlichen Meinung und im Bewußtsein der einzelnen Menschen das Problem der wachsenden Umweltgefährdung nun vorrangige Bedeutung erlangt, vor allem auch — und das muß hier betont werden — dank steigender Aktivität der Massenmedien, die dafür meines Erachtens volle Anerkennung verdienen.

Aber daß mehr oder weniger düstere Prophezeiungen und fatalistische Prognosen aus berufenem und leider Gottes oft auch aus unberufenem Munde immer wieder ein Menekel von der Selbstzerstörung der menschlichen Existenzgrundlagen an die Wand malen, das allein genügt nicht.

Die Regierung ging sofort daran, die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen, und ließ keinen Zweifel mehr über die Notwendigkeit, die Probleme des Umweltschutzes systematisch und gezielt anzugehen und vernünftige Lösungen durch Einsatz von Wissenschaft und Forschung sorgfältig zu planen und von der öffentlichen Hand her in die Wege zu leiten, vor allem auch durch Mobilisierung des Verständnisses und der Bereitschaft der Einzelmenschen und der Wirtschaftsträger in diesem Staate. Diesen Zweck verfolgt unter anderem auch der Umweltschutzplan, der von der Frau Minister hier herausgegeben wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wird hier immer nur von dem gesprochen, was noch nicht geschehen ist. Es wird aber allzuwenig davon gesprochen, wie die Mittel für die Durchführung der unbedingt notwendigen Maßnahmen aufgebracht werden. (*Abg. Doktor Mussil: Das ist Sache der Regierung!*) Herr Dr. Mussil! Gerade Ihnen muß es klar sein — und auch dem einfachen Staatsbürger ist es klar —, daß es Umweltschutz zum Nulltarif nicht geben kann. (*Abg. Dr. Mussil: Ich bin kein doppelter Staatsbürger! — Heiterkeit.*)

Dr. Kerstnig

Nein, da habe ich auch die anderen Staatsbürger gemeint, Herr Dr. Mussil.

Die Bewältigung der Umweltkrise — wie Sie es vielleicht erwarten oder verlangen, Herr Dr. Mussil — nur von der öffentlichen Hand allein, das ist zuwenig und das ist nicht möglich. Es bedarf des umweltbewußten Verhaltens aller, angefangen vom Privatleben des einzelnen bis zu den Wirtschaftsträgern und den Verantwortlichen in Staat und Politik.

Es besteht sicher kein Zweifel, meine Damen und Herren, daß es unserer Frau Minister Dr. Leodolter dank ihrer doch zahlreichen Aktivitäten, vor allem auch durch die rasche Vorlage des Gesundheits- und Umweltschutzplanes, gelungen ist, dieses allgemeine Umweltbewußtsein in hohem Maße zu wecken und auch zu stärken.

Meine sehr Verehrten! Dabei will ich gar nicht ausschließen, daß gerade die manchmal nicht sehr schönen Polemiken, die aus den Bänken der Opposition gegenüber der Frau Minister immer wieder zutage getreten sind, eher eine Publizitätswirkung zugunsten der Frau Minister gehabt haben.

Gerade bei einem so diffizilen und sich ständig wandelnden Problem ist jedem klar, daß der von der Frau Minister in erstaunlich kurzer Zeit vorgelegte Umweltschutzplan nicht etwas Endgültiges und Unahänderliches sein kann und darf! Im Gegenteil: Unter wissenschaftlicher Beratung und auf Grund von Erfahrungen und Anregungen von allen Seiten, die immer wieder auch im Ministerium geprüft werden, wird sich dieses Programm — in ständiger Fortschreibung und in steter Ergänzung — der hektischen Entwicklung und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen stets rasch anpassen müssen (*Beifall bei der SPO*), um dann auch jeweils seinen Niederschlag in zeitgemäßen Gesetzentwürfen und administrativen Maßnahmen für die verschiedenen Umweltschutzbereiche zu finden.

Es handelt sich eben um ein Gebiet, auf dem bisher noch sehr wenig oder gar nichts geschehen ist. Es ist daher logisch gewesen, daß zuerst die Bestandsaufnahme durchgeführt wurde und festgestellt wurde, was an Möglichkeiten schon auf Grund der gegenwärtigen Gesetzeslage zur Verfügung steht.

Aus dem Bericht des interministeriellen Komitees ergibt sich nämlich eine überaus große Zahl bereits bestehender Rechtsinstrumente zur Sicherung des Umweltschutzes, was eine volle Ausschöpfung zunächst für gewisse einzelne Fach- und Sachgebiete ermöglicht.

Aber die Gesetze, die noch von diesem Ministerium zu schaffen sein werden, bedürfen

doch noch gewisser Vorarbeiten. Ich darf hier den Ungeduldigen in diesem Zusammenhang den deutschen Verwaltungsgerichtspräsidenten Professor Helmut Kütz zitieren, der in Braunschweig auf einem rechtspolitischen Kongreß, der sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, unter anderem folgendes gesagt hat:

„Die fehlende Umweltbezogenheit solcher Gesetze ist in erheblichem Umfang mit für die eingetretenen Umweltschutzelastungen und für ihre bisher nur unzulängliche Abwehr verantwortlich. Zu warnen ist aber in jedem Falle ... vor dem Gedanken, den Umweltschutz etwa zum Gegenstande eines eigenen Sondergesetzes zu machen, womöglich mit Sonderbehörden.“ (*Abg. Kammerhofer: Das spricht doch gegen das Ministerium!*) „Dadurch würde nur Verwirrung geschaffen werden; der Umweltschutz umfaßt so viele Lebensbereiche und greift in so viele einzelne Lebensbereiche ein, daß er zwar allgegenwärtig sein und beobachtet werden muß, aber nicht losgelöst von ihnen für sich selbst erfaßt und geregelt werden kann. Umgekehrt müssen alle Sonderbereiche von ihm so durchdrungen werden, daß kein Bereich gegenüber den Erfordernissen des Umweltschutzes eine Ausnahmestellung behaupten kann.“

Im übrigen, meine sehr Verehrten, darf darauf verwiesen werden, daß Österreich in vielen internationalen Gremien vertreten ist, die sich mit diesen Fragen befassen und die die Mitarbeit unserer ministeriellen Vertreter und Wissenschaftler dort außerordentlich schätzen.

Außerdem muß gesagt werden, daß die Problematik in allen vergleichbaren Staaten ähnlich ist. Auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung in Sachen Umweltschutz!

So ist festzustellen, daß in allen Ländern das für Umweltschutz zuständige Ministerium in erster Linie Koordinierungsfunktionen und vor allem die Aufgabe hat, die dann in einzelnen Fachgebieten zuständigen Ministerien beratend und durch Beistellung von Expertengutachten zu unterstützen. (*Abg. Doktor Schwimmer: Bis die Umwelt zu Tode koordiniert ist! — Abg. Dr. Weiss: Das ist ein gescheiter Ausdruck!*) Herr Dr. Schwimmer! Sie werden mit einer anderen Auffassung in den Gremien, wo Fachleute sitzen, sicher nicht durchkommen. (*Beifall bei der SPO*.)

Aber wir schließen ja gar nicht aus, meine sehr Verehrten, daß wir im Lichte der Erfahrungen und daß wir auf Grund der Erkenntnisse, die wir jetzt sammeln, dann Zuständigkeiten verschieben werden und daß für gewisse Belange eine gemeinsame Überkompetenz geschaffen werden mag.

Dr. Kerstnig

Es bedarf doch gar keiner Worte — und es ist ja auch schon von meinen Vorrednern angeführt worden —, daß wir derzeit eine Kompetenzzersplitterung haben, die keineswegs auf immer so bleiben kann. (Abg. Doktor Neuner: Wenn das der Häuser hört!) Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es werden erst allmählich, dann aber mit einem wirklichen Erfolg, die Verfassungs- und Verwaltungsstrukturen den echten Notwendigkeiten des Umweltschutzes angepaßt werden können.

Die Erkenntnisse und Überlegungen über Zeitabläufe der nötigen Maßnahmen, über Vorrangigkeiten der einzelnen Bereiche, über Fragen der Kostentragung beziehungsweise die Aufbringungsart der erforderlichen Mittel werden dann erst die klaren Voraussetzungen für weitere politische Planungsentscheidungen schaffen. (Abg. Dr. Neuner: Das ist die „bestvorbereitete Regierung“!)

Meine sehr Verehrten! Wenn diese Regierung in einer Frage beim Nullpunkt beginnen muß, dann können Sie nicht erwarten, daß bereits in einigen Monaten so wichtige Fragen restlos gelöst sind. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Ihr habt ja angeblich ein Humanprogramm gehabt, wo alles drinnen gestanden ist! Was ist denn im Humanprogramm gestanden? Das war ja schon fertig!) Herr Dr. Kohlmaier! Sie sind anscheinend nicht herinnen gewesen! Ich habe aufgezeigt, daß die Maßnahmen dieser Regierung auf dem Humanprogramm aufgebaut sind, daß diese Regierung auch heute zum Humanprogramm steht und daß diese Regierung das Versprechen einhalten wird, dieses Humanprogramm in die Tat umzusetzen! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Ja, wann? — Abg. Dr. Marga Hubinek: In der nächsten Generation!)

Zur Kostenfrage hat sich Herr Dr. Scrinzi auch zum Verursacherprinzip bekannt. Auch wir sind der Meinung, daß man das Verursacherprinzip zugrunde legen wird, wobei ganz klar gesagt werden soll, daß der Begriff „Verursacherprinzip“ nicht etwa im Sinne eines weitreichenden Verschuldensprinzips zu verstehen ist, sondern daß er vielmehr im Wege einer sehr nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse zur objektiven Beurteilung und gerechten Verteilung der zwangsläufig entstehenden Mehrkosten im Produktionsprozeß führen soll.

Eines muß jedenfalls auch klar gesagt werden: Die direkte Überwälzung aller Kosten auf den Verbraucher — als das schwächste Glied in der Gesellschaft — ist auf keinen Fall vertretbar. (Abg. Dr. Mussil: Wer soll es denn zahlen? — Abg. Peter: Alle mitein-

ander!) Alle miteinander, sehr richtig! (Abg. Dr. Kohlmaier: Das sind aber die Verbraucher: alle miteinander!) Ich habe von der direkten Überwälzung auf den Letztverbraucher gesprochen und gesagt: In dieser Form kann es auf keinen Fall gemacht werden! (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie machen es indirekt!)

Im übrigen wird zu Unrecht der Eindruck erweckt, daß der Umweltschutz in ökonomischer Hinsicht nur Kosten verursacht und keine Erträge bringt. Geflissentlich wird übersehen, daß andererseits auch bei einem Verzicht auf Umweltschutzmaßnahmen meist große Schäden und Verluste und erhebliche Kosten für die Volkswirtschaft entstehen.

Ich erinnere nur an die Bedeutung dieser Frage vor allem für einen unserer wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, für den Fremdenverkehr. Gerade dieser Fremdenverkehr ist ja so sehr davon abhängig, wie wir uns zur Frage des Umweltschutzes stellen.

Der Umweltschutz muß also vor allem eine Angelegenheit kühl überlegender Ökonomen und Techniker sein, die dabei sowohl betriebs- und einzelwirtschaftliche Prämissen und Auswirkungen einzukalkulieren haben wie auch volkswirtschaftliche und globale Zusammenhänge berücksichtigen müssen. (Abg. Hahn: Millstätter See!) Wenn Sie die Kärntner Seen hier anführen, so darf ich Ihnen sagen, daß an allen Kärntner Seen, die für den Fremdenverkehr zur Verfügung stehen, bereits Ringleitungen im Bau sind, daß wir in Klagenfurt eine Kläranlage haben, die in der Lage ist, die Abwässer aus dieser Ringleitung für den Wörthersee dann aufzunehmen, daß wir in Villach vor einigen Tagen eine Kläranlage der Bestimmung übergeben haben, die die Abwässer des Ossiacher Sees aufnehmen wird, daß am Millstätter See die Ringleitung im Bau ist und daß am Weißensee die Überlegungen und die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß demnächst auch dort begonnen wird. Ich glaube, daß sich gerade Kärnten seiner Verantwortung auf diesem Gebiet sehr wohl bewußt gewesen und sehr rasch aktiv geworden ist. Auch vom Land her ist sehr viel geschehen, um dieses Problem zu lösen.

Die Ausmerzungen umweltfeindlicher und umweltschädigender Erscheinungen auch in der Produktionswirtschaft und ihr Ersatz durch umweltfreundliche Verfahren werden bei gezielter Planung und Koordinierung der einzelnen Maßnahmen sogar befruchtend wirken und Industrie und Handel neue Impulse und à la longue auch bessere Marktchancen geben, besonders wenn im Rahmen des größeren

Dr. Kerstnig

Marktes auch die internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen gepflegt wird und Wettbewerbsverzerrungen durch abgestimmte Umweltschutzmaßnahmen vermieden werden. Gerade die gemeinsame Umweltpolitik kann zu einem weiteren starken Band internationaler Zusammenarbeit und Integration — auch über die bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften hinaus — werden.

Aber kehren wir nach Österreich zurück. Wir müssen objektiv feststellen, daß eben erst die sozialistische Regierung die Frage des Umweltschutzes wirklich gezielt angegangen ist. Sie hat ein eigenes Ministerium dafür geschaffen und in allen anderen Ministerien den Umweltbelangen den Vorrang verschafft.

Ich hätte hier ein riesiges Paket mit Berichten aus den einzelnen Ministerien, was in den einzelnen Ministerien gerade auf diesem Gebiet, seit es eine sozialistische Alleinregierung gibt, gemacht wurde. Ich will nur kurz, schlagwortartig einige Dinge erwähnen.

Vor allem einmal aus dem Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz: Auf dem Gebiete der Luftüberwachung wurde neben Koordinierungsarbeiten eine einheitliche Messungs- und Auswertungsmethode des SO_2 -Gehaltes festgelegt. Es wurde ein Netz mobiler und fester Meßstellen errichtet. (*Abg. Dr. Neuner: Siehe Heizung in der Hofburg!*) Die Forschung über die Senkung des Schadstoffgehaltes der Abgase von Kraftfahrzeugen wird im Zusammenwirken mit dem zuständigen Ministerium vom Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz forciert. Auf dem Gebiete der Wasserreinhaltung werden immer wieder mit dem zuständigen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft Kontakte gepflegt, und dort werden auch entsprechende Vorschläge unterbreitet. An einem OECD-Forschungsprogramm wird sich Österreich mit der Untersuchung von mehreren Alpenseen beteiligen. Weiters werden Mittel zur Schaffung einer Vergiftungsinformationszentrale in Wien bereitgestellt. Bezüglich der Lärmbelästigung werden jetzt Lärmmessungen vorgenommen. Es werden Vorbereitungen dafür getroffen, daß auch auf diesem Gebiet entsprechende Maßnahmen gesetzt werden können. Schließlich und endlich möchte ich die Erstellung einer Strahlenkarte erwähnen. Und die Zusammenarbeit mit der Industrie!

Ich habe hier einen Brief des Vorsitzenden des Umweltschutzausschusses der E-Wirtschaft, in dem es heißt:

Der Verband der Elektrizitätswerke Österreichs hat erkannt, daß eine Mitarbeit bei den wichtigen Fragen des Umweltschutzes notwendig wäre, und hat diesbezüglich einen Aus-

schuß ins Leben gerufen, wo Unterlagen über Umweltschutz gesammelt und erarbeitet werden und wo man es begrüßt, daß trotz der mehr oder weniger ausschließlichen Kompetenz der Länder in einem rein wissenschaftlich orientierten Arbeitskreis auch beim Gesundheitsministerium auf diesem Gebiet Unterlagen erarbeitet werden.

Ich erinnere an das Leihprogramm des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, mit dem den Ländern Geräte für die Untersuchung von Luft, Wasser und Lärm zur Verfügung gestellt werden. 1972 wurden solche Geräte um 11 Millionen Schilling angeschafft.

Ich erinnere an die Tatsache, daß das interministerielle Komitee in mehreren Sitzungen weiter beraten hat und daß, wie in einer Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers zu lesen ist, bereits die Grundlagen für einen abschließenden Bericht geschaffen wurden.

Wir beteiligen uns an großangelegten internationalen Programmen.

Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß in den anderen Ministerien 1,4 Milliarden Schilling gezielt für den Umweltschutz ausgeben werden.

Ich erwähne das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, wo Forschungsaufträge in Fragen des Umweltschutzes erteilt wurden: ein Auftrag an Professor Wendelberger, an Dr. Sutschek, an Dr. Undt, an die Humanökologische Gesellschaft, an das Institut für höhere Studien und noch einmal an das Institut für höhere Studien.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ... (*Abg. Dr. Neuner, auf die zum überwiegenden Teil leeren Sektoren der SPÖweisend: Ihre Fraktion ist tief beeindruckt!*) Meine sehr Verehrten! Das sind Maßnahmen, die jetzt von dieser Regierung gesetzt wurden, gezielt gesetzt wurden im Interesse des Umweltschutzes.

Das Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat eine Vortragsfolge über technisch-ökonomische Fragen des Umweltschutzes durchgeführt, eine Dokumentation über ökonomisch-technologische Umweltfragen herausgegeben, auch eine Zusammenstellung der in Österreich angebotenen Verfahren, Geräte und Produkte, die dem Umweltschutz dienen.

Außerdem sind Ihnen die Bemühungen des Ministers zur Herabsetzung des Bleigehaltes des Benzins bekannt; er hat zwei Verordnungen erlassen.

Dr. Kerstnig

Bei der Ausarbeitung der neuen Gewerbeordnung ist man bemüht, dem Grundsatz des Umweltschutzes Rechnung zu tragen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Es sind Broschüren herausgebracht worden. Es finden regelmäßig Koordinationssitzungen zwischen den Vertretern der Papier- und Zellstoffindustrie und dem Ministerium statt und so weiter.

Bautenministerium: Ich möchte hier darauf hinweisen, daß man besonderen Wert auf ingenieurbologische Verbauungen im Rahmen des Baues von Straßen und von Autobahnen legt. Ich erinnere vor allem an die Gewährung von Mitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen.

Ich könnte darauf hinweisen, daß vor allem auch die verstaatlichte Industrie sehr, sehr umweltbewußte Maßnahmen setzt und daß dafür öffentliche Mittel gezielt eingesetzt werden.

Auch beim Projekt Aichfeld-Murboden wird dem Umweltschutz größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Erwähnen darf ich die VOEST, die Alpine-Montan und Waagner-Biró, die als Hersteller von Anlagen für den Umweltschutz international bekannte Firmen sind.

Sie wissen, daß bei der Bahn die Elektrifizierung zu Ende geht.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß im neuen Strafgesetz Strafbestimmungen für Vergehen gegen die Notwendigkeiten der Beachtung des Umweltschutzes enthalten sein werden.

Sehr umfangreich sind vor allem jene Maßnahmen, die das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft setzt. Aber ich glaube, es würde zu weit führen, hier noch weiter ins Detail zu gehen.

Ich möchte noch sagen, daß Frau Bundesminister Dr. Leodolter dabei ist, jene Gesetzesvorlagen zu erarbeiten beziehungsweise erarbeiten zu lassen, die den Anforderungen des Umweltschutzes dann in Form von Sondergesetzen Rechnung tragen sollen. Neben der in die Wege geleiteten Koordinierung bestehender Normen und Kompetenzen auf allen Gebieten des Umweltschutzes werden im Einvernehmen mit den sachlich zuständigen Ministerien und mit besonderer Unterstützung des Wissenschaftsministeriums im Wege einer gezielten Zweckforschung und des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches jene Daten und Grenzwerte erarbeitet, die erst eine Dringlichkeitsbewertung und eine einheitliche Vorgehensweise ermöglichen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen heute: Wir laufen ernstlich Gefahr, daß die negativen Nebenerscheinungen des rasanten Fortschrittes vor allem auf dem Gebiete der Chemie und der Technik die Vorteile und Annehmlichkeiten, die sich daraus für unser Leben ergeben, nicht nur in den Schatten stellen, sondern anderweitig wieder völlig zunichte machen, ja ins Gegenteil verkehren und daß damit für die gesamte Umwelt beziehungsweise für die Menschheit, die in dieser Umwelt lebt, tödliche Gefahren erwachsen können.

Wir wissen, daß dann, wenn die technisch-industrielle Zivilisation weiterhin ihre Leistungskraft auf Kosten der Umweltqualität erkaufte, sie ihre eigenen Grundlagen und damit die Qualität menschlicher Lebensmöglichkeiten gefährdet. Es gilt daher, vor allem eine Prioritätenordnung zu schaffen, die zwischen den Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt und der Belastbarkeit der Wirtschaft das menschliche Wohlbefinden zum Maß der Dinge macht, was zur Grundregel führt: So viel Umweltschutz wie möglich, so viel Belastung der Wirtschaft wie unbedingt nötig! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Breiteneder. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erstaunlich, daß eine Regierung, die beim Nullpunkt beginnen mußte, schon in der Lage ist, so viel Material, wissenschaftliches Material, dem Hohen Haus zu nennen. Ich glaube, Herr Abgeordneter Doktor Kerstnig, Ihre Ausführungen bedeuten zum Teil wohl eine Übertreibung, denn ich kann mich weit zurückerinnern, und mir ist nicht unbekannt, daß uns Wissenschaftler und Forscher seit vielen Jahren auf die bedenkliche Entwicklung verwiesen haben. *(Ruf bei der SPÖ: Aber gemacht habt ihr nichts!)*

Meine verehrten Damen und Herren! Für Gesundheit und Umweltschutz ist ein Betrag von fast 900 Millionen Schilling für das Jahr 1973 vorgesehen. Das ist für ein Beginnen sicherlich nicht eine weiß Gott wie hohe Summe! Aber man kann mit Recht erwarten, daß hier Fakten gesetzt werden, die uns dann irgendwie auch die Berechtigung geben, vor die Bevölkerung hinzutreten und zu verantworten, daß diese Mittel sinnvoll angewendet wurden.

Wenn nach außenhin ein sehr beeindruckender Plan für Gesundheit und Umwelt und so weiter vorgelegt wurde, dann ist das sicherlich ein Zukunftsbild, denn es ist nur ein

Breiteneder

geringer Teil der Menschen so froh und heiter, und nur über wenigen Städten Österreichs ist die Luft so klar und so rein, wie es *(der Redner zeigt einen Farbdruck)* auf diesem Bild gezeigt wird.

Das ist jetzt kein Vorwurf gegenüber der Regierung oder der Frau Bundesminister, sondern vielmehr eine Mahnung an die gesamte Menschheit.

Herr Dr. Kerstnig! Die Österreichische Volkspartei hat nie behauptet, daß es möglich sein wird, eine freundliche, gesunde Umwelt zu schaffen, ohne mehr Mittel einzusetzen. Das ist unmöglich. Das haben wir wirklich nie behauptet. Wir haben auch nie erklärt, daß sofort ein perfekter Plan für alle Maßnahmen, die notwendig sind, vorgelegt werden kann. Was wir in diesem Plan vermissen, haben schon einige Vorredner erwähnt, nämlich daß echte Prioritäten gesetzt werden. Es ist mehr ein Aufzeigen aller Probleme, aber kein Weg, wie diese Probleme gelöst werden sollen. Das, meine Verehrten, ist, wie ich glaube, sehr entscheidend.

Nun: Schlagwort oder Notwendigkeit? Heute ist schon betont worden, daß durch das viele Reden unter Umständen die Gefahr besteht, daß der einzelne Staatsbürger das Wort „Umweltschutz“ als Schlagwort betrachtet und selbst nicht seinen Teil dazu beiträgt, um dieses Problem zu lösen.

Ich persönlich vertrete folgenden Standpunkt: Dieses Problem ist eine Frage für jeden einzelnen Staatsbürger. Weder die Regierung noch das Parlament wird diese Frage lösen können, wenn nicht der Staatsbürger dazu erzogen wird, hier mitzuhandeln und mitzudenken.

Ich halte es daher für notwendig, daß schon im Kindergarten und in der Schule damit begonnen wird, unsere Jugend über den Wert der Gesundheit und über den Wert einer gesunden Umwelt aufzuklären. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man bedenkt, wie viele Mittel für andere Dinge aufgewendet werden, für Aufklärung und so weiter, dann müßte man sich sagen: Diese Frage müßte schon bei der Erziehung sozusagen das Einmaleins in der Volksschule werden.

Diese Werte sind heute unseren Menschen viel zuwenig bewußt. Wenn ich Gelegenheit habe, mit der Jugend oder auch mit älteren Menschen darüber zu reden, bin ich oft darüber entsetzt, wie wenig ihnen diese Frage bewußt geworden ist und wie entscheidend dieses Problem für den Fortbestand der gesamten Menschheit sein wird.

Eine Umfrage in der Bevölkerung hat ergeben, daß etwa 90 Prozent, besonders im ländlichen Raum, größten Wert auf eine ausreichende ärztliche Betreuung legen. Ich darf mich diesem Problem zuwenden, das zuwenig bekannt ist. Nun auch wieder zum Katalog. Da steht in der Einleitung: „Ausbau und Sanierung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, wobei der Einrichtung des ärztlichen Notdienstes und dem Problem der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.“

Hohes Haus! Auch hier vermisste ich klare Vorstellungen, wie man dieses Problem lösen will.

Meine verehrten Damen und Herren! Man muß sich vorstellen, welche Anforderungen heute an die Landärzte gestellt werden! Mir ist bekannt, daß es zum Beispiel Sanitätsgemeinden mit 3000, mit 4000 Einwohnern gibt, wo nur ein Arzt zur Verfügung steht. Wir haben zum Beispiel Gemeinden, wo dem Arzt eine Wohnung und alles geboten wird, wo aber die Ordinationen, wenn sie frei werden, nicht besetzt werden können. Sie sehen, daß da die Notwendigkeit bestehen würde, echte Hinweise darauf zu geben, wie man dieses Problem in Zukunft lösen will.

Man muß sich auch die räumliche Entfernung vorstellen. Es gibt Sanitätsgemeinden, wo ein Landarzt ein Gebiet von 60 bis 70 Quadratkilometer zu betreuen hat. Welche Anforderungen werden da gestellt, wenn ein Krankenbesuch notwendig wird!

Wir haben Gebiete mit einem extrem strengen Winter, wo die Strecken zu den Patienten oft nur mit Motonschlitten bewältigt werden können. Das alles sind Dinge, die wir bei der Versorgung des ländlichen Raumes mit Ärzten berücksichtigen müssen. Das sind keine Phrasen, meine Verehrten, sondern das sind Tatsachen!

Es wäre daher notwendig, auf diesem Gebiet vielleicht gewisse finanzielle Vorteile für jene Ärzte zu schaffen, die sich dazu bereit erklären, im ländlichen Raum noch zu wirken. Das ist kein Vorwurf. Ich weiß, daß diese Fragen nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Aber ich glaube, auch die Bevölkerung im ländlichen Raum hat Anspruch auf eine ausreichende ärztliche Versorgung.

Wenn Sie bedenken, daß im städtischen Bereich auf etwa 700 Einwohner ein Arzt kommt, dann erkennen Sie die große Differenz, die es da gibt. Das ist, wie ich glaube, mit ein Grund dafür, daß der Gesundheitszustand der ländlichen Bevölkerung viel

5650

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 19. Dezember 1972

Breiteneder

schlechter ist als der Gesundheitszustand der Menschen im städtischen Bereich, obwohl hier unter Umständen die Lebensbedingungen ungünstiger sind.

Die Stellungen beziehungsweise die Musterrungen zeigen immer wieder, daß gerade Stellungspflichtige aus dem ländlichen Bereich große Mängel, insbesondere hinsichtlich der Körperhaltung, aufweisen. Auch da müssen wir feststellen — das ist schon einmal betont worden —, daß dieses Problem von allen übrigen Fragen nicht zu trennen ist. Es gibt keinen Bereich im politischen und wirtschaftlichen Leben, in den nicht die Frage Gesundheit und Umwelt hineinreicht.

Wir sind nicht in der Lage, im ländlichen Bereich in unseren Schulen entsprechende Turnsäle, Turnräume zu schaffen. Hier fehlt oft die Möglichkeit, den Kindern einen exakten Turnunterricht zu erteilen, und daher diese vielen Körperschäden!

Es ist natürlich auch so, daß oft die Aufklärung über eine gesunde Ernährung fehlt. Daher wäre es notwendig, daß man sich mit dieser Frage viel intensiver auseinandersetzt.

Nun zur Reinhaltung unserer Umwelt einige Bemerkungen. Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß der Bevölkerung viel zuwenig bekannt ist, welch enorme Leistung auf diesem Gebiet an und für sich die Natur und im weitesten Sinne die Betreuer der Natur, die Angehörigen des Bauernstandes, erbringen.

Ich war an und für sich über den Vorwurf betrübt, den man immer wieder macht, indem man darauf verweist, welche Subventionen beziehungsweise Leistungen der bäuerlichen Bevölkerung auf sozialem Gebiet gewährt werden. Ich habe vor wenigen Minuten eine Rechnung angestellt, weil man immer wieder von den Milliarden Schillingen spricht.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß in der Zeit von 1951 bis 1970 rund 450.000 Menschen abgewandert sind, Menschen — ich bringe das sofort mit der Umwelt in Zusammenhang —, die anderen Berufen zugewandert sind. Es gibt keinen einzigen Berufsstand in Österreich, von dem so viele Menschen abwanderten wie aus der Landwirtschaft.

Berechnen wir nun die Erziehungskosten! Ich gebrauche hier bewußt den Ausdruck „Aufziehen“. Diese Kosten schwanken naturgemäß zwischen 50.000 und 350.000 S. Ich nehme also als Mittelwert 120.000 S. Da ergibt sich ein Durchschnittsbetrag von jährlich 2,5 Milliarden Schilling, die die österreichische Landwirtschaft als biologisches und finanzielles Opfer für die gesamte Gesellschaft er-

bringt. Auch das muß einmal, wie ich glaube, ausgedrückt werden.

Meine Verehrten! Die gesamte Erscheinung in der Produktion ist irgendwie bedenklich. Ich möchte hier das Problem aufzeigen, das darin besteht, daß man so tut, als ob die österreichische Landwirtschaft nicht mehr genügend gesunde Nahrungsmittel auf den Markt bringen würde. Meine verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, daß wir hier einer bedenklichen Entwicklung entgegengehen, daß die Landwirtschaft gezwungen wurde beziehungsweise auch auf Grund der Bevölkerungszunahme gezwungen ist, eine moderne Schädlingsbekämpfung durchzuführen.

Ich möchte zu bedenken geben, daß heute 3,6 Milliarden Menschen rund 1,3 Trillionen gefährliche Schädlinge gegenüberstehen. Wenn ich das auf unser Gebiet, auf Österreich, anwende, so muß ich sagen: Wir müssen, um entsprechende Erträge zu haben, etwa 6000 bis 7000 t Schädlingsbekämpfungsmittel breitflächig ausstreuen. Das bedeutet sicherlich eine Gefahr, weil ja auch Schädlingsbekämpfungsmittel angewendet werden, die schwer abgebaut werden und die sich unter Umständen gefährlich auf die Gesundheit der Menschen auswirken.

Trotzdem möchte ich vor der Meinung warnen, die Menschheit wäre in der Lage, auf die Anwendung dieser Mittel zu verzichten. Wir müssen nur überlegen, damit es möglich sein wird, die Anwendung gefährlicher Mittel, die man in der Vergangenheit — da muß ich auch wieder ganz deutlich werden — vielleicht bagatellisiert hat, durch eine biologische Schädlingsbekämpfung zu reduzieren und nicht mehr auszuweiten. Es ist nun einmal so, daß jeder Gewinn auch einen Verlust hat. Heute wissen wir, daß durch die Anwendung dieser gefährlichen Mittel die biologische Schädlingsbekämpfung weitgehend so dezimiert wurde, daß wir momentan auf die anderen Mittel nicht verzichten können. Es muß aber möglich sein, vielleicht durch die biologische Schädlingsbekämpfung einen Ersatz für die gefährliche chemische Schädlingsbekämpfung zu finden.

Es wurde auch erwähnt, daß sehr viele Mittel für die Abwasserreinhaltung angewendet werden. Wir haben auf Grund Ihres Kataloges festgestellt, daß in Österreich seit 1959 etwa 1100 öffentliche Kläranlagen errichtet wurden.

Derzeit liegen beim Landwirtschaftsministerium über 1000 Anträge. Man muß sich überlegen, welche Zeitspanne es in Anspruch nehmen wird, um all diese Anträge ... (Abg. Dr. Weiss: Welche Anträge?) Für Klär-

Breiteneder

anlagen und so weiter. (Abg. Dr. Weihs: Kläranlagen gehören nicht zum Landwirtschaftsministerium, zu Ihrer Information!) Ja! (Abg. Dr. Weihs: Nein!) Herr Minister! Anträge für den Wasserwirtschaftsfonds. Meine Verehrten! Das ist wieder eine Kompetenzfrage. Ich habe die Befürchtung, daß wir durch das viele Reden über Kompetenzfragen nicht zur Arbeit kommen werden. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß es vordringlich ist, einmal zu überlegen, wer für was zuständig ist. Es gibt bestimmte Aufgabengebiete, für die die Gemeinden und die Länder zuständig sind. Aber es gibt sehr viele Fragen, für die nur der Bund zuständig sein darf.

Meine Verehrten! Abschließend möchte ich sagen: Wir sollten uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen. Es ist bereits fünf Minuten vor 12! Ich möchte es nicht dramatisieren, aber es wird notwendig sein, daß wir mit dem Umdenken beginnen.

Wir haben in der Vergangenheit allen Grund gehabt, die materiellen Bedürfnisse der Menschen zufriedenzustellen. Aber es ist höchste Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir nicht mehr darnach fragen, wie hoch die Produktion ist, sondern daß wir feststellen, wie nützlich die Produktion für die Menschheit sein wird.

Unter Anwendung dieser Grundsätze wird das bäuerliche Denken — ich überbewerte den Bauernstand nicht — wieder mehr Vorrang genießen. Es ist unverständlich, daß man einen Berufsstand, der so viel für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft tut, so wenig beachtet. Ich glaube, der Frau Bundesminister ist bekannt, daß man in den europäischen Staaten Sorgen betreffend die Landwirtschaft hat und bereits Berechnungen und Versuche anstellt. Dort werden für eine einmalige Mahd pro Hektar 1700 S ausgegeben.

Ich möchte mich mit diesem Thema nicht weiter beschäftigen. Es wird notgedrungenemmaßen sehr oft Gelegenheit in diesem Hause sein, daß wir uns mit dieser Frage auseinandersetzen. Ich glaube, es wird aber auch notwendig sein, mehr nach dem Nutzen einer Arbeit als nach dem Produkt zu fragen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Probst**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tonn das Wort.

Abgeordneter **Tonn** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als im November 1969 die Sozialistische Partei ihr Humanprogramm beschlossen hat, wurde nicht nur ein Bekenntnis zum Umweltschutz abgelegt, sondern auch auf-

gezeigt, was auf diesem Gebiet zu tun ist. Die ÖVP war damals wohlbestallte Regierungspartei und hat über dieses Humanprogramm mehr oder minder gelächelt.

Wie wichtig der Umweltschutz ist, hat man inzwischen auch in den Reihen der österreichischen Volkspartei erkannt, und wir sind stolz darauf, daß wir sie letzten Endes auch etwas umweltbewußt gemacht haben. (Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.) Sehr verehrte Frau Abgeordnete Hubinek! Wenn Sie 1969 von all dem nichts wissen wollten, dann haben Sie jedoch in den letzten drei Jahren sehr schnell Ihre Meinung geändert und wollen jetzt im Jahre 1972 all das, was jahrzehntelang versäumt wurde, auf einmal haben. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Für uns als Sozialistische Partei war es klar, was wir zu tun haben. Deshalb hat diese Bundesregierung und die Regierungspartei das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz eingerichtet. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Neue Schreibtische!)

In der ersten Phase der Tätigkeit dieses Ministeriums kann man natürlich nicht sofort solche Taten setzen, die Sie gerne sehen würden. Es wurden jedoch auf dem Gebiete des Umweltschutzes alle Unterlagen gesammelt, die es beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden gibt. Diese wurden geordnet gegenübergestellt, und es wird demnächst ein Zwischenbericht in den Nationalrat kommen. Sie werden sehen, daß hier der erste Schritt auf dem Gebiete des Umweltschutzes unternommen wurde. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wichtigste ist, daß man daran gehen muß, sich Entscheidungshilfen zu erarbeiten, denn nur das allein kann die Basis für weitere Arbeiten sein. Es muß eines klar und deutlich gesagt werden: Die Prognosen für die Zukunft der Menschheit sind nicht gerade sehr erfreulich, und die Zukunftsforscher malen ein sehr düsteres Bild für unsere Welt. Es wäre daher kurzfristig, wenn man die Lösung der Probleme hinausschieben würde. Wir dürfen auch nicht vor den Gefahren, die auf uns zukommen, kapitulieren.

Umso erfreulicher sind die Aktivitäten, die diese Bundesregierung eingeleitet hat. Wenn für das Budget 1973 zum ersten Mal hier konkrete Ansätze vorliegen, dann können wir feststellen, daß das der Beginn einer neuen Ära auf diesem Gebiet ist.

Was sagen Sie als Oppositionspartei dazu? Ich kann hier nicht wie meine beiden Vordrner Sakanina und Kerstnig sehr sanft vorgehen, sondern ich muß Ihnen konkrete Beispiele liefern. Es hat zum Beispiel der Herr

5652

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 19. Dezember 1972

Tonn

Abgeordnete Dr. Kohlmaier am 22. November in diesem Haus von diesem Rednerpult aus gesagt, man hätte sich dieses Ministerium ersparen können; Herr Dr. Wiesinger hätte mehr geleistet. Meine bescheidene Meinung ist, daß Herr Dr. Wiesinger unser Humanprogramm sehr aufmerksam gelesen hat. Diese Meinung teile ich vielleicht mit Herrn Doktor Kohlmaier. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solche Feststellungen, wie sie der Herr Generalsekretär der ÖVP von sich gegeben hat, sind nichts anderes als eine Flucht nach vorn und sind sicher kein ernstes Argument. (*Abg. Glaser: Ist das Ihre Jungferrede?*) Ja, Herr Abgeordneter Glaser, es ist meine Jungferrede, und Sie können mich dabei nicht stören. (*Zwischenrufe.*)

Ich möchte dazu sagen: Kritik ohne Alternativen kann man der Bevölkerung heute nicht mehr verkaufen. Hier stimme ich mit Ihrem Klubobmann Professor Dr. Koren überein, der in Salzburg bei Ihrem Parteitag gesagt hat — ich zitiere den ÖVP-Pressedienst —: „Opposition als politische Alternative muß auch inhaltlich Alternativen bieten.“

Das, meine Damen und Herren, können wir zu diesem Kapitel bei Ihnen leider nicht feststellen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Was wir brauchen, sind konzertierte Aktionen und nicht verzettelte Ideensammlungen. Was wir brauchen, sind konkrete Taten. Sie ürgieren heute nur das Beste und das Teuerste und haben selbst nicht einmal formulierte Ideen. Man hat den Eindruck, daß bei Ihnen ein überzüchteter Neidkomplex entsteht, weil unsere Bundesregierung aktiv ist. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ohne Zweifel ist Lärm die Plage unserer Zeit. Die Lärmbekämpfung ist an und für sich ein sehr hochaktuelles gesundheitspolitisches Problem. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) — Vielleicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, hören Sie zu, was ich sage. Sie können ja dann Ihre Zwischenrufe machen. — Oftmals ist der Lärm unbekannte Ursache für viele Krankheiten. Wir sehen in der Lärmbekämpfung eine gesellschaftspolitische Aufgabe und nicht nur eine Wahrung von Interessen.

Die Lärmbekämpfung ist eine der Primäraufgaben des Umweltschutzes. Wenn wir daran denken, daß es auf unseren Straßen Verkehrslärmspitzen von 84 Dezibel gibt und man in Deutschland Grenzwerte von 65 db festgesetzt hat, dann sehen Sie schon daraus

allein, wie dieses Problem auf uns zukommt, ja sozusagen zustürzt. Ich könnte Ihnen hier Meßwerte aus der Stadt Schwechat geben, in der ich beheimatet bin. Wir haben aus eigener Initiative von der Gemeinde aus solche Lärm-messungen durchgeführt; zum Beispiel bei der Ihnen sicher bekannten ÖMV-Raffinerie. Dort entstehen Lärmspitzen bei Tag von 90 db und bei Nacht von 88 db. Das heißt also, daß man mit solchen Lärm-messungen, wenn sie systematisch vorgenommen werden, die Gewähr für gezielte Bekämpfungsmaßnahmen erhält.

Es wird Aufgabe sein, den Lärm am Entstehungsort zu bekämpfen. Hier wird die neue Gewerbeordnung, wie heute schon einmal ausgeführt, Abhilfe schaffen. Es wird aber notwendig sein, auch für den Immissionsort Grenzwerte festzulegen. Es ist sehr erfreulich, daß in nächster Zeit Empfehlungen für immissionsbezogene Grenzwerte vom Ministerium herausgegeben werden. Diese Grenzwerte können dann als Richtschnur für alle Behörden dienen.

Ich kenne den Lärm aus eigener Erfahrung, zum Beispiel vom Flughafen Schwechat, und ich bin mir dessen bewußt, daß die Grenzwerte hier eine erste Hilfe bringen werden. Wenn ich an den Düsenlärm der startenden Flugzeuge denke, an die Nachtflüge, an die Flughöhe — wo es ja immer wieder Probleme gibt —, dann muß ich sagen: Es ist dies ein erster Schritt zur aktiven Lärmbekämpfung.

Was beim Kapitel 17 im Abschnitt Umwelthygiene besonders erfreulich ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Mittel wurden von 5 auf 13 Millionen Schilling aufgestockt! So wird es möglich sein, mit diesen Mitteln einen systematischen Ausbau der Meßanlagen durchzuführen und auch zwei neue Meßwagen anzukaufen. Dadurch wird es weiters möglich sein, daß überall Messungen durchgeführt werden können, um mit solchen mobilen Anlagen für ganz Österreich einen Lärmkatalog zusammenstellen zu können.

Erfreulich ist auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Forschungsaufträge vergibt. Denn eines muß uns klar sein: Umweltforschung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Umweltschutzpolitik.

Ein weiteres Problem, sehr verehrte Damen und Herren, das uns im Rahmen des Umweltschutzes zu schaffen macht, ist die Luftverschmutzung. Luft ist ein wichtiges Lebens-element — es hat Vorrang bei der Umwelthygiene —, und Sauerstoff ist ja letzten Endes

Tonn

die Grundvoraussetzung für unser Leben. Bekanntlich wird der Sauerstoff durch die Pflanzenwelt aufgebaut. Wissenschaftler haben festgestellt, daß das pro Jahr auf unserem Erdball rund 143 Milliarden Tonnen sind. Das ist eine sehr große Zahl, doch die Luftverunreinigung ist trotzdem bereits sehr bedenklich.

Wir haben hier aus Österreich selbst Zahlen aus dem Jahre 1969 vorliegen. Hier wird darauf verwiesen, wieviel an Umweltverschmutzung in die Luft hinausgeht: an Asche, Staub und Ruß 103.000 Tonnen; an Schwefeldioxyd 260.000 Tonnen; an Kohlenmonoxyd 165.000 Tonnen; an Stickoxyden 11.000 Tonnen und an Kohlenwasserstoffen 4000 Tonnen.

Sie sehen, daß auf dem Sektor Luftverschmutzung die Gefahr für uns immer größer wird. Die Technisierung hat einen wesentlichen Eingriff in den Lufthaushalt gebracht, und die vielschichtige Problematik dabei ist, daß dieses schutzwürdige Gut Luft diesseits und jenseits der Grenzen liegt und man daher nicht auf einem kleinen Sektor etwas tun kann, sondern vor allem auch auf dem internationalen.

Die Luftreinhaltung und der Umweltschutz im allgemeinen — ich habe das schon im Budgetausschuß gesagt — wird uns allen gemeinsam eines bringen: wir werden den längsten und den teuersten Krieg zu führen haben, den wir jemals geführt haben! Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Österreich gilt dabei eines: Während man bis 1970 in der Etappe darauf gewartet hat, diesen Krieg zu führen, sind wir nun endlich einmal zur Offensive übergegangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diesen gemeinsamen Krieg zu führen, meine sehr Verehrten, bedarf es des ehrlichen Bemühens aller. Denn die Menschen erwarten von uns Aktionen, und wir werden diese Aktionen beginnen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.)* Auch hier wie überall, Herr Abgeordneter Dr. Bauer, stehen Initiativen dieser Bundesregierung im Gegensatz zu der Tätigkeit der Bundesregierung von 1966 bis 1970.

Daß das nicht immer so war mit dem Umweltschutz, versuchen Sie ja heute krampfhaft zu verschweigen. Aber vielleicht darf ich auf die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus vom 20. April 1966 verweisen, in der er für die Volksgesundheit 17 Worte aufgewendet hat. Da der Herr Abgeordnete Graf beim Kapitel Landesverteidigung 11 Zeilen verlesen hat, gestatten Sie mir, daß ich zumindest 17 Worte verlese. Bundeskanzler Dr. Klaus hat damals gesagt:

„Neuen Gefahren gilt es vor allem durch eine verbesserte Lebensmittelkontrolle, die Lärmbekämpfung und den Strahlenschutz zu begegnen.“

Das war alles. Im Verhältnis zur übrigen Regierungserklärung war das ein Promilleteil an Worten. In den darauffolgenden vier Jahren war auch die Bereitstellung von Mitteln auf der gleichen Promilleebene. Man sieht, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP: Die Zeit der politischen Zauberlehrlinge ist endgültig vorbei. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn Sie nunmehr sagen, die Zeit hat sich geändert, dann möchte ich auf noch etwas hinweisen. Die große Oppositionspartei dürfte auch heute noch wenig Interesse am Umweltschutz haben. Bei den Ausschüßberatungen zu diesem Kapitel haben sich insgesamt 13 ÖVP-Redner gemeldet. Davon hat die Frau Abgeordnete Hubinek als einzige zu Problemen des Umweltschutzes Stellung genommen. Alle anderen — laut „Parlamentskorrespondenz“, bitte — nicht! *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Wie viele haben von Ihnen gesprochen?)*

Frau Abgeordnete Hubinek! Ich weiß, es ist Ihnen peinlich, wenn man Ihnen so etwas sagt. Aber diese Zwischenrufe können Sie ja machen. Ich sage nur das, was die „Parlamentskorrespondenz“ beweist. Wenn Sie schon solche Zwischenrufe machen: Sie haben sich nicht nur jetzt nicht für den Umweltschutz interessiert, sondern auch früher nicht!

Ich habe hier eine Unterlage. „Mit den Augen des Finanzministers“. — Von Herrn Professor Koren, aus seiner Budgetrede 1970 —: Allen kann man unmöglich alles recht machen. — Das sind alles Reden aus Ihrer Regierungszeit. Darinnen findet man überhaupt nichts. Nicht einmal eine Andeutung über den Umweltschutz. Ich glaube, auch das muß gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schwitter.)* Herr Schwimmer! Ich lese nicht vor, aber nachdem Sie sich in Zwischenrufen ergötzen, bin ich gerne bereit, damit Sie endlich einmal politisch schwimmen lernen, für Sie beim Gesundheitsministerium einen Schwimmkurs zu veranstalten. Das können wir machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jedenfalls zeigt mein kurzer Überblick — er ist deswegen kurz, weil ich mich verpflichtet habe, nur eine Viertelstunde zu reden —, daß dieses Bundesministerium in den 323 Tagen seines Bestehens seit dem 1. Feber mehr gemacht hat als das Bundesministerium für soziale Verwaltung der ÖVP in insgesamt vier Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Tonn

Ich persönlich werde das Gefühl nicht los, daß heute bei der großen Oppositionspartei der Neid größer ist als der Fleiß zwischen 1966 und 1970. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Ofenböck.*) Herr Kollege Ofenböck, ein gemeinsames Gefühl mit Ihnen möchte ich bitte nicht haben. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ein gemeinsames Gefühl lehne ich ab. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte also bitte zum Abschluß kommen und Ihnen folgendes sagen: Trotz Ihrer mißlungenen Imageoperation in Salzburg und gewisser parteiphilosophischer Betrachtungen im ÖVP-Fünfzehner-Ausschuß nehmen Sie leider — ich muß sagen: leider — noch immer eine politisch-geistig antiquierte Haltung ein. Antiquitäten, meine Damen und Herren, mögen im Museum reizvoll sein, in der Politik sind sie nicht am Platz. (*Abg. Mitterer: Überheblich sind Sie nicht!*)

Dazu paßt auch ein Ausspruch Ihres Parteibeamten am Parteitag in Salzburg, der dort zu diesem Bundesministerium gesagt hat, es wäre ein Schmalspurministerium der Planlosigkeit. Ich glaube, dazu muß man auch etwas sagen.

Wenn der Herr Dr. Schleinzner dieses Ministerium als ein planloses bezeichnet, dann muß man an seine Adresse — er ist leider heute nicht hier — folgendes sagen: Wenn man selbst ein politisches Geisterschiff in einem Trockendock zum Segeln bringen will, dann sollte man mit Argumenten etwas vorsichtiger sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann nur eines sagen: Die Regierungspartei wird ihre Zielvorstellungen beim Umweltschutz verwirklichen. Das Budget 1973 ist der erste und der wichtigste Schritt dazu. Wir bekennen uns zu den Maßnahmen dieses Ministeriums, und ich darf abschließend sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wer gegen dieses Kapitel stimmt, der ist auch gegen einen aktiven Umweltschutz. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Linsbauer. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Linsbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß Sie, Ihre Kollegen und Kolleginnen, gut in Ihren Aussagen sind, hat mein Vorredner bewiesen. In der Propaganda waren Sie vor 1970 so, daß Sie viel versprochen haben und jetzt nichts tun; die Worte meines Vorredners sagen gerade wieder das gleiche. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es kommt mir die Aussage über dieses Ministerium vor wie das Geschrei eines kleinen Kindes, das viel Lärm entwickelt, aber es

steckt nichts dahinter. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Nun will ich mich aber mit dem beschäftigen, was ich mir vorgenommen habe, und zwar mit dem Personal dieses Ministeriums und den Anstalten. Es wurde davon gesprochen, wie umfangreich dieses Ministerium ist und wie es gut ausgestattet ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kenne mich auch aus, weil ich aus dem Dienststand des Sozialministeriums komme; der Herr Sozialminister weiß das genauso wie ich: es ist die ehemalige Sektion V, und es sind die veterinärmedizinischen Untersuchungsanstalten des Landwirtschaftsministeriums. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Fleischmann.*) Nein, Kollege Fleischmann, das war nur die Aussage dessen, was ein Kind tun kann.

Mit Personal — es geht mir also hauptsächlich um das Personal — wurden aber die vier Sektionen dieses Ministeriums bereits besetzt. Ich möchte hier an den Personen keine Kritik üben. Ich möchte aber die Frau Bundesminister fragen: Wie gedenken Sie die Agenden dieses Ministeriums auszubauen? Wo nehmen Sie andere Bedienstete her? Ich habe feststellen können, daß bereits bei Ihnen der Einzug in dieses Ministerium herrscht und daß Beamte und Bedienstete aus anderen Dienststellen kommen. Ich muß Sie nun fragen: In welcher Weise haben Sie auf das zukünftige Dienstpostenausschreibungsgesetz Bezug genommen? Hier steht doch drinnen: Geeignete Vorarbeiten und Fachprüfungen, einschlägige fachliche Vorbildung. Aus welchen Dienststellen wurden diese Leute genommen und wer hat sie Ihnen empfohlen? Sind sie Ihnen vielleicht über sozialistische Parteisekretariate empfohlen worden? (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Frau Bundesminister! Ich habe im Sommer an Sie die Anfrage gerichtet: Wie viele neue Dienstposten werden Sie beantragen? Sie haben mir damals keine Antwort gegeben; dafür haben Sie mir einen Brief geschrieben, daß Sie vor der Beschlußfassung dieses Gesetzes keine Auskunft geben können. Mir ist bekannt, daß Sie 70 Dienstposten angefordert haben. Nun haben Sie, glaube ich, 34 Dienstposten bekommen. Angefordert haben Sie von den 70 Posten 20 für die Zentralstelle und 50 für die Anstalten.

Frau Bundesminister! Sie haben 34 für die Zentralstelle, glaube ich, bekommen. Haben Sie sich nicht durchsetzen können, daß für die Lebensmitteluntersuchungsanstalten, für die Anstalten, die für die Gesundheit der Bevölkerung arbeiten, Dienstposten geschaffen werden? Was wollen Sie mit den 34 Dienstposten

Linsbauer

in Ihrem Ministerium anfangen? Welche Agenden sollen diese Personen übertragen bekommen?

Ich war mit dem Zentralausschuß — bevor Sie die Agenden dieses Ministeriums übernommen haben — bei Ihnen. Der Obmann des Zentralausschusses hat Ihnen ein großes Wunschpaket vorgelegt. Bisher haben Sie dem Zentralausschuß keine Meinung darüber abgegeben. Frau Bundesminister! Anerkennen Sie nicht die gewählten Personalvertreter, weil Sie keine Antwort geben?

Weiters möchte ich Sie fragen: Der Fachausschuß hat Ihnen ebenfalls ein Wunschprogramm übergeben. Nun wird mir gesagt, Sie wären nicht bereit gewesen, die Vertreter des Fachausschusses zu empfangen. Die Herren des Fachausschusses wären aber bereit gewesen, zu Ihnen ins Parlament zu kommen, weil Sie glaubten sagen zu müssen, Sie wären hier im Parlament immer tätig.

Sie haben das abgelehnt und sagten: Während der Sitzungen im Parlament könnten keine Delegationen empfangen werden. Erstens stimmt das nicht, und zweitens sehe ich die gewählten Personalvertreter nicht als eine Delegation im üblichen Sinne an; solche wurden des öfteren hier empfangen.

In dem Gesundheitsplan, Frau Bundesminister, möchte ich nur auf drei Punkte hinweisen, und zwar auf 1173, 1174 und 1175. Hier schreiben Sie sehr viel und in der Art der sozialistischen Regierung mit viel Propaganda über die Aufgaben der Untersuchungsanstalten, über die Aufgaben der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten, und das geht so weiter über alle Anstalten des gesamten Bundesgebiets.

Bei 1174 schreiben Sie:

„Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird im Rahmen seiner budgetären Möglichkeiten den Ausbau dieser Anstalten und deren apparative Ausstattung den Erfordernissen entsprechend adaptieren.“

Frau Bundesminister! Was haben Sie bisher unternommen? Haben Sie dem Finanzminister irgendwelche Anträge gestellt?

Nun zu 1175. Da schreiben Sie:

„Damit diese Anstalten auch in personeller Hinsicht den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden können, bemüht sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz um die Schaffung der notwendigen Dienstposten ...“

Frau Bundesminister! Sie haben 34 Dienstposten für die Zentralstelle und keinen einzigen Posten für die Untersuchungsanstalten.

Haben Sie sich wirklich bemüht, Dienstposten für die Kolleginnen und Kollegen dieser Anstalten zu bekommen?

Im Rahmen der letzten Personalvertretungswahl sind wir als Personalvertreter durch das Bundesgebiet gefahren und waren in den Landeshauptstädten. Haben Sie schon die bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalt in Linz gesehen, Frau Bundesminister? Wenn beim Bund für unsere Bundesgebäude die Arbeitsinspektorate Einsicht nehmen könnten, wäre die Linzer Anstalt schon gesperrt! Fast ähnlich ist es in Graz, in Salzburg und in Klagenfurt.

Ich möchte mich heute nicht weiter mit dem Personal befassen. Ich würde Sie bitten, mir Antwort auf meine Fragen zu geben. Besonders würde ich Sie ersuchen, daß Sie die gewählten Personalvertreter empfangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Samwald. Er hat das Wort.

Abgeordneter Samwald (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist das erste Budget in diesem Hause zur Gruppe 1, Innenverwaltung, Kapitel 17, Gesundheit und Umweltschutz, das wir heute hier beraten und beschließen werden, seitdem der Nationalrat am 1. Februar 1972 zur Wahrung der Gesundheit des Menschen und zur Wahrung der Aufgaben der öffentlichen Hand zum Schutze der Umwelt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz beschlossen hat.

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, aber auch meine Herren von der FPÖ, waren damals dagegen, dagegen in einem Nichterkennen der Tatsache, daß im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, in einer technisch so rasant fortschreitenden Zeit, in der gerade die Frage der Gesundheit und des Umweltschutzes ungeheure Bedeutung erlangt hat, besondere Maßnahmen zu treffen sind.

Denn, ich glaube, durch die rasche Änderung der Lebensverhältnisse in unserer Industriegesellschaft, aber auch durch die damit verbundenen Umweltprobleme hat sich auch insbesondere eine Gefährdung der Gesundheit gegenüber den früheren Zeiten ergeben.

Dementsprechend, meine Damen und Herren, wurde und wird im besonderen Maße nun von neuem die Gesundheitsverwaltung vor ungeheure Aufgaben gestellt. Das müssen wir aber auch berücksichtigen, und das müssen wir besonders betonen, wenn wir die ganze Problematik und Situation auf diesem Sektor verstehen wollen.

Samwald

Es ist das Verdienst der ersten sozialistischen Alleinregierung, gerade die Bedeutung des Gesundheitswesens und des Umweltschutzes in besonderem Maße erkannt zu haben und daher auch bereit zu sein, dementprechende Maßnahmen zu setzen.

Weitblickend ließen wir Sozialisten uns dabei von zwei sehr wichtigen Aspekten leiten: Der Mensch gerät durch den Fortschritt — den ich bereits erwähnt habe — der Technik und der Chemie und auch durch die damit rasch fortschreitende Industrialisierungswelle in Anbetracht der Auswirkungen auf den Menschen in eine immer stärker werdende Gefährdung der Gesundheit. Eine Gefährdung, meine Damen und Herren, der der Mensch, allein auf sich gestellt, nicht mehr Herr werden kann!

Schon aus diesem Grunde haben wir Sozialisten alles darangesetzt und werden wir Sozialisten alles daransetzen, daß diese Gefährdung für den einzelnen unserer Mitbürger gemindert und womöglich sogar noch gebannt werden kann.

Meine Damen und Herren! Es wäre unrealistisch, nun nach neun Monaten Ressorttätigkeit des Ministeriums bereits schon jetzt die Lösung aller anstehenden Probleme zu erwarten. Wir alle — ganz gleich, welcher Parteirichtung — kennen die Situation, die gerade auf diesem Sektor uns in der nächsten Zeit erwarten wird, und wir wissen alle miteinander, daß es hier einen jahrelangen Nachholbedarf gibt und daß uns immer wieder gerade in dieser Frage natürlicherweise finanzielle Schranken auferlegt sind.

Aber eines möchte ich doch damit auch zum Ausdruck bringen: daß die Frau Minister in Zusammenarbeit mit ihren Beamten in neun Monaten hier wirklich Schwerpunkte gesetzt hat. Ich möchte die Feststellung treffen, weil vom Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi und auch von der Frau Kollegin Dr. Hubinek der Vergleich mit dem Kind angeschnitten worden ist: Es ist ein gesundes Neunmonate-Kind mit einer hübschen, fesch und tüchtigen Mutter! *(Beifall bei der SPÖ. — Heiterkeit.)*

In diesem Budget sind natürlich auch Schwerpunkte gesetzt, und deshalb scheinen uns auch die vorliegenden Budgetansätze gerade auf diesem Gebiete ein wirksames Mittel, aber auch eine gute Voraussetzung zur Erreichung dieser Ziele zu sein. *(Abg. Mittler: Sie ist noch im Karenzurlaub! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ich würde nicht so lachen, denn Sie sind uns in den Fragen der Gesundheitspolitik sowohl den Vater als auch die Mutter

bisher schuldig geblieben. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Neben den Erfordernissen für die Erweiterung gesundheitlicher Aufklärungsmaßnahmen, Fortführung von Impfaktionen und dergleichen sind vor allem gegenüber dem Vorjahr beträchtliche Mittel auf dem Gebiete des Krankenanstaltenwesens und des Umweltschutzes vorgesehen. Gerade bei den Ansätzen Umweltschutz, Lebensmittel- und Veterinärwesen wurden die hierfür notwendigen und vorgesehenen Mittel nahezu verdoppelt.

Erfreulicherweise liegt aber auch der Schwerpunkt des Budgets bei der Post 7356 (Krankenanstalten und Investitionsförderung), Verbesserung der medizinischen, apparativen Ausrüstung von gemeinnützigen Krankenhäusern. Dazu wurde erstmalig ein Betrag in der Höhe von rund 250 Millionen Schilling eingesetzt, und mit diesem Betrag sollen zielgerichtete Maßnahmen und gesundheitspolitische Schwerpunkte für die Spitäler gesetzt werden.

Insgesamt wird für die Krankenanstalten ein Betrag von rund 540 Millionen Schilling eingesetzt werden; das ergibt eine Steigerung gegenüber dem heurigen Jahr von 116 Prozent. Gerade die Förderung aus diesem Fonds soll nicht nur den Spitälern bestimmter Trägerschaft, wie etwa allein den Spitälern der Länder, sondern grundsätzlich, im gesamtösterreichischen gesehen, allen gemeinnützig betriebenen Krankenanstalten zukommen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Haben Sie Vergaberichtlinien, nach denen Sie vorgehen?)* Das werde ich Ihnen gleich sagen, Frau Kollegin Dr. Hubinek!

Selbstverständlich wird hier das Bundesministerium gemeinsam die Spitalspläne koordinieren und im übrigen alle Schwerpunkte setzen müssen, sodaß hier nicht, so wie bei Ihnen 1966 bis 1970, nach dem Gießkannen-Prinzip vorgegangen wird, sondern echte Prioritäten gesetzt werden sollen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Meist zu spät!)*

Wenn Sie mich so genau gefragt haben, Frau Kollegin Dr. Hubinek, dann werde ich Ihnen auch sagen, was wir Sozialisten als besonders förderungswürdig in dieser Frage ansehen: die Errichtung und den Ausbau von Neonatologiezentren, von Intensivstationen, von Dialysestationen, aber auch von überregionalen neurochirurgischen Abteilungen und den Ausbau von Ausbildungseinrichtungen für das Sanitätspersonal.

Samwald

Weitere Schwerpunkte im Rahmen dieser Arbeit des Ministeriums in nächster Zeit sind die Novelle zum Krankenanstaltengesetz, die bereits zur Begutachtung ausgesendet wurde. Es beginnt sich bereits jetzt schon abzuzeichnen, daß wir gerade auf dem Sektor des Krankenanstaltenwesens endlich eine Lösung finden müssen, die zielführend und zielstrebig sein soll. Hier geht es um die Typisierung der allgemeinen Krankenanstalten, ob Basis- oder Schwerpunktkrankenhaus, um die Festlegung der Einzugsgebiete, um die Schaffung und Möglichkeit der Führung der Spitäler in der Betriebsform von Tages- und Nachtspitälern, um die Abschaffung der dritten Gebührenklasse, wenn Sie wollen, und um die Anpassung des Aufgabenumfanges der Ambulanzen an die Erfordernisse eines modernen Gesundheitswesens.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, im gesamten gesehen, Frau Dr. Marga Hubinek, sollen gerade diese Maßnahmen dazu beitragen, den Stillstand auf diesem Sektor während der letzten Jahre, insbesondere den Stillstand in der Gesundheitspolitik während der Jahre 1966 bis 1970 unter der ÖVP-Alleinregierung, zu überwinden und vor allem auch differenzierende Krankenanstalten zu schaffen, in denen die Menschen, in denen unsere Mitbürger eine optimale ärztliche Betreuung erfahren können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine Damen und Herren, zum Schluß kommen und auch Sie, Herr Kollege Hahn, darauf hinweisen, daß es sicherlich ... *(Abg. Hahn: Vom Neubau des Allgemeinen Krankenhauses unter der ÖVP-Regierung haben Sie nichts gehört?)* Ja, Ihre Pläne kennen wir! Sie haben drei, vier Pläne — und nichts in die Tat umgesetzt! Sie bauen ein Schiff, Sie haben eine Reederei, Sie haben einen „Fliegenden Holländer“, den Generalsekretär Dr. Kohlmaier — aber bringen Sie Alternativen, bringen Sie Initiativen, wir laden Sie ein zur Mitarbeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich möchte zum Schluß kommand darauf hinweisen, daß es sicherlich menschenunmöglich ist, in einer Zeit von neun Monaten alle Probleme, die im Rahmen der Gesundheitspolitik ausständig sind, einer Lösung zuzuführen. Denn angefangen vom Studium über die Koordinierung und Begutachtung bis zur Gesetzwerdung sind auch hier echte Grenzen gesetzt.

Dennoch, glaube ich, ist es der Frau Minister in guter Zusammenarbeit mit ihren Beamten gelungen, eine große Anzahl wichtiger und in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung in Stagnation befindlicher Maßnahmen wieder flottzumachen, flottzumachen im Sinne einer echten

Gesundheitspolitik für alle Teile unserer Bevölkerung.

Und deshalb, meine Damen und Herren, geben wir Sozialisten gerne die Zustimmung zu diesem Budgetkapitel. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Koller.

Abgeordneter **Koller** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man aufmerksam diese Gesundheits- und Umweltschutzdebatte verfolgt hat, war es eigentlich gar nicht ganz einfach, gewissen Gedankengängen zu folgen.

Mein Herr Vorredner hat jetzt ganz massiv und lautstark den Vorwurf erhoben, daß wir keine Initiativen entwickeln, und ich bin hier gesessen, als sich der Kollege Abgeordneter Sekanina über die Flut der Vorschläge von Dr. Wiesinger beschwert hat. Also einmal hü, einmal hott. Es ist schwierig, sich hier auszukennen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch nun zu einem etwas ernsteren Problem. Der moderne Mensch von heute — und das ist eine leider festzustellende Tatsache — gebraucht mit einer geradezu unverständlichen Bedenkenlosigkeit Arznei- und Genußmittel, die mit Sicherheit zu Gesundheitsstörungen führen. Auf der anderen Seite leben wir oder lebt der Großteil der Bevölkerung in einer unbekannten, unbegründeten oder undefinierbaren Angst vor Giften, die sicher auf den Mangel an Aufklärung und sachlicher Information über den Einfluß und die Wirkungsweise von verschiedenen Verunreinigungen, sogenannten Rückständen und so weiter, in unseren Ernährungs- und Genußmitteln zurückzuführen ist.

Andererseits aber, Hohes Haus, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Bevölkerungsexplosion alle Staaten zwingt, ihre Nahrungsmittelproduktion zu intensivieren und die Lebensmittelerzeugung immer und immer wieder voranzutreiben. Man muß wissen, daß es genauso schwierig ist, den Medikamenten- und Genußmittelmisbrauch zu bekämpfen, und daß es genauso schwierig und genauso unreal ist, jene Vorstellung zu verwirklichen, die immer und immer wieder in den verschiedensten Gehirnen herumspukt, nämlich die Vorstellung des Weges „zurück zur Natur“ in der Lebensmittelproduktion. Denn das ist im Hinblick auf die Welternährungssituation und im Hinblick auf die Konkurrenzverhältnisse dieser Welt und im Hinblick auf viele andere Dinge nicht realisierbar.

5658

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 19. Dezember 1972

Koller

Sicher, Hohes Haus, wird man sich — Frau Kollegin Winkler, Sie werden sich noch in dieser Frage zu Wort melden; das hatte ich eigentlich schon erwartet — darüber Gedanken machen und optimale Voraussetzungen schaffen müssen, damit gesundheits-schädigende Auswirkungen weitestgehend vermieden werden.

Und hier, das möchte ich eindeutig feststellen, ist die Landwirtschaft echter Partner in diesen Bestrebungen. Denn sie hat in erster Linie ein Interesse daran, besonders qualitativ hochwertige Nahrungsmittel auf den Markt zu bringen.

Ich darf vielleicht grundsätzlich noch folgendes dazu sagen: In einem Bericht der Europaratsdelegation wird zum Beispiel — fast wörtlich — ausgeführt und die Frage aufgeworfen, wo beispielsweise die intensive Verwendung der Chemie — wobei das Wort „Chemie“ ja sehr problematisch ist in diesem Zusammenhang — in der Landwirtschaft hinführen soll und welche Aktionen die Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Kunstdünger und so weiter auslösen werden, die in ihren Endstadien unsere Brunnen und Quellen vergiften.

Wenn also diese Frage aufgeworfen wurde, so wurden damit sicher Probleme aufgeworfen, die man sowohl aus der Sicht unserer Ernährung, aus der Sicht der Welternährung und aus der Sicht der Ernährung der zunehmenden Weltbevölkerung genauso sehen muß, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie natürlich auch vom gesundheitlichen Standpunkt.

Man muß sich ohne tendenziöse Aufmachung, sondern ernstlich und gewissenhaft mit diesen Problemen beschäftigen. Man muß sich dabei ja auch Gedanken machen, was es bedeuten würde, die Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Produktionsmethoden sozusagen in den Urzustand zurückzusetzen, um dann auf der anderen Seite die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.

Man darf sich, meine sehr Verehrten, von örtlichen und lokalen Überschußproblemen nicht ein falsches Bild machen lassen, denn derzeit sehen wir, wie rasch sich diese Dinge ändern. Ich verweise nur auf die Welteiweiß-situation, und ich verweise nur darauf, wie sich die Weltweizensituation geändert hat, seit auf einmal potente Käufer wie Rußland und China auf dem Weltmarkt aufgetreten sind.

Man muß sich auch darüber Gedanken machen — und davon spricht niemand; ich habe noch von keinem gehört, der diese Patentrezepte gibt —: Wie würden dann die Preise für die Lebensmittel sein, wenn wir

wiederum Erträge pro Produktionseinheiten hätten wie vor x Jahrzehnten? Wäre man auch bereit, dann diese Preise für diese Lebensmittel zu zahlen, beziehungsweise wie würden wir dann konkurrenzfähig sein? (*Abg. Herta Winkler: Die Preise haben wir eh, wie es sich gehört!*) Ich möchte, Frau Kollegin Abgeordnete Winkler, die Dinge nur aufzeigen, weil es, glaube ich, unverantwortlich ist, hier einseitig die Dinge darzustellen, ohne auch alle übrigen Probleme, die sich zwangsläufig daraus ergeben, zu berücksichtigen und im großen und ganzen so zu tun, als ob hier nur böser Wille oder mangelndes Verständnis die Ursache dieser Entwicklung wären. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ohne allzusehr ins Detail gehen zu wollen — es rückt ja die Sperrstunde in die Nähe —, möchte ich aber doch folgendes feststellen:

Die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, landwirtschaftlicher Praxis und Industrie in der Nahrungsmittelproduktion hat viele neue Erkenntnisse gebracht. Es ist weiterhin mit neuen Forschungsergebnissen zu rechnen, da ja Wissenschaft und Forschung nicht stehenbleiben und im Hinblick auf die Entwicklung der Welt-ernährungssituation auch gar nicht stehenbleiben dürfen.

Damit werden eben, wie gesagt, diese Probleme aufgeworfen, die sowohl produktionstechnischer wie auch kommerzieller Natur sind, die aber auch vom gesundheitlichen Standpunkt zu sehen sind. Und hier wollen wir eine sachliche, fachkundige Behandlung dieser Materie.

Die Landwirtschaft, das wiederhole ich noch einmal, hat nichts zu verbergen und hat kein Interesse daran, daß hier nicht Klarheit herrscht.

Es war sehr positiv zu werten, wenn ich heute das Schreiben der Frau Minister an den Herrn Staberl in der „Kronen-Zeitung“ im Hinblick auf den Schweinebraten und das Weihnachtsbrathendl gelesen habe, daß hier versucht wurde, eine Klarstellung zu machen. Denn gerade die immer wieder gemachten Äußerungen und Veröffentlichungen zeigen uns deutlich, wie weit hier Unklarheiten bestehen, welche unsinnigen Kombinationen, nebulose Vorstellungen, Behauptungen und Meinungen ... (*Abg. Herta Winkler: In Wien allein 154.000 Tonnen Fleisch beschlagnahmt!*) Frau Kollegin, ich glaube nicht, daß es 154.000 Tonnen gewesen sind. (*Abg. Herta Winkler: 154 Tonnen, pardon!*) Das ja, bitte schön! (*Abg. Hahn: Das war das Lagerhaus der Stadt Wien!* — *Abg. Mayr: Was wissen Sie überhaupt davon? Nichts!*) So,

Koller

wenn Sie sich etwas beruhigt haben, dann können wir wieder weitermachen. (Abg. Hahn: Wieviel ist beschlagnahmt worden im Lagerhaus der Stadt Wien? — Abg. Mayr: Sie wissen schon, warum! — Abg. Minkowitsch: Keine gefährliche Drohung! — Zwischenruf der Abg. Herta Winkler. — Abg. Minkowitsch, zu Abg. Herta Winkler: Bitte der Geschichte nachzugehen! Wir können ruhig darüber reden, was da alles importiert wurde im Laufe des Sommers!) Die Frau Kollegin Winkler wird sich sicher in aller Öffentlichkeit mit diesem Problem beschäftigen; dann kann man richtig antworten.

Hohes Haus! Normale Ernten sind, und damit komme ich zum Abschluß dieses Kapitels — bitte, ich möchte keine falschen Hoffnungen erwecken; ich sage: dieses Kapitels —, ohne Pflanzenschutzmaßnahmen und ohne eine entsprechende Düngerversorgung nicht möglich. Auch eine moderne Veredelungswirtschaft kann ohne Verwendung von Kenntnissen und Erfolgen von Forschung und Wissenschaft natürlich nicht rationell betrieben werden.

Daß das richtig ist, beweist uns ja auch der Umstand, daß es eine Vielzahl von Einrichtungen fast in allen Staaten der zivilisierten Welt gibt, die diese Entwicklung fördern. Was wir brauchen, ist letzten Endes eine sinnvolle Koordinierung und keine Panikmache und nicht das Aufbauschen gewisser Dinge, sondern eben auch im Interesse der Bevölkerung eine vernünftige und sachliche Aufklärung.

Hohes Haus! Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, nicht nur dafür, daß gesunde Nahrungsmittel auf dem Markt angeboten werden, sondern auch dafür, daß nicht ständig Unruhe und eine Angstpsychose erzeugt wird, die in Wirklichkeit nicht begründet ist.

Hohes Haus! Nun kurz zu einem anderen Problem. In dem Bestreben, eine gesunde Umwelt zu erhalten, wird der Landwirtschaft — ich glaube, das ist unbestritten — eine entscheidende Aufgabe zugemessen. Wir wollen uns — das möchte ich eindeutig feststellen — dieser Aufgabe auch gar nicht entziehen. Nur glaube ich eines klar sagen zu können: Wenn die „Arbeiter-Zeitung“ vor kurzem in Schlagzeile schrieb „Landschaftsgärtner nötig“, dann sagen wir sicher „ja“ dazu. Aber wir sagen „nein“, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das etwa gemeint ist in der Form einer kostenlosen Robotleistung durch die Landwirtschaft. Das, glaube ich, kann man von der Landwirtschaft nicht verlangen.

Man wird auch dem Verursacherprinzip mehr Bedeutung beimessen müssen, denn das ist heute ein Problem geworden. Wenn man heute durch die ländlichen Gegenden fährt und an den Straßenrändern und Waldrändern all die Dinge sieht, die dort zurückgelassen werden, und wenn man daran denkt, daß die Landschaftsgärtner laut „AZ“ nötig sind, was wir bejahen, dann dürfen das nicht etwa die Besitzer der Grundstücke sein, die das wegräumen können, was so links und rechts von der Straße weggelegt wird.

Abschließend, Frau Minister, doch noch eine Sorge, die uns und vor allem uns aus dem steirischen Grenzland betrifft, und zwar die Vorgänge bei der seinerzeitigen Pockenepidemie in Jugoslawien. Der Herr Abgeordnete Samwald hat die Frau Minister, wenn ich richtig gehört habe, zur „Gesundheitsmutter“ ernannt. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Es gehört sicher zu den typischen Eigenschaften der Frau und vor allem der Mutter, besorgt zu sein, und manchmal vielleicht etwas mehr als nötig. Diese Eigenschaften möchte ich auch der Frau Minister ad personam nicht absprechen. Aber ich muß feststellen, daß Sie als „Gesundheitsmutter“ ein etwas atypischer Fall sind, denn die Vorgänge, die sich bei der Pockenepidemie und jetzt bei der Maul- und Klauenseuche an unseren Grenzen abspielten, sind eigentlich kein Beispiel besonderer Ob-sorge. (Zustimmung bei der ÖVP.)

In diesem Zusammenhang muß ich auch auf den Vorwurf des Herrn Kollegen Tonn zurückkommen. Er sagte, uns fehlen die Worte. Ihnen fehlen die Worte sicher nicht, aber Ihnen fehlen leider weitestgehend, vor allem auf diesem Gebiet, die Taten! (Zustimmung bei der ÖVP.) Ich erinnere an das Debakel an der jugoslawischen Grenze, zum Beispiel beim Grenzübergang Spielfeld, als heuer in Jugoslawien die Pockenepidemie ausgebrochen war.

Frau Minister! Wenn Sie nicht von der öffentlichen Meinung, von der Presse und von den Landessanitätsbehörden getrieben worden wären, wären Sie womöglich bei der lapidaren Feststellung, im Mittagsjournal wiedergegeben, geblieben, nämlich: Schuld ist die Krankheit. Denn im ORF-Mittagsjournal vom 1. April hat die Frau Minister auf die Frage des Interviewers: Frau Minister, wer ist Ihrer Meinung nach verantwortlich für das, was eine unabhängige Zeitung das „totale Chaos an der jugoslawischen Grenze“ genannt hat?, geantwortet: Ich glaube, am ehesten die Zeitung! (Heiterkeit bei der ÖVP.) Und auf die weitere Frage des Interviewers: Wer trägt Ihrer Meinung nach, Frau Minister, die Ver-

5660

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 19. und 20. Dezember 1972

Koller

antwortung dafür, wenn es zu einem Aufflakern der Pocken durch eine Einschleppung aus Jugoslawien in unserem Land kommt?, kam die prompte Antwort der Frau Minister: Ja, die Erkrankung!

Frau Minister! Wir sind damals — und jetzt ganz im Ernst — glücklich mit einem blauen Auge davongekommen. Als einer an der Grenze, nicht weit von der Grenze Lebender möchte ich das feststellen. Aber ich verhehle auch nicht, daß es mir unverantwortlich erscheint, sich bei so einschneidenden und ernstesten Dingen nur auf das Glück zu verlassen! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Was geht denn das die Frau Minister an? — Abg. Dr. Weiss: Das weiß er nicht!)*

Die Frau Minister scheint auch — seien Sie mir nicht ungehalten, wenn ich das feststellen muß — sehr wenig daraus gelernt zu haben, sonst wären die Proteste von verschiedenen Seiten und die Forderungen nach Maßnahmen an unseren Grenzen bei der jetzigen Maul-und-Klauenseuchen-Drohung von der ungarisch-tschechischen Grenze her überflüssig, denn wenn sie etwas daraus gelernt hätte, dann hätte die Frau Minister Maß-

nahmen ergriffen! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Graf: Genau das ist es!)*

Wir müssen feststellen, Frau Minister, daß Ihr Ministerium Dingen wie der Gesundheitsbroschüre Bedeutung beimißt und auch dafür Geld ausgibt, daß aber auf der anderen Seite dieses Ministerium gefährliche Situationen schleppend und bagatellisierend behandelt.

Hier glaube ich feststellen zu können, Frau Minister, daß die österreichische Bevölkerung als die unmittelbar betroffene hierfür wenig Verständnis hat. Sie hat wenig Verständnis für diese Wertordnung, die anscheinend bei Ihnen und in Ihrem Ministerium herrscht. Ich bitte Sie, sich darüber einmal echt Gedanken zu machen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Meine Damen und Herren! Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Mittwoch, den 20. Dezember, 9 Uhr.

Wir setzen morgen die Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XV fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Mittwoch, dem 20. Dezember 1972, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 20. Dezember 1972

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973: Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XV.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Bundesminister Dr. Leodolter. Bitte.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie, daß ich zu einigen Punkten der gestrigen Budgetdebatte Stellung nehme.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist durch Gesetzesbeschluß dieses Hohen Hauses am 1. Februar 1972 errichtet worden. Ich und meine Mitarbeiter nehmen die Aufgaben, die uns anvertraut wurden, sehr ernst. Aber es wäre unrealistisch zu glauben, daß alle anstehenden Probleme in nicht einmal einem Jahr bewältigt sein können.

Es wurde durch die Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz eine echte Chance gegeben, in weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und des individuellen Wohlbefindens Besserungen

zu erzielen, und wir werden und haben diese Chance schon wahrgenommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe stets vermieden, faktisch oder theoretisch günstige Prognosen zu stellen, um nicht Aktivitäten vorzutäuschen, sondern um wirklich Gesundheitspolitik zu betreiben.

Ich möchte und kann hier nicht auf alle Punkte des Gesundheitsplanes eingehen. Der Gesundheitsplan ist ein konzeptives Programm, das wir als erstes erstellt haben mit Feststellung der Situation, die wir übernommen haben, und mit den Aufgaben, die wir für die Gesundheitspolitik für nötig erachten.

Der Gesundheitsplan wurde gestern wiederholt zitiert. Ich glaube — und ich bin darin bestärkt durch in- und ausländische Anerkennung, sei es von Deutschland, von der WHO, von Brüssel —, daß dieser Gesundheitsplan wirklich eine effektvolle Maßnahme für die Gesundheitspolitik darstellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Verbreitung des Planes ist nicht Publizistik im eigentlichen Sinn, sondern sie stellt eine echte Maßnahme

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

für die Gesundheitserziehung und die Unter-
richtung der Bevölkerung und der Behörden
dar. Denn nur durch eine weitverbreitete
Streuung des Planes und Mitteilung unserer
Vorhaben kann überhaupt in diesem Ressort
zielführend gearbeitet werden. (*Abg. Doktor
Marga H u b i n e k: Und die Statistik?*)

Gestatten Sie, Frau Doktor, daß ich darauf
zurückkomme. Es ist ein Druckfehler auf
Seite 62. Da alle Damen und Herren dieses
Hohen Hauses den Plan in der Hand haben
und vielleicht bei Ihnen, was ich aber nicht
glaube, das Exemplar noch nicht ausgebessert
ist, würde ich Sie bitten, gleich die Statistik
auf Seite 62 zu korrigieren. Es ist so, daß
natürlich im Jahr 1937 die größere Sterblich-
keit war als heute.

Ich möchte aber gleich auf die Maßnahmen
eingehen, die wir im Bereiche der Vorsorge-
medizin getroffen haben. Wir haben gerade
im Bereich der Säuglingssterblichkeit unsere
Akzente gesetzt, weil uns auch bekannt ist,
daß dort die Bedingungen noch schwierig sind
und vielleicht nicht so sind, wie wir sie uns
vorstellen.

Ich darf hier am Rande bemerken, daß
gerade Wien sich nicht von den anderen
Bundesländern in bezug auf die Säuglings-
sterblichkeit unterscheidet. Unsere Schwer-
punkte in diesem Jahr galten unter anderem
der Vorbeugemedizin, insbesondere dem Aus-
bau der Neonatologie und Perinatalogie, das
heißt in der apparativen Ausrüstung für die
geburtshilflichen Stationen und die Intensiv-
stationen für Neugeborene und Frühgeborene,
weil gerade dort Akzente von einer sozialisti-
schen Regierung zu setzen sind und weil wir
mit einem stufenweisen Ausbau in ganz Öster-
reich die besten Erfolge für eine Verminderung
der Risikokinder, wie sie auch hier gestern er-
wähnt wurden, erwarten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der stufenweise Ausbau von Neonatologie-
zentren, wie wir sie in Glanzing in Wien
initiiert haben, wird sicher noch in anderen
geburtshilflichen, aber auch vor allem in Neu-
geborenenstationen nötig sein, und wir wer-
den nicht nur in Wien, sondern, wie wir es
schon getan haben, im ganzen Bundesgebiet
diese Maßnahmen weiter fortführen. (*Beifall
bei der SPÖ.*)

Eine weitere Maßnahme der Vorbeuge-
medizin — denn alles das ist ja prophylak-
tische Medizin — wird neben Impfungen auch
die einheitliche Schuluntersuchung sein, die
Untersuchung der Schüler nach einem pro-
grammierten Gesundheitsplan, den wir im
Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft für
Volksgesundheit ausgearbeitet und allen
Bundesländern zur Verfügung gestellt haben.

Es wird schon heuer nach diesem Unter-
suchungsprogramm untersucht werden.

Hier nur ein Wort zu den Schulärzten, Frau
Dr. Hubinek: Die Schulärzte gehören kom-
petenzmäßig nach wie vor dem Unterrichts-
ministerium an, aber durch einen Passus im
Schulorganisationsgesetz haben wir eingebaut,
daß die Schulärzte nicht nur schulische Be-
lange zu untersuchen haben, sondern auch
echte Vorsorgemedizin betreiben werden.

Nun zu den Gesundenuntersuchungen im
allgemeinen. Es ist von zwei Abgeordneten
der Opposition gesagt worden, man hätte ja
die Programme ruhig übernehmen können, es
sei eine Zweigleisigkeit, neue Programme
zu erarbeiten. Schon aus den verschiedenen
Formen der Gesundenuntersuchungen, die
die beiden Abgeordneten genannt haben,
ergibt sich die Notwendigkeit, beide
Untersuchungen mindestens in einem Pro-
gramm zu machen, also eine Früherkennung
des Krebses und eine Stoffwechselunter-
suchung. Denn sonst müßte man ja nach-
einander die Probanden zum Arzt bitten. Das
lohnt eine solche Untersuchung nicht. Es muß
das Programm so erstellt werden, daß in einem
Untersuchungsgang möglichst viele Krank-
heiten früh erkannt und dann behandelt
werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Deshalb, meine Herren Abgeordneten,
haben wir ein Programm erstellt, das so klein
ist. Der Abgeordnete Dr. Scrinzi hat gestern
darauf hingewiesen. Wie groß soll denn so
ein Programm des Screening sein? — Das
Programm muß so klein sein, daß es durch-
führbar ist, aber es muß so groß sein, daß es
möglichst viele Informationen über den Ge-
sundheitszustand der Bevölkerung geben
kann. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nur damit ist
meines Erachtens überhaupt eine Gesunden-
untersuchung gerechtfertigt, die ja, wie Sie
wissen, doch ziemlich aufwendig ist, aufwen-
dig für den Probanden selbst, aber aufwendig
auch für den Organisationsbetrieb und für den
Arzt.

Eines, meine Damen und Herren, darf ich
Ihnen heute mit aller Deutlichkeit sagen: Die
Gesundenuntersuchungen im Jahr 1974 wer-
den von der Projektstudie abhängig sein, und
sie werden im engen Einvernehmen mit dem
Herrn Sozialminister und mit der Sozialver-
sicherung erfolgen. (*Abg. Dr. Marga
H u b i n e k: Na hoffentlich!*)

Aus der Projektstudie, die wir jetzt in Wien
und in Kärnten mit unserem Programm
machen, wird sich das Programm für die
Untersuchungen in ganz Österreich ergeben.
(*Abg. Dr. Marga H u b i n e k: Weiß das der
Herr Sozialminister auch?*) Jawohl, das weiß

5662

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 20. Dezember 1972

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

der Herr Sozialminister, weil wir wiederholt über diese Dinge gesprochen haben. Wir haben das ganze nächste Jahr Zeit, das Programm, aus der Projektstudie erarbeitet, für ein gesamtösterreichisches Programm zu entwickeln. *(Abg. Dr. Schwiemer: Mir haben Sie in der Fragestunde gesagt, Sie haben nicht mit ihm gesprochen!)*

Wir werden aus dieser Projektstudie auch lernen. Wir werden lernen, ob dieses Programm zu groß gewesen ist, ob es zu klein gewesen ist, ob wir jene Bevölkerungsschichten angesprochen haben, die sonst nicht zum Arzt gehen, oder ob nur die gekommen sind, welche ohnehin zum Arzt gehen, wie sich die ländliche Bevölkerung verhält, wie sich die städtische Bevölkerung verhält und wie groß die Informationen sind, die wir bekommen.

Wir werden von dieser Studie immer wieder Zwischenberichte geben, um möglichst breite Diskussionsgrundlagen zu haben.

Nun zu einem anderen Gebiet, auf dem wir auch schon Schwerpunkte gesetzt haben, und das ist die Reform der Krankenanstalten.

Das wird in zweierlei Weise begonnen, und zwar einmal mit der Novelle zum Krankenanstaltengesetz. Ein Abgeordneter hat gestern schon darauf hingewiesen. Es wird sich nicht nur um die Typisierung der Krankenanstalten, sondern um eine echte Reform der Krankenanstalten auch dem Wesen nach handeln.

Das zweite ist der Investitionszuschuß des Bundes von 240 Millionen Schilling, eine Forderung, die für den Bau und den Ausbau und die Modernisierung der Krankenanstalten seit langem erhoben wurde und zum ersten Mal von dieser Regierung im nächsten Jahr erfolgen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Vergabe des Geldes — das wurde gestern auch schon ausgesprochen — wird durch einen Beirat gehen. Dieser Beirat wird aus den Landesspitalsreferenten, aus einem Beamten des Finanzministeriums, aus einem Vertreter des Obersten Sanitätsrates und aus Beamten des Gesundheitsministeriums unter Vorsitz des Sektionschefs der Sektion Volksgesundheit bestehen.

Dort werden aus den Anforderungen, Subventionsanforderungen der Bundesländer, natürlich unter Inbetrachtziehung des Planes der Krankenanstalten für die Bundesländer, koordiniert auf einen Bundesplan, die Prioritäten gesetzt und die Ansuchen geprüft werden. Zwei Drittel des Geldes werden von mir nach dem Vorschlag dieses Beirates vergeben werden, ein Drittel des Geldes soll schwerpunktmäßig in Erfüllung des Gesundheitsplanes vergeben werden.

Ein Wort zu den Aktivitäten auf dem Umweltsektor. Wir haben unsere Bestrebungen auf eine Konzentrierung gemeinsamer Messungen, gemeinsamer Meßmethoden im Bereiche des Umweltschutzes gerichtet. Wir können auf ein Netz hinweisen. Dieses Netz ist nicht sehr dicht, aber es sind immerhin heute in ganz Österreich einheitliche Meßmethoden und einheitliche Meßgeräte in Verwendung.

Das zweite, worauf ich stolz hinweise, ist die Erlangung einheitlicher Beurteilungskriterien für den Umweltschutz, die wir im Laufe des nächsten Jahres als Empfehlung, abgesprochen mit den zuständigen Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden, aber auch mit den Sozialpartnern, herausgeben werden.

Die erste Empfehlung wird sich auf die Lärmbeurteilung richten, und das ist, glaube ich, der Beginn dessen, was wir uns als Umweltkriterium vorstellen, nämlich endlich eine Möglichkeit, die Umweltsituation in unserem Bundesgebiet zu beurteilen. Das ist natürlich nur möglich, wenn wir gemeinsame Basen haben, und diese gemeinsamen Basen mußten erst erarbeitet werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zu Diskussionsbemerkungen der gestrigen Debatte darüber hinaus.

Der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat gemeint: Es sind 11.000 Betten frei — die Betten sind frei, weil die Krankenschwestern fehlen —, und was kann geschehen?

Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen: Das entspricht einer Ausnützung von 85 Prozent der Spitalsbetten in Österreich. Das ist eine ganz normale Zahl. Nur ein ganz geringer Teil, vielleicht 5 Prozent dieser leerstehenden Betten, wie Sie gesagt haben, ist auf Schwesternmangel zurückzuführen. Vielmehr ist das Leerstehen der Betten auf Renovierung, Reinigung zurückzuführen, und das ist in Europa überall gleich und entspricht genau dem Standard.

Ich komme zur Verweildauer in den Krankenanstalten. Auch das ist eine Frage, die immer wieder aufgeworfen wird. Diese Verweildauer entspricht absolut dem internationalen Niveau, wenn wir es auf Krankheiten bezogen rechnen. Wenn wir die chronisch Kranken, die psychiatrischen Fälle hineinnehmen, dann stimmt die Verweildauer natürlich nicht. Aber auf Krankheiten bezogen stimmt sie international in Europa gesehen genau. Sie stimmt nicht in bezug auf Amerika, denn da spielen, wie Sie wissen, das Fehlen der Krankenversicherung und die hohen Spitalskosten eine große Rolle.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

Wenn ich noch ein Wort zur 15jährigen Schwester sagen darf, so möchte ich antworten: Ich habe aus langjähriger Erfahrung den Eindruck, daß sich ein 15jähriges Mädchen ebenso und vielleicht oft besser für die Krankenpflege eignet als eine 17jährige. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)* Ich konnte nie die Erfahrung machen, daß mit dem Alter die Begabung für die Krankenpflege steigt. Im Gegenteil: Ich glaube, daß gerade der junge Mensch für eine karitative Tätigkeit äußerst geeignet ist, mehr geeignet ist als der ältere, weil der schon Dinge erlebt und gesehen hat, wonach er sich in anderen Berufsgruppen besser positionieren kann. *(Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

Es besteht keinerlei Unmöglichkeit, auch als 17jährige in diese Schule einzutreten, sodaß ja der Weg auch für diese Mädchen immer offen ist. Es ist nur eine Erleichterung für die jungen Mädchen, gleich nach der Schule in eine solche Krankenpflegeschule eintreten zu können. Dieser Wunsch — das dürfen Sie mir glauben — ist wiederholt, und das schon vor zehn Jahren an mich herangetragen worden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Aber von wem denn?)*

Vielleicht ein Wort zu den Pocken. Es wurden unsere Maßnahmen in Anbetracht der Pockengefahr stark kritisiert, und sie werden — wie ich mich gestern überzeugen konnte — noch immer kritisiert. Sie wurden damals nach reiflicher Überlegung mit den Experten des Obersten Sanitätsrates beschlossen, und es hat uns der Erfolg — es sind keine Pocken nach Österreich gekommen! — recht gegeben. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Da haben Sie aber Glück gehabt!)* Die Maßnahmen waren also sicher entsprechend. *(Abg. Dr. Schwiemer: Glück! — Ruf bei der SPÖ: Nur der Tüchtige hat Glück!)* Sie können ruhig sagen: Es ist Glück gewesen! Man kann aber ebenso gut sagen: Die Maßnahmen waren entsprechend. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wie wir wissen, ist in der Bundesrepublik ja ein Pockenfall gewesen. Man muß natürlich immer wieder sagen, daß wir durch internationale Verpflichtungen doch angehalten sind, bestimmte Maßnahmen zu treffen.

Das gilt genauso für die Maul- und Klauenseuche, wie ich dem Abgeordneten Koller sagen möchte. Diesbezüglich ist es so, daß international zwei verschiedene Methoden der Bekämpfung gelten. Das eine ist die Impfung, das andere ist die Keulung, also die Tötung der Tiere.

Osterreich hat sich dazu bekannt, dort zu impfen, wo der Verdacht der Erkrankung besteht, und dort zu töten oder zu keulen, wo die Erkrankung aufgetreten ist. Diese Methoden haben sich durch Jahre hindurch bewährt. Meine Vorgänger haben sie praktiziert, und ich habe keinen Grund gesehen von diesen Methoden abzugehen.

Die Legung eines Impfgürtels entlang einer Grenze ohne kleinen Grenzverkehr wird von den Experten rundweg abgelehnt. Die Einfuhren aus verseuchten Gebieten werden gesperrt. Ich darf Sie hier beruhigen: Sie wurden schon am 20. Oktober dieses Jahres gesperrt, also schon lange bevor die Presse überhaupt die ganze Maul-und-Klauenseuchen-Situation erkannt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Linsbauer! Ihnen möchte ich sagen: Die Wahl meiner Mitarbeiter treffe ich absolut nach ihrer Eignung. Selbstverständlich, denn ich würde mich ja ins eigene Fleisch schneiden, wenn ich Mitarbeiter nähme, die ich für ungeeignet halte.

Daß in den Anstalten sicher noch zuwenig Mitarbeiter vorhanden sind, ist mir bekannt. Ich bin auch dabei, Mitarbeiter für dorthin zu suchen. Allerdings gilt hier im besonderen *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Das Parteibuch!)* eine hohe Qualifikation der Mitarbeiter. Und gerade das ist natürlich schwer zu finden.

Daß die Anstalten auszubauen sind, weiß ich. Ich habe die Anstalten teilweise schon gesehen. Ich bin auch über ihren Zustand nicht erfreut. Ich kann Ihnen sagen, daß mit dem Ausbau der Anstalten in Linz und Graz nächstes Jahr begonnen werden wird. Aber diesbezüglich ist ein großer Nachholbedarf. Diese Anstalten hätten schon vor Jahren gebaut werden sollen. Es ist ja, wie Sie wissen, schon ein Schild seit vielen Jahren dort: Hier baut das Bundesministerium. Ich glaube, daß das Schild aus dem Jahre 1968 stammt. Es ist dort nichts geschehen. Aber ich bin sehr dahinter, daß dort etwas geschieht. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sagen, die Personalvertretung habe zu mir keinen Zugang gefunden, dann muß ich sagen: Davon weiß ich gar nichts. Es liegt mir völlig fern, der Personalvertretung keinen Termin zu geben. Ich bin sehr daran interessiert, die Anliegen der Personalvertretung zu hören.

Jetzt noch eines kurz zu den Vorwürfen puncto der Gesetzesvorlagen. Es wurde hier immer gesagt, das Bundesministerium habe keine Gesetzesvorlagen eingebracht. Ich denke, daß es vielleicht übersehen wurde. Es

5664

Nationalrat XIII. GP — 60. Sitzung — 20. Dezember 1972

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

wurden zwei Gesetzesvorlagen vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz vor wenigen Wochen hier einstimmig beschlossen (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das waren doch zwei Minigesetze!*), weiters wurden zwei Gesetzesvorlagen, und zwar die Novelle zum Krankenpflegegesetz und das Gesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, hier eingebracht. Sie wurden dem Ausschuß zugewiesen. Wegen Zeitmangels konnten sie nicht behandelt werden. Die Novelle zum Krankenanstaltengesetz, von der ja gestern auch schon die Rede war, ist zur Begutachtung ausgesendet.

Sicher sind Gesetzesvorhaben notwendig. Wir sind daran, diese Gesetzesvorhaben zu erarbeiten. Aber da muß ich doch darauf verweisen, daß diese Materie nicht so einfach ist und daß alles seine Zeit braucht. — Ich danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich komme mir heute irgendwie befangen vor. Aber nicht deshalb, weil eine Frau auf der Regierungsbank sitzt. Ich bin der Meinung, daß auch Frauen auf der Regierungsbank harte, aber natürlich sachliche Argumente vortragen müssen. Sonst könnte ja folgendes passieren: Wenn nur Frauen auf der Regierungsbank säßen, würde sich damit eine Regierung jeder Kritik entledigen, weil dann die Männer als Kavaliers keine Kritik anbringen könnten. (*Abg. Dr. Herta Firnberg: Die Angst haben wir nicht! — Abg. Skritek: Bei der ÖVP besteht die Angst nicht! — Heiterkeit.*) Daß Sie, Frau Minister Dr. Firnberg, nicht wehleidig sind, wissen wir, das halten wir Ihnen zugute. (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Doktor Withalm! Vielleicht wäre es besser gegangen, wenn Sie mehr Frauen in Ihrer Regierung gehabt hätten!*) Wir haben damit angefangen, Herr Minister Dr. Broda, und Sie sind uns dann nachgefolgt. (*Abg. Dr. Fischer: Dafür haben wir es besser und gründlicher gemacht!*) Wir haben Ihnen das gute Beispiel gegeben! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Nein! Sie hatten den Vorteil, daß Sie aus Erfahrungen, die wir gemacht haben, lernen konnten. Sie sind jetzt im Lernstadium, Herr Dr. Fischer! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber die gewisse Befangenheit ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Frau Minister Dr. Leodolter eine gewisse Zeit während des Krieges evakuiert war, und zwar in meine Heimatgemeinde. Und damals hat die Frau

Minister Dr. Leodolter die Milch der frommen Denkungsart meiner Heimatgemeinde Ga-weinstal getrunken. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Das allein war es aber nicht, denn die Milch, die sie trank, war eine ganz eigene Milch: Es war nämlich die Milch — zum Teil zumindest — von Kühen aus dem Hof meiner Mutter.

Deshalb tue ich mich heute doch ein bißchen schwer. Ich glaube, das rechtfertigt irgendwie gewisse Rücksichten. Ich hoffe, daß meine Freunde mir zugute halten, wenn ich aus diesen Gründen gegenüber der Frau Minister Dr. Leodolter heute gewisse Rücksichten übe. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es mir nicht ganz leicht fällt, denn die Polemik und die Replik würde mir an und für sich liegen. Ich glaube, daß auch genügend Grund dazu vorhanden wäre, Frau Minister! Aber Sie sehen, ich halte mich zurück und beschränke mich auf das Thema, das ich mir vorgenommen hatte.

Ich möchte nur zu einer Ausführung des Abgeordneten Tonn, der gestern gesprochen hat, eine Bemerkung machen, weil es mir notwendig erscheint, daß dazu etwas gesagt wird. Er hat nämlich den Abgeordneten Ofenböck angesprochen und hat — wenn ich das richtig mitgeschrieben habe — zu Ofenböck folgendes gesagt: Mit Ihnen, Herr Ofenböck, habe ich überhaupt kein gemeinsames Gefühl. — Habe ich das richtig wiedergegeben, Herr Abgeordneter Tonn?

Dazu möchte ich folgendes sagen: Das war auf Grund eines Zwischenrufes, sodaß ich annehme, daß Sie es unüberlegt gesagt haben. Wenn Sie es überlegt gesagt haben sollten (*Abg. Mitterer: Wäre er nicht der Tonn!*), daß Sie mit dem Abgeordneten Ofenböck überhaupt nichts Gemeinsames haben, dann muß ich sagen, wäre das Ihrerseits leichtfertig geschehen.

Meine Damen und Herren! Ich zumindest bin der Auffassung, daß trotz Konfrontation der Regierungspartei mit den Oppositionsparteien, die in diesem Hause sitzen, alle immer noch etwas gemeinsam haben müssen. Ich denke zum Beispiel, Herr Abgeordneter Tonn: Über alle Parteigrenzen hinweg ist doch das gemeinsame Bekenntnis zu Österreich etwas, was Sie, die Sozialisten, und wir und die Freiheitlichen — so glaube ich — gemeinsam haben, und noch vieles andere darüber hinaus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In der Ersten Republik hatten die Christlich-sozialen, die Großdeutschen, die Landbündler und die Sozialdemokraten wirklich nichts Gemeinsames mehr. Das Resultat ist uns bekannt.

Dr. Withalm

Ich glaube: Diese Zeiten wollen wir alle nicht mehr, und Gott bewahre uns davor, daß diese Zeiten in Österreich je wieder kommen sollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun gestatten Sie mir, daß ich mich meinem Thema, das ich mir für die heutige Debatte ausgewählt habe, widme. Ich bin der Auffassung, daß ein Spitzenpolitiker vor allem zweierlei tun sollte: er sollte lesen, und er sollte reisen. Denn nichts ist so sehr geeignet, Denkprozesse einzuleiten und auszulösen, als eben das Lesen und das Reisen.

Meine Damen und Herren! Diese Feststellung hört sich — das weiß ich — in der Theorie sehr schön an. In der Praxis sehen die Dinge allerdings ganz anders aus. Das weiß ich aus ureigenster Erfahrung! Wenn der Spitzenpolitiker von der ersten in die zweite Reihe zurücktritt, dann sind die Möglichkeiten schon wesentlich bessere. Auch das weiß ich aus eigener Erfahrung.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich heute einem Thema zuwenden — ich glaube, für dieses Thema gilt das Lesen und das Reisen ganz besonders —, einer Frage, die mich immer schon beschäftigt hat und mit der ich mich in Zukunft noch mehr beschäftigen möchte. Es handelt sich um die Frage: Wie kann das menschliche Altern — es ist ein brennendes Problem — nicht nur erträglich, sondern darüber hinaus sinnvoll gestaltet werden?

Ich las vor zirka 14 Tagen in der „Furche“ einen Artikel, der den Titel trug: „Bürokratischer Witz“. Unter diesem Titel setzt sich der Autor mit der zunehmenden Verschärfung des Altenproblems in Wien auseinander. Ich bin durchaus der Meinung, daß die Verhältnisse in einer Großstadt diesbezüglich besonders ausgeprägt und besonders kraß sind. Andererseits dürfen wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß diese Probleme auf dem Lande womöglich nicht existierten.

Wenn von einer Verschärfung des Altenproblems die Rede ist, dann — so bin ich der Auffassung — gar nicht so sehr aus finanziellen Gründen. Der heutige Wohlstandsstaat hat sich zweifellos bemüht, auf diesem Gebiete viel für seine ältere Bevölkerung zu tun. Daß noch sehr viel zu tun bleibt, wissen wir alle ganz genau.

Wesentlich bedeutungsvoller scheint mir jedoch die andere, die psychologische Seite des Problems zu sein. Mehrere Faktoren sind es, die den alternden Menschen in eine schwierige, ja zum Teil in eine ausweglose Situation bringen.

In dem Artikel in der „Furche“ heißt es unter anderem: „Das zentrale Problem scheint zweifellos der plötzliche und totale Austritt aus dem Arbeitsprozeß zu sein — ein Ereignis, das den alten Menschen mit einer Abruptheit trifft, die als Pensionierungsschock bezeichnet wird.“

Ich bin hier mit dem Autor nicht ganz einer Meinung, daß das das zentrale Problem schlechthin ist. Sicherlich ist es ein bedeutungsvolles Problem, aber es gibt noch andere. Es muß ohne jeden Zweifel etwas Furchtbares sein, wenn ein Mensch, der gestern noch mitten im Arbeitsprozeß gestanden ist, von heute auf morgen das Gefühl haben muß, daß sein Dasein nunmehr sinn- und zwecklos sei, daß er nicht mehr gebraucht werde und daß er womöglich für die Gesellschaft nur mehr eine Belastung darstelle.

Dabei kann der aus dem Arbeitsprozeß plötzlich Ausscheidende von Glück reden, wenn er in dieser Situation noch einen Ehegatten beziehungsweise eine Familie hat. Ich kann mir vorstellen, daß die Situation für einen Menschen, der durch sein plötzliches Ausscheiden aus dem Beruf schon schwer genug getroffen ist, völlig ausweglos wird, wenn er infolge des Todes seines Ehegatten gezwungen wird, den bisherigen Haushalt aufzugeben und den Weg in ein Altersheim anzutreten.

Hohes Haus! Dem zitierten Artikel in der „Furche“ entnehme ich, daß im Jahre 1970 in Wien 25 Altersheime mit einer Gesamtbettenzahl von 7699 zur Verfügung standen. Von diesen Betten entfielen 6495 auf die vier städtischen, der Rest auf die übrigen 21 Altersheime. Das heißt: Der Durchschnitt für ein städtisches Altersheim in Wien beträgt 1600 Betten, für die übrigen zirka 60 Betten. Ich gestehe offen ein, daß mich diese Ziffern und Zahlen erschüttert haben.

Meine Damen und Herren! Es ist schon schlimm genug, wenn Menschen, die der Spitalspflege bedürfen, oft wochenlang in Krankensälen mit Dutzenden von Leidensgenossen zusammen untergebracht sind, wenn sie das Leiden und oft auch das Sterben dieser ihrer Leidensgenossen miterleben müssen. Es ist aber völlig unerträglich, wenn dieses Zusammenleben in Altersheimen durch Jahre hindurch erfolgen muß, ohne jede Hoffnung, daß sich je noch irgendeine Änderung dieses Zustandes ergeben könnte.

Wenn ich diese erschütternden Feststellungen treffe, dann gewiß nicht aus dem Grund, um dieser oder jener Gemeinde oder diesem oder jenem Land einen Vorwurf zu machen, sondern deshalb, um uns alle, gerade die

Dr. Withalm

Volksvertreter, wachzurütteln, damit dem derzeitigen unwürdigen Zustand mit aller Kraft zu Leibe gerückt wird.

In Frankreich gibt es ein Gesetz, wonach Altersheime höchstens 80 Betten aufweisen dürfen. In diesen Altersheimen darf es nur Ein- und Zweibettzimmer geben.

Meine Damen und Herren! Gerade in diesen Tagen wird viel von quality of life geredet. (*Abg. Mayr: Das sind Altersspitäler!*) Herr Abgeordneter Mayr! Ich habe extra gesagt — und ich betone es noch einmal —, ich erwähne alle diese Umstände nicht deshalb, um dieser oder jener Stadt oder diesem oder jenem Land — ich muß es wiederholen — einen Vorwurf zu machen, sondern deshalb, weil ich glaube, daß wir alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, mit den gegebenen Zuständen unzufrieden sein müssen. Wir müssen damit unzufrieden sein! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

In diesen unseren Tagen reden wir alle von quality of life, von einer höheren Qualität des menschlichen Lebens. Wenn das getan wird, wenn nicht nur darüber geredet, sondern auch gehandelt wird, dann ist es, glaube ich, sehr gut. Wir haben aber kein Recht, von höherer Lebensqualität zu reden, wenn wir hiebei nicht in erster Linie an unsere älteren Mitmenschen denken. Sie sind es gewesen, denen wir es in erster Linie verdanken, wenn wir heute von einer höheren Lebensqualität überhaupt reden können. Ihnen verdanken wir vor allem den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und den relativen Wohlstand in Österreich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Schlußfolgerungen, die sich aus Vorgesagtem ergeben, sind nach meiner Auffassung eindeutig. Ohne ins Detail gehen zu wollen, sehe ich zwei große Aufgaben, die der Gesellschaft unserer Tage und damit natürlich auch uns, gerade uns als Volksvertretern, gestellt sind.

Sorgen wir dafür, daß dem Menschen die Angst vor dem Altern genommen oder zumindest doch gemildert wird. Wir müssen Mittel und Wege finden, daß unsere älteren Mitbürger einen harmonischen Übergang vom Arbeitsprozeß in den wohlverdienten Ruhestand finden, daß sie das Gefühl haben können, daß sie nicht nutz- und sinnlos sind und daß sie vor allem eine An- und Aussprachemöglichkeit haben. Diese fehlende Möglichkeit, die quälende Einsamkeit ist nach meiner Auffassung das furchtbarste Problem für unsere älteren Mitbürger.

Das muß in Zukunft wirklich eine ganz große und echte Aufgabe der ganzen Gesellschaft sein. Vielleicht wird es dazu eines

schönen Tages eines neuen Berufsstandes bedürfen.

Meine Damen und Herren! Das ist nach meiner Auffassung die erste, die psychologische Seite des Problems.

Die zweite, ebenso bedeutende Seite erblicke ich darin, daß alle Bemühungen unternommen werden, den älteren und alten Menschen jene Wohnmöglichkeiten zu schaffen, die den Lebensabend dieser Menschen erst richtig lebenswert erscheinen lassen. Es steht uns schlecht an, von einer höheren Qualität des menschlichen Lebens zu reden, wenn wir zulassen, daß alte Menschen gezwungen sind, unter Aufgabe all dessen, was bis dahin ihr Leben in dem Rahmen, den sie jahrzehntelang gewohnt waren, sinnvoll erscheinen ließ, in Altersheimen, die womöglich noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, Tag um Tag und Jahr für Jahr buchstäblich dahinzuvegetieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs — deshalb habe ich es erwähnt — von der Notwendigkeit gesprochen, daß der Politiker, wo und wann immer sich eine Möglichkeit dazu ergibt, lesen und reisen soll. Ich persönlich werde in Zukunft jede Auslandsreise auch dazu benützen, um mich umzusehen, wie das Problem des menschlichen Alterns in anderen Staaten und in anderen Städten geregelt ist. (*Abg. Herta Winkler: In Österreich derzeit noch am besten! — Abg. Dr. Fiedler: Gehen Sie einmal nach Lainz hinaus!*) Ich rede nicht davon. Frau Abgeordnete Winkler! Das wird dann sehr interessant sein. (*Abg. Dr. Fiedler: Ein Widerspruch zu Mayr! — Weitere Zwischenrufe.*) Ich bin ein bißchen in der Welt herumgekommen, ich maße mir aber nicht an, Frau Abgeordnete Winkler, jetzt bereits ein Urteil darüber abgeben zu können, ob das, was Sie behaupten, daß es nämlich in Österreich am besten ist, auch wirklich stimmt.

Ich glaube, wir alle haben es notwendig, uns in der Welt umzusehen, um Vergleiche anstellen zu können. Das möchte ich machen! Ich gebe bescheidenerweise zu: Ich bin darüber nicht informiert. Wenn Sie bereits das Urteil abgeben können, daß Sie wissen, in Österreich ist es am besten, so soll es mir recht sein. Mich wird es nicht hindern, die Gelegenheit, wenn ich ins Ausland komme, zu benützen, um im Osten und im Westen festzustellen, wie es mit dem Altern des Menschen im Osten und im Westen aussieht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde trotz der Behauptung der Frau Abgeordneten Winkler anregen — ich halte das gar nicht für abwegig —, einmal eine Par-

Dr. Withalm

lamentarierdelegation in das Ausland zu senden, damit diese Delegation sich an Ort und Stelle vergewissern kann, wie es diesbezüglich zum Beispiel in der Bundesrepublik, im Osten und im Westen aussieht. Ich glaube, das könnte uns gar nicht schaden. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Damit komme ich bereits zum Schluß. Ich erinnere mich lebhaft an meine erste Markensammlung als Gymnasiast, in der die Schweizer „Pro Juventute“-Marken eine ganz besondere Rolle gespielt und einen hervorragenden Platz in dieser meiner Markensammlung eingenommen haben. Mit dieser „Pro Juventute“-Marke wurde, wie Sie alle wissen, ein Jugendhilfswerk in der Schweiz gefördert.

Mir ist nicht bekannt, daß es irgendwo in der Welt je ein Werk „Pro Senectute“ gegeben hat beziehungsweise gibt. Darin, meine Damen und Herren, könnte ich eine faszinierende Aufgabe für uns Österreicher sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es schiene mir des Schweißes und der Mühe von uns allen, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, wert zu sein, daß wir uns, je eher und je gründlicher desto besser, dieser Aufgabe unterziehen. Ich glaube, unsere älteren Mitbürger haben ein Recht darauf! *(Beifall bei der ÖVP und bei einigen Abgeordneten der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht die Frau Spezialberichterstatteerin ein Schlußwort? — Es ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XV beendet.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XV.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 17 und 72 in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Über den zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsantrag wird gemäß § 51 der Geschäftsordnung nach der dritten Lesung abgestimmt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für 9 Uhr 50 Minuten mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973. Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI: Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge sowie Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 45 Minuten